

Der Arbeiter

Zentral-Organ für die Interessen
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Publikations-Organ des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.
Einzel-Abonnement pro Quart. franko geg. franko 1,50 M.
Der Courier ist in die Postverzeichnisse eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
Telephon: Amt IV, 950 und 11864.
Geöffnet von 9 Uhr vorm. bis 4 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionschluss
am Montag Morgen vor Erscheinen des Blattes.
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt.
Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 34.

Berlin, den 21. August 1910.

14. Jahrg.

Internationale Tagungen.

Proletarier von Land zu Land,
Reicht Euch zum Bund die Brüderhand.
Das internationale Proletariat sendet in der nächsten Woche seine Vertreter nach Kopenhagen, damit diese dort die internationalen Arbeiterinteressen fördern und der Zukunft neue gemeinsame Wege bahnen.

Am letzten internationalen Transportarbeiterkongress der im August 1908 in Wien stattfand ist beschlossen, in Zukunft die internationalen Transportarbeiterkongresse mit den allgemeinen internationalen Arbeiterkongressen zusammen abzuhalten. Diesem Beschlusse zufolge findet diesmal der internationale Transportarbeiterkongress ab 23. d. Mts. in Kopenhagen statt. Seitens des Deutschen Transportarbeiterverbandes sind zu diesem internationalen Berufskongress delegiert die Kollegen: Louis Brunner, Hans Döring, Hans Dreher, Karl Lindow, Paul Müller, Herm. Nathmann, Oswald Schumann und Hans Stelling. Außer Deutschland werden voraussichtlich folgende Länder durch Delegierte vertreten sein: Oesterreich, Schweiz, Italien, Frankreich, Belgien, Holland, Groß-Britannien, Dänemark, Schweden, Norwegen und die Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Aus der Tagesordnung des Kongresses gehen wir folgende Punkte hervor: Allgemeiner Bericht des Zentralrates, dieser ist auch schriftlich in einer 232 Seiten starken Broschüre gegeben. Ferner: Die Aktionen der Unternehmerverbände, die Form der Landesorganisation und Stand, Anwendung und Einfluss der internationalen Gesetzgebung auf die soziale Lage und rechtliche Lage der Berufskollegen. Außerdem liegt eine ganze Reihe von Anträgen, gestellt von den einzelnen Landesorganisationen zur Beratung und Beschlussfassung vor.

Der internationalen Federation der Transportarbeiter gehören zur Zeit an 44 Landesorganisationen in 16 Staaten. Diese Organisationen zählen zusammen 487.918 zahlende Mitglieder. Davon steht der Mitgliederzahl nach der Deutsche Transportarbeiterverband an der Spitze, ihm folgen der Reihe nach die Organisationen der englischen, österreichischen und französischen Eisenbahner. Ein gewaltiges Heer von organisierten Transportarbeitern findet auf diesem internationalen Kongress seine Vertretung. Von Tagung zu Tagung mehrt sich die Zahl der der Internationalen angehörigen Organisationen und damit natürlich erst recht der Mitglieder. Noch fehlt freilich der internationalen Federation die Geschlossenheit, die wir Deutschen bei unseren Gewerkschaften gewohnt sind, es ist eben noch alles im Werden und nur langsam lassen sich die nationalen Verschiedenheiten ausgleichen, und die überall vorhandenen Ecken abschleifen. Aber viel, sehr viel ist schon in Punkte Annäherung und Verständigung geschehen und dieser internationale Transportarbeiterkongress in Kopenhagen wird zweifellos sein Teil dazu beitragen, daß die Bande zwischen den einzelnen Organisationen noch enger als bisher geknüpft werden. Man bedenke, welche ungeheure Hindernisse einer internationalen Arbeiterorganisation entgegenstehen, die Verschiedenheit der Sprachen, der politischen Freiheit der einzelnen Staaten, der verschiedenartigen Aufbau der Organisationen, ihre grundverschiedene Entwicklung und man wird erst begreifen, welche Niesenarbeit in dem Zusammenfassen einer halben Million Berufskollegen vorliegt.

Das internationale Schutz- und Trugbündnis der Ausgebeuteten im Transportgewerbe fester und dauernder zu schließen soll Aufgabe dieses Kongresses sein. Er soll eine stahlharte Mauer aufrichten, an der sich das internationale Unternehmertum bei ausbrechender Scharfmacheritis den Schädel einrennen kann. Eine halbe Million Transportarbeiter der Welt wünscht dem Kongress in seiner ihnen segensbringenden Arbeit den höchsten und schönsten Erfolg. Eingedenk des Schlachtrufes: Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

Nach unserem internationalen Berufskongress werden auf dem allgemeinen internationalen Arbeiterkongress zu Kopenhagen die Delegierten von Millionen kraftvoll organisierten Proletariern zu

ernsten Beratungen zusammentreten. Wenn in den Verhandlungen der Blick der Versammelten zurückschweift auf die Geschichte der internationalen proletarischen Bewegung, dann hebt sich aus dem Wirbel der Entwicklung, der die heutigen Organisationen erstehen ließ, unwillkürlich das Jahr 1870 heraus, das in mehr als einer Hinsicht für die Arbeiterbewegung bedeutsam war. Gerade 40 Jahre vor dem Beginn der Kopenhagener Tagung war eben der Ranonendonner jener furchtbaren Schlachten um Mex verhallt, die das Geschick des französischen Kaiserthrones entschieden, und die, sonderbar genug, auch die von Napoleon giftig verfolgte internationalen Bestrebungen der Arbeiterschaft beeinträchtigen sollten. Am Ende der sechziger Jahre hatte die Internationale Arbeiterassoziation ihre höchste Macht erreicht, und ihr Ansehen war derart erstarkt, daß das damals bedeutendste Blatt in England, die „Times“ meinte, man müsse „bis auf die Zeiten der Entstehung des Christentums und der Verjüngung der antiken Welt durch die germanischen Völker zurückgehen, um etwas analoges zu finden, wie diese Arbeiterbewegung, welche der modernen Zivilisation einen ähnlichen Dienst zu leisten scheint, wie jener war, den die nordischen Barbaren der alten Welt geleistet.“ Namentlich in Frankreich war es zu zahllosen Arbeiterausständen gekommen, für welche die um ihren Bestand kämpfende kaiserliche Regierung die Internationale verantwortlich machte. In einem Aufsehen erregenden Geheimbündnisprozess erhielten 7 Angeklagte je ein Jahr und 27 Angeklagte je 2 Monate Gefängnis. Als dann der wankende Kaiserthron durch das Plebiszit vom 8. Mai 1870 neu gestiftet werden sollte, ließ der Pariser Polizeipräsident Pietri in allen Städten Frankreichs die Mitglieder der Internationale verhaften. Aus Anlaß dieser Verfolgungen gab der Generalrat bekannt, daß der nach Paris einberufene internationale Kongress auf den 5. September nach Mainz verlegt werde; selbstverständlich war nach dem Ausbruch des Krieges an die Abhaltung nicht zu denken. Ein Aufruf der Internationale hatte diesen Krieg eine verbrecherische Varnheit genannt; die Pariser Arbeiter demonstrierten gegen das Kaiserthum, und am 16. Juli, als der Ausbruch des Gewitters feststand, nahm eine in der Tonhalle zu Braunschweig abgehaltene Massenversammlung eine Resolution an, die sich gegen Napoleon und die Mehrheit der französischen Kammer richtete, und für Deutschland den Verteidigungskrieg als unvermeidliches Uebel anerkannte. Bekannt ist, wie dann bei der Abstimmung über die Kriegsanleihe im Reichstag die Stimmen der sozialdemokratischen Abgeordneten sich teilten, wie nach Sedan das gegen die Fortsetzung des Krieges gerichtete Manifest des Braunschweiger Ausschusses erschien und wie der Gouverneur der Pfälzlande, General Vogel von Falkenstein, die Unterzeichner des Ausschusses und mehrere andere Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Ketten nach der ostpreussischen Festung Woyen bei Löben absühren ließ. Das einzige schwarze Blatt in der Geschichte des Krieges, nannte später ein bürgerlicher Reichstagsabgeordneter diese für das preussische System so blamable Gewalttat. Harte Zeiten der Unterdrückung folgten dann in allen Ländern, doch ist der nach einer kurzen Zeit des Glanzes erfolgte Untergang der Internationale weniger dem Rückfalszug der Reaktionen, als den inneren Streitigkeiten zwischen der marxistischen und der anarchistischen Richtung zuzuschreiben.

Aber noch hatte die Internationale reale Aufgaben zu erfüllen. Die 1871 in London abgehaltene Delegiertenkonferenz der Internationale ordnete eine allgemeine Statistik der Arbeiterklasse an und beauftragte alle Lokalgruppen, mit der Ernennung besonderer statistischer Komitees. „Die Wirksamkeit des Generalrats der Internationale als internationaler Vermittler zwischen den nationalen Gewerkschaften“, so heißt es in einem andern zu London gefassten Beschluß, „hängt wesentlich von dem Bestand ab, den diese Gesellschaften selbst dem von den Internationalen unternommenen Wert einer allgemeinen Arbeiterstatistik angedeihen lassen.“ Der Kongress im Haag 1872, auf dem ja auch die Kämpfe mit der anarchistischen Gruppe große Bedeutung erlangten, sprach sich eingehend für die Gründung „Internationaler Gewerkschaftsunionen“ aus; und der Generalrat, der seinen Sitz nach New-York verlegt hatte, unterbreitete den verschiedenen Gewerkschaften aller Länder den Plan einer Organisation, in dem es

heißt: „1. Alle Vereinigungen eines Gewerks in einem Lande verbinden sich, um einen Exekutiv-Ausschuß für ihr Land zu wählen. 2. Diese Exekutiv-Ausschüsse sollen in fortwährender Verbindung mit anderen Ländern durch die Vermittlung eines allgemeinen Vollziehungsrates stehen, um stets genau unterrichtet zu sein über den Stand der Gewerke, und unter die Kontrolle der Exekutiv-Ausschüsse gestellt werden, um in Not befindliche Mitglieder der Union in irgend einem Lande zu unterstützen.“ Alle diese Beschlüsse lagen in der Konsequenz der bereits zu Basel 1869 gefassten Resolution, wonach die internationalen Verbände der Gewerkschaften, oder Gewerkschaftsgenossenschaften, wie sie damals hießen, beauftragt werden sollten, „alles ihren Industriezweig betreffende zu sammeln, die gemeinschaftlich zu ergreifenden Maßregeln zu beraten und auf die Durchführung und das Gelingen derselben hinzuwirken, bis das heutige Lohnsystem durch die Assoziation der freien Arbeit verdrängt ist.“

Es braucht hier nicht betont zu werden, daß die Durchführung dieser weitläufigen Pläne an der Rückständigkeit der damaligen Entwicklung scheiterten. Aber dadurch, daß Marx, der geistige Leiter der Internationale, Jahrzehnte mit scharfem Blick überflieg, und sich durch die engen Verhältnisse der damaligen Gegenwart nicht beirren ließ, wird das Wirken der weltumspannenden Organisation nicht im geringsten verkleinert. Der von den Internationalen gestreute Samen fiel vor allem in Deutschland auf fruchtbaren Boden; und staunen muß man, wenn man liest, wie der „Volksstaat“, das Organ der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, damals die Bedeutung der gewerkschaftlichen Tätigkeit zu würdigen wußte. „Es handelt sich“, so schrieb er zu Anfang 1873, „bei der Gewerkschaftsgenossenschaft nicht um trügerische Phrasen, sondern sie sind eine feste Ringmauer und ein Wall der Verteidigung gegen noch weitere Verschlechterungen und Entwürdigungen des Arbeiterstandes. Diese Aufgabe haben sie nicht nur zu allen nächst zu erfüllen, sondern sie können auch den Lohn wenigstens auf die Höhe hinaufschrauben, durch welche es möglich wird, die Bedürfnisse zu erweitern und zu vergrößern, und da sich der Lohn nach den gewohnheitsmäßigen Bedürfnissen, nach dem ehernen Lohngesetz richtet, so kann nichts näher liegen, als die gewohnheitsmäßigen Bedürfnisse zu erweitern. Durch die Erweiterung der Bedürfnisse arbeitet man nicht nur dem Hungerthymus entgegen, sondern der Arbeiter lernt auch die Nützlichkeit der kurzen Arbeitszeit schätzen. Er gibt der Arbeitskraft nicht nur einen höheren Wert, vielmehr schützt er sich vor Ueberproduktion und Handelskrise, es vermehrt damit seine sozialpolitische und ökonomische Bildung und wird dem Familienleben nicht entfremdet, sondern denselben näher geführt. Die Gewerkschaften sorgen endlich für die furchtbarsten Waffen in den Händen des Proletariats, für die Statistik und Massendisziplin, welche gestützt durch die politische Agitation, das Reich der Bourgeoiswelt in seinen Fugen erschüttern und die neue Gesellschaft aus der Laube heben werden. Der Sinn, welcher durch die Gewerkschaften für die genossenschaftliche Arbeit geweckt wird, ist von nicht minder großer Tragweite.“

Während die Sozialdemokratie damals so das praktische Wirken für die Zukunft betonte, heimste die Bourgeoisie raffgerig den Milliardenlegen des sechziger Krieges ein und sah schmunzelnd zu, wie das Bismarckische Regiment im neu geeinigten Deutschland die am Wert der sozialen und politischen Befreiung schaffende Arbeiterschaft mit allen Mitteln brutaler Gewalt unterdrückte. Das war ehe dem wie heute. Nur wirkte die Unterdrückungspolitik ganz anders, als ihre Urheber es sich dachten; und wenn nächstens die Vertreter des internationalen Proletariats in Kopenhagen über die praktischen Aufgaben der Gegenwart beraten, können besonders die Delegierten aus Deutschland darauf hinweisen, wie hier die Arbeiterschaft von Anfang an in richtiger Erkenntnis der praktischen Aufgaben im Geist der Internationale ihre Pflicht tat — unbeirrt von Chauvinismus, unbeirrt von der Anebeltat der kurzfristigen Gewalthaber.

Vorwärts!
Noch die Internationale der Arbeiterschaft!

Der Führerschein für Chauffeure nach der neuen Bundesratsverordnung.

Unter den zahlreichen Stacheln, mit welchen die neue Bundesratsverordnung die Kraftwagenführer drangsaliert, nehmen einen recht beachtenswerten Platz ein die Bestimmungen über die Erlangung des Führerscheines.

Bekanntlich muß jeder Kraftwagenlenker vom 1. April 1911 ab mit einem solchen neuen Führerschein versehen sein. Auch für solche Chauffeure gilt das, welche bereits jahrelang im Verkehr unbeanstandet und mit besten Erfolgen ihre Pflicht und Schuldigkeit getan haben. Auch sie müssen sich den erheblichen Behelligungen und Kosten unterziehen, welche nach den Vorschriften der Bundesratsverordnung für die Erlangung des Führerscheines vorgeschrieben sind. Einmal muß der Bewerber eine Photographie einreichen und zwar ist ausdrücklich vorgeschrieben, daß die Photographie eine gute, eine wohlgeöffnete sein muß. Nicht alle unsere Kollegen, namentlich diejenigen, welche verheiratet sind und eine zahlreiche Familie haben, können sich den Luxus leisten, ihr teures Geld sich photographieren zu lassen. Aber es muß eben sein, die hohe Polizeibehörde will es.

Es ist auch nicht verständlich, welchen praktischen Zweck eine solche Photographie haben sollte.

Wird der Chauffeur bei einem Unfall festgestellt, so hat man seine Nationalen, seine Wagennummer, seine Legitimationsnummer ohnehin, er kann dann doch nicht mehr entweichen und ob man hinterher bei der gerichtlichen Verhandlung noch neben dem lebenden Manne über ein wohlgelungenes Kontorje verfügt, ist doch ganz gewiß gleichgültig.

Wird der Mann aber bei einem Unfall nicht festgestellt und entflieht er seinen Verfolgern, so nützt die wohlgeungene Photographie ganz gewiß nichts, da man ja das Original nicht hat.

Also nichts als nutzlose Kosten für ohnehin in länglichen Verhältnissen lebende Arbeiter.

Dann muß ein ärztliches Attest beigebracht werden und nur, wenn nach diesem Attest der Mann für gesund erscheint, bekommt er den Führerschein.

Tausende von Chauffeuren fahren jetzt in der Welt und namentlich in Deutschland herum, welche ihren Verweis ergriffen und jahrelang tadellos durchgeführt haben, ohne daß sie ein solches ärztliches Attest beigebracht hätten. Es liefert das den Beweis, daß, wenn nicht besondere, in die Augen fallende schwere Gebrechen vorhanden sind, die auch ohne weiteres ohne besonderes Attest erkannt werden können, der Chauffeur doch seinen Dienst gut und sicher versehen kann, auch wenn ihm ein solches Attest nicht zur Seite steht.

Sterbei ist als besonders rigoros zu beachten, daß das Attest auch von den alten Chauffeuren, die schon jahrelang ihren Dienst versehen, verlangt wird und daß auch diesen die Vernichtung der wohlverordneten Existenz droht, falls das Attest nicht nach Wunsch ausfällt. Es ist das eine grausame Maßregel, die gewiß mit Recht viel böses Blut machen und die Betroffenen hart und ungerecht schädigen wird.

Aber jedenfalls ergibt sich doch aus der Tatsache, daß es bisher sehr gut ohne den Nachweis völliger Gesundheit gegangen ist, daß das Attest an sich nicht nötig ist. Auch hier also handelt es sich um nichts weiter, als um eine kostspielige und nutzlose Drangsaliierung.

Stöpselig aber ist die Sache. Wenn man sich wenigstens damit zufrieden gegeben hätte, das Attest irgend eines beliebigen Arztes gelten zu lassen. Ob ein Chauffeur im allgemeinen körperlich gesund ist, oder nicht, das kann doch sicherlich jeder gewöhnliche Arzt ebenso begutachten, als der Kreisphysikus. Aber nein: der amtliche Arzt muß die Sache machen. Daß darin ein erhebliches Mißtrauen gegen den ehrenwerten Stand der Ärzte im allgemeinen liegt, sei nur nebenbei erwähnt. Es ist nicht unsere Aufgabe, hier die Interessen der Ärzteschaft zu vertreten; mögen die Ärzte sich ihrer Haut selbst wehren. Das Attest eines gewöhnlichen Arztes ist selbstverständlich erheblich billiger, als das des Kreisarztes. Der Kreisarzt fordert für eine einfache Untersuchung, wenigstens in Berlin, den für einen Arbeiter horrenden Preis von 9 Mk. So zieht man den Arbeitern das Geld aus der Tasche. Aber noch mehr — und dabei kommt der Pferdebiß heraus: Atteste des Kreisarztes sind steinempfindlich. Also auch der Steuerfiskus will auf Kosten eines bedürftigen Standes sein Schäfchen ins Trockene bringen.

Anstatt die reichen Automobilbesitzer heranzuziehen, anstatt Einkommensteuern zu erheben, anstatt die von dem schwarz-blauen Block verworfene Erbschaftsteuer einzuführen, schöpft man die Armen auch hier.

Und dabei ist die Erhebung des Stempels für Atteste der hier fraglichen Art sogar, wenigstens für Preußen, unzulässig.

Schon im Jahre 1904 hat nämlich der preussische Finanzminister einen im Zentralblatt der Preussischen Abgaben usw. Verwaltung auf Seite 42 von 1904 abgedruckten Erlaß herausgegeben, wonach Zulassungsbescheinigungen für Kraftfahrzeuge bzw. Bescheinigungen über die Prüfung eines Fahrzeuges, über die Tauglichkeit einer bestimmten Person, als Kraftfahrzeugführer und über die Ausstellung einer Erkennungsnummer stempelfrei sind, da sie im überwiegenden öffentlichen Interesse ausgestellt werden.

Es ist ja auch selbstverständlich, daß für dasjenige, was nicht im Interesse eines Einzelnen, sondern im Interesse der Öffentlichkeit geschieht, nicht einer einzeln für sich allein, sondern die Öffentlichkeit in ihrer Gesamtheit die Kosten zahlen muß.

Es könnte also auch der Stempel für die oben erwähnten Urkunden, namentlich für die ärztlichen Atteste, nicht von dem einzelnen Chauffeur, den sie formell betreffen, gezahlt werden, sondern von der

Allgemeinheit. Die Allgemeinheit, also der Staat, braucht natürlich an sich selbst einen staatlichen Stempel nicht erst zu bezahlen. Die Stempelung unterbleibt in solchem Falle einfach. Diejenige Behörde, und das ist leider auch das Berliner Polizeipräsidium, welche die Erhebung des Stempels für Atteste usw. fordert, handelt also unrichtig. Die betreffende Behörde vertritt den Standpunkt, daß es lediglich Interessen der einzelnen Chauffeure sind und nicht öffentliche Interessen, die zu der Ausstellung des Attestes führen.

Ein solcher Standpunkt kann aber doch eigentlich kaum noch ernst genommen werden.

Der Chauffeur hat nicht nur kein eigenes Interesse an der Ausstellung des Attestes, sondern er hat höchstens Schaden davon. Schaden schon insofern, als das Attest selbst kein schweres Geld kostet, nämlich mindestens 9 Mk. Schaden namentlich aber auch insofern, als ihm auf Grund eines etwa ungünstigen Attestes die Existenz voll abgeschnitten werden kann und sicherlich ihm auch in vielen Fällen abgeschnitten werden wird.

Wer auf Grund solchen Sachverhaltes im Ernst den Standpunkt vertritt, daß es die Interessen des Chauffeurs seien, welche die Ausstellung des Attestes erschweren, der könnte bei allen ruhig erwägenden Menschen nur ein Spottgächler hervorrufen.

Darum ist und bleibt die Forderung der Polizei, das Attest zu stempeln, nichts weiter, als eine im trassen fiskalischen Interesse unter Hintansetzung wohl-erworbener Rechte der Arbeiterchaft erhobene polizeiliche willkürliche Forderung.

Aus diesen Gründen also erscheint es uns zum mindesten zweifelhaft, ob die von der Polizei im öffentlichen Interesse verlangten Atteste auch wirklich von den Chauffeuren zu bezahlen sind.

Zum mindesten aber ist es eine ganz außerordentliche Unbilligkeit, eine solche Bezahlung zu verlangen. Der Transportarbeiterverband hat sich selbstverständlich der vorliegenden Sache bereits angenommen. In einer an den Bundesrat gerichteten Petition hatte er beantragt, die ärztliche Untersuchung zum mindesten zwecks Erwerbung des neuen Führerscheines kostenlos erfolgen zu lassen.

Hoffentlich verhält diese gerechte Bitte nicht ebenso ungehört bei den Herren oben, wie wir es leider sonst in zu häufigen Fällen bei anderen begründeten Forderungen schon erlebt haben.

Die Gewerkschaften als Erzieher der Massen.

Alle Tage liest man in den Preßorganen der Scharfmacher grußige Geschichten über die Rohheit der Arbeitermassen und besonders über Ausschreitungen von streikenden Proletariern. Dabei wird stets die schwärzeste Farbe aufgetragen und aus Mäulen Elefanten fabriziert. Wenn es gegen die organisierte Arbeiterchaft geht, kann von jenen anrüchtigen Preßpiraten nie genug zusammengelogen werden. Man arbeitet nach dem bewährten Rezept: „Verkümmde Mäh, es bleibt stets etwas hängen.“ Die verbreiteten Schändergeschichten stellen sich hinterdrein mit absoluter Sicherheit als Märchen heraus. Schadet nichts. Der Zweck ist erreicht. Behörden und Gesetzgebung sind gegen die organisierten Arbeiter scharf gemacht, und die Polizei zu größerem Eifer gegen die Streikenden aufgehetzt. Die Polizei glaubt dann in solchen Fällen zur Wahrung ihres Renommées als Ordnungshüter besonders scharf vorgehen zu müssen und so werden erst recht Konflikte mit den Massen herausbeschoren, die sonst unterbleiben würden. Lassen sich aber die Arbeiter dann durch das unbegründete scharfe Vorgehen der Polizei zu Unüberleglichkeiten provozieren, dann prasselt auf sie der Entrüstungsturm der Scharfmacherpresse erst recht hernieder. Unter diesen Umständen ist es wertvoll, wenn sich einmal bürgerliche Blätter von internationalem Ansehen finden, die der Sache die Schelle umhängen. Das führende Organ der nationalliberalen Partei im Rheinlande, die „Rhein. Zeitung“ schwingt sich in seiner Nummer 802 vom 23. Juli ds. Jz. dazu auf, die Sache einmal objektiv zu beleuchten. Wir lesen daselbst:

„Das Verhalten der Arbeiter bei großen Ausständen und Aussperrungen war immer ein Gradmesser nicht nur für das Bildungsniveau der Arbeiterklasse an sich, sondern für unsere fortschreitende Kultur überhaupt.“ „Vor 15 bis 20 Jahren war es Regel bei größeren Ausständen und Arbeiterbewegungen, daß die öffentliche Ordnung und Sicherheit für die nicht unmittelbar beteiligten Staatsbürger sehr gefährdet war. Zusammenrottungen, Uebersälle etc. waren an der Tagesordnung, die Schnapsflache kreiste in den Gruppen der Ausständigen, Militär wurde aufgeboten, noch im Jahre 1889 bei dem damaligen großen Bergarbeiterausstand im Ruhrrevier wurde in den Straßen Bochums vom Militär scharf geschossen. Einen großen Ausstand ohne Unruhen und Blutvergießen konnte man sich fast gar nicht denken. In kurzer Zeit hat sich auf diesem Gebiete unseres öffentlichen Lebens ein ungeheurer Umschwung vollzogen. Schon der Bergarbeiterausstand im Januar und Februar 1905, wo viele Wochen lang an 200 000 Bergarbeiter ausständig waren, verlief ohne nennenswerte Ausschreitungen. Militär war im Ausstandsgebiete gar nicht nötig, die von außen herangezogenen Polizeiaufgebote hatten im wesentlichen die Arbeitswilligen von und zu den Bechern zu begleiten. der Parole der Arbeiterführer: „Die Schnapsflache aus den Taschen“ wurde überall Folge geleistet. Auch bei der jüngsten Massenausperrung im Baugewerbe war die Haltung der vielen Tausende ausgesperrter Arbeiter im großen und ganzen einwandfrei. Einzelne Ausschreitungen bei so großen Massen können nur die Regel bestätigen.“ Das genannte Blatt fährt dann fort: „Diese ruhige Haltung großer Massen ausständig

diger oder ausgesperrter Arbeiter war auch in den letzten Wochen in den Kreisen Hagen und Schwelm zu beobachten. Als die Aussperrung der Gesamtbelegschaft am 1. Juli vorgenommen worden war, kam es in kleineren Orten der dortigen Metallindustrie zu geringen Meibereien und Unzufriedenheiten gegen polizeiliche Anordnungen, aber im allgemeinen verhielten sich die Massen der Aussperrten sehr ruhig. Als die Einigungsverhandlungen im Hagener Rathaus im Gange waren, warteten abends tausende Arbeiter auf dem Rathausplatz und den umliegenden Straßen auf den Ausgang, alle in ruhiger Haltung, jede Behinderung des Verkehrs vermeidend. Als nach 10 Uhr der Leiter der Verhandlungen, Regierungspräsident v. Balle, das Rathaus verließ, machten die Arbeiter von selbst eine bequeme Gasse, ebenso den Vertretern der Arbeitgeber; kein Wort, keine Miene verriet die Erregung der Massen. Ebenso war es in den Entscheidungsvorparatungen, wo in geheimer Abstimmung die unorganisierten Arbeitnehmer ihr Votum abgaben. Hier nahmen unbehelligt Vertreter der Arbeitgeber an den Versammlungen teil, und als ihre Abwesenheit bei der Aussprache der Arbeitnehmer erwünscht war und ihnen dies mitgeteilt wurde, konnten sie ohne die geringste Belästigung durch die dichtgedrängten Arbeitercharakteren sich ruhig entfernen. Erwähnt muß allerdings werden, daß Polizei weit und breit nicht zu sehen war. Auf den, der die früheren Zeiten mit ihren gefährlichen öffentlichen Ausritten miterlebt hat und jetzt die Ruhe der einen ersten wirtschaftlichen Standpunkt durchsetzenden Arbeitermassen beobachten kann, macht dieser gewaltige Umschwung einen tiefen Eindruck.

Dieser Umschwung ist einerseits erfreulich und andererseits zeigt er aber auch, daß die moderne Arbeiterbewegung an Tiefe gewonnen hat, und der Ernst und die Ruhe der Arbeiter lassen den Ernst und die Bedeutung solcher wirtschaftlichen Kämpfe nur noch schärfer hervortreten. Diese Wandlung ist im wesentlichen das Verdienst der gewerkschaftlichen Organisation und Schulung.

Damit ist von autoritativer bürgerlicher Seite bestätigt, daß es lediglich der gewerkschaftlichen Erziehung der Massen und nicht der Polizei zu danken ist, wenn sich heute selbst die größten Lohnkämpfe in bester möglicher Ruhe abspielen. Angesichts der Tatsache, daß die Scharfmacher alles tun, um die Massen zu Unbesonnenheiten aufzureizen, ist die Erziehungsarbeit den Gewerkschaften recht erschwert worden und es gehört oft eine recht große Kaltblütigkeit der Gewerkschaftsführer dazu, die Massen nicht Gleiches mit Gleichem vergelten zu lassen. Die Polizei wird also im Interesse der Allgemeinsicherheit in Zukunft gut tun, die Anlagen der Scharfmacher auf ihren wirklichen Wert zu prüfen und im übrigen sich recht wenig sehen zu lassen. Das Verantwortlichkeitsgefühl streikender oder ausgesperrter Arbeiter und ihrer Führer wird dann im Interesse der öffentlichen Ruhe und Sicherheit ein desto größeres sein.

Der Kriegerbund gegen die Gewerkschaften.

Auf einem Abgeordnetentage, den der deutsche Kriegerbund im vorigen Jahre in Eisenach abgehalten hatte, wurde die Errichtung einer Arbeitslosenversicherung angeregt. Der Bundesvorstand will diese Anregung aber nur dann verwirklichen, wenn die Beteiligung stark genug ist. Um das festzustellen, wurde an die Vorstände der Unterverbände ein Rundschreiben verschickt, das einige interessante Stellen enthält. Es heißt darin, daß eine solche Versicherung von großem Segen für den Kriegerbund sein könne, denn sie sei geeignet, dem Einflusse der sozialdemokratischen Gewerkschaften entgegenzuarbeiten.“ Weiter wird gesagt:

„Die sozialdemokratischen Gewerkschaften verfügen über reiche Geldmittel, die sie zum größten Teile für die Zwecke der Lohnkämpfe, zur Unterstützung bei Streiks und bei der durch Streiks oder Aussperrung entstandenen Arbeitslosigkeit, zum kleinsten Teile zu Unterstühtungen bei Krankheit und Not verwenden. — Die freien Gewerkschaften haben sich dadurch und durch ihre straffe Organisation, ihre Mitglieder, fast zwei Millionen zur Zeit, in die Hand gespielt und sie üben, wie allseits bekannt, einen empfindenden Druck auf sie aus, der mit der von der Sozialdemokratie im Munde geführten Freiheit und Gleichheit nicht das Mindeste zu tun hat.“

Nachdem so die Schrecknisse der „sozialdemokratischen“ Gewerkschaftshölle geschildert worden sind, werden nun auch die Herrlichkeiten ausgemalt, die derer warten, die sich in den Kriegerbund aufnehmen lassen, wenn er erst eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit geschaffen habe. Aber diese Versicherung allein zu billigt, erscheine, wegen des damit verbundenen unübersehbaren Risikos allzu gefährlich und daher unannehmlich.“ Die Gefahr dürfte aber vermindert werden, wenn sie mit einer Krankengeldversicherung verbunden werde; die „gegen Tage- oder Wochenlohn arbeitenden“ Krieger sollen Gelegenheit finden, sich gegen Krankheit und Arbeitslosigkeit, in ihrem Bunde zu versichern; mit der Versicherung der Handwerker, Kaufleute, Gewerbetreibenden und Beamten will man vorläufig angeblich aus technischen Gründen noch warten. Ein vollständiger Plan wird noch nicht gegeben, nur flüchtige Umsätze gibt der Bundesvorstand bekannt, aus denen wir folgendes entnehmen: Mit der Arbeitslosen-Versicherung soll die Benutzung der öffentlichen und privaten Arbeitsnachweise verbunden werden; die Errichtung eigener Arbeitsnachweise wird „in der ersten Zeit“ nicht beabsichtigt. Ueber die Leistungen der Versicherung heißt es:

„In Aussicht genommen ist nach sechsmonatiger Mitgliedschaft eine Wochenrente von 10 Mk. und

eine Unterstützungsdauer von je 8 Wochen während eines Jahres in Fällen unerschulbeter Krankheit oder Arbeitslosigkeit, mit Ausnahme der durch Streiks oder Aussperrung entstandenen Arbeitslosigkeit während der Dauer derselben. Bei längerer als dreijähriger Mitgliedschaft könnte die Unterstützung bis zu je 13 Wochen im Jahre ausgedehnt werden."

Der wöchentliche Mitgliedsbeitrag für je 10 Mt. Wochenrente soll 75 Pf. betragen. Die Kassamitglieder sollen Rechtsanspruch auf die Unterstützungen haben. Die Verbands- und Vereinsvorstände werden ersucht, bis 1. November d. J. mitzuteilen, ob sie gewillt sind, die Durchführung des Planes dauernd und wirksam zu unterstützen, und ob sich die genügend große Anzahl von Kameraden findet, die an der neuen Klasse teilnehmen wollen. Findet sich eine genügende Teilnehmerzahl, so soll dem nächsten Abgeordnetenrat in Detmold eine entsprechende Vorlage unterbreitet werden.

Aus alledem ist ersichtlich, daß der Kriegerbund zu einer allgemeinen gelben Organisation umgestaltet werden soll. Durch die Vermittlung von Arbeitsstellen und die Verweigerung der Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen werden die Mitglieder zum Berrat an ihren Klassengenossen angehalten. Wenn der Vorstand des deutschen Kriegerbundes jedoch meint, daß er mit einer solchen "Versicherung" bei der Arbeiterschaft Erfolge erzielen oder gar der Gewerkschaftsbewegung Abbruch tun wird, so irrt er. Im Gegenteil: Die denkenden Arbeitermitglieder werden den Kriegervereinen mit Abscheu den Rücken kehren, wenn sie zu vollkommenen Streikbrecher-Vereinigungen gemacht werden sollten.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Die Gewerkschaftsbewegung in der Schweiz. Die Gewerkschaftszentrale der Schweiz, der "Schweizerische Gewerkschaftsbund", muß auch für das verstossene Jahr 1909 einen kleinen Rückgang in der Mitgliederzahl berichten, der den Nachwirkungen der letzten Krise zuzuschreiben ist. Der Gesamtmitgliedsbestand betrug, einschließlich 4075 weiblichen Mitgliedern, 66 174 am Jahresabschluss 1909, gegen 69 250 am Schluß des Jahres 1908 und 77 619 am Schluß des Jahres 1907. Der Verlust beziffert sich in den letzten drei Jahren auf insgesamt 11 445 oder 14,7 pCt., im Jahre 1909 allein auf 3076 oder 4,4 pCt. Die größten Verbände sind die der Metallarbeiter mit 6514 Mitgliedern. Die übrigen 17 dem Gewerkschaftsbunde angeschlossenen Verbände zählen weniger wie 5000 Mitglieder.

Die dänischen Gewerkschaften im Jahre 1909. Ein glänzendes Bild stetiger Entwicklung zeigen die dänischen Gewerkschaften, die sogar in den Zeiten der schlimmsten Krise ihren Mitgliederbestand andauernd erhöhen konnten. Den "zentralisierten Gewerkschaftsverbänden Dänemarks", so heißt die dortige gewerkschaftliche Landeszentrale, gehörten am 1. Januar 1910 insgesamt 98 643 Mitglieder an gegen 96 651 am 1. Januar 1909 und 90 253 am 1. Januar 1908. Die Zunahme im Jahresdurchschnitt war noch höher; sie betrug etwa 8000 im Jahre 1909. Die Gesamtmitgliedszahl verteilt sich auf 52 Zentralverbände mit 1241 Verwaltungsstellen, sowie 9 Lokalverbände. Die Einnahmen im Jahre 1909 betrugen insgesamt 3 473 909 Kr. gegen 2 222 217 Kr. im Vorjahre, die Ausgaben dagegen 3 012 911 Kr. gegen 2 124 143 Kr. im Vorjahre; 843 753 Kr. wurden für den Streit in Schweden verausgabt. Die zu reinen Unterstützungszwecken verwandten Summen sind demnach von 968 417 Kr. im Jahre 1908 auf 1 551 541 Kr. im Jahre 1909 gestiegen. Das Gesamtvermögen der Gewerkschaften betrug über 3½ Millionen Kronen.

Im Jahre 1909 bezogen 44 Unterstützungskassen für Arbeitslose — darunter 43 gewerkschaftliche — die vom Staate oder den Gemeinden vorgesehene Zuschüsse oder Subventionen zur Arbeitslosenversicherung. Dieselben umfaßten 83 836 Mitglieder, einschließlich 6634 weibliche. Die Subventionen des Staates erreichten im letzten Jahre die Höhe von insgesamt 576 159 Kr.; dazu kommen noch bedeutende Mittel, die von den einzelnen Gemeinden für den gleichen Zweck bereitgestellt wurden. So subventionierte die Stadt Kopenhagen z. B. die Arbeitslosenstellen im Jahre 1909 mit 131 079 Kr. Hier sind nicht gerechnet die Summen, die allenthalben infolge eines besonderen Notstandsgesetzes zur Unterstützung der ausgesperrten Arbeitslosen zur Auszahlung gelangten. — Die immer straffere Organisation der Arbeiterschaft ermöglicht in steigendem Maße die Beendigung der Lohnbewegungen ohne Arbeitsniederlegung, die im verflochtenen Jahre nur bei 2600 Beteiligten stattfand, während 28 771 Mitglieder an Lohnbewegungen ohne Arbeitsniederlegung beteiligt waren. Der Mindestlohn konnte für 8200 Mitglieder, die Akkordlöhne für 1285 Mitglieder erhöht, die Arbeitszeit für 897 Mitglieder durch Tarifverträge verkürzt werden.

Der deutsche Porzellanarbeiter-Verband im Jahre 1909. Nach der jetzt vorliegenden Jahresabrechnung für 1909 hatte der Verband auch in diesem Jahre noch unter den Wirkungen der Krise zu leiden. So verminderte sich der Mitgliederbestand im Laufe des Jahres 1909 um weitere 725 Mitglieder, so daß am Schluß des Jahres 10 515 Mitglieder, darunter 909 weibliche, gezählt wurden.

Auch in den ausgezahlten Unterstützungssummen läßt sich die Einwirkung der Krise erkennen. Wenn die Unterstützungen auch gegen das Vorjahr um rund 131 490,— Mt. geringer waren und nur 163 754,— Mark betrugen, so will das bei einer Ausgabe von insgesamt 311 402,— Mt. ziemlich viel besagen. Der größte Teil der Ausgaben entfiel auf die Arbeitslosen-

unterstützung mit 84 601,— Mt., an Krankengeldzuschuß wurden 58 032,— Mt. gezahlt, während der Rest für die anderen Unterstützungsweige ausgegeben wurde.

Nichtsdessenoweniger war die Entwicklung eine erfreuliche; denn den großen Ausgaben standen Einnahmen in Höhe von 398 392,— Mt. gegenüber. Aus Beiträgen für den Verband und der Zuschußklasse wurden insgesamt 328 026,— Mt. eingenommen. Das Vermögen des Verbandes stieg um 69 855,— Mt. auf 176 888,— Mt.

Die geführten Kämpfe waren unbedeutend. Die Mitglieder mußten sich überall strenge Reserve auferlegen, da zu der starken Arbeitslosigkeit eine starke Unternehmerorganisation kam. — Doch nun geht es wieder vorwärts. Das zeigt sich nicht allein in dem wieder stärker werdenden Anwachsen der Mitgliederzahl — am Schluß des zweiten Quartals 1910 zählte der Verband bereits wieder 12 348 Mitglieder —, sondern vor allen Dingen auch in einer höheren Beitragsleistung der Mitglieder. Während im Jahre 1908 26,22 Mt. an Beitrag auf das einzelne Mitglied kamen, waren es für 1909: 31,10 Mt. Der Durchschnittsbeitrag erhöhte sich von 50 auf 60 Pf. — So hat auch die harte Zeit der Krise bei den Mitgliedern den Gedanken an die notwendige weitere finanzielle Kräftigung der Organisation gestärkt. Das aber gibt keine schlechten Aussichten für die Zukunft des Porzellanarbeiter-Verbandes.

Christliche Zahlenmänner. Das "Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands" berichtet in seiner Nr. 13 über den Stand und die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1909. Danach ist die Mitgliederzahl gestiegen von 260 767 im Jahre 1908 auf 280 061 im Jahre 1909; die Zunahme beträgt also 19 294 Mitglieder. Der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter ist gestiegen von 74 814 auf 81 734, oder um 6920 Mitglieder. Seine Mehreinnahme betrug angeblich 130 153,27 Mt. Wie die höhere Mitgliederzahl und die Mehreinnahme entstanden, darüber gibt die "Bergarbeiter-Zeitung" in ihrer Nr. 28 wie folgt Aufschluß:

"Rechnete sich doch der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter im Jahre 1909 gegen das Jahr 1908 eine höhere Betriebs-einnahme von 130 153,27 Mt. dadurch heraus, daß er dem Anteil der Lokalfassen von 159 774,56 Mt. in Einnahme und Ausgabe stellte, was früher nicht geschah. Rechnet man von diesen 159 774,56 Mt. die angebliche Mehreinnahme von 130 153,27 Mt. ab, so entsteht eine Mindereinnahme von 29 621,29 Mt."

Zu dieser Feststellung äußert sich weder der neueste "Bergknäpp", Organ des Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter, noch das christliche Zentralblatt. Der Gewerkschaften gibt eine Mehreinnahme von 130 153,27 Mark und eine Mitgliederzunahme von 6920 an. In Wirklichkeit hatte er eine Mindereinnahme von 29 621,27 Mt., was einem Mitgliederverlust von über 1500 entsprechen würde. Danach hat der Gewerkschaften 8420 Mitglieder zuziel angegeben. Außerdem hat das "Zentralblatt" aber einige neue Organisationen angeführt. Es ist das der Verband der deutschen Staatsbahnhandwerker und Arbeiter mit 8920 Mitgliedern und der der Kellner mit 1185 Mitgliedern. Rechnet man diese und die vom Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter zuziel angegebenen Mitglieder von der Gesamtmitgliedszunahme ab, so bleibt nur noch eine Zunahme von 769 Mitgliedern zu verzeichnen. Haben nun, was nach bisher gemachten Erfahrungen sehr nahe liegt, die übrigen christlichen Verbände ähnliche Zahlenmänner angewandt, wie der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter, dann sieht es im Christenlager höflich aus, und die Uchermittwochsstimmung läßt sich verstehen.

Aus unserem Beruf.

Automobilfahrer.

Das Oberlandesgericht zu Braunschweig hat in einem Urteile vom 15. April 1910 (Rechtsprechung der Oberlandesgerichte, 20. B., S. 261) eine besonders weitgehende Sorgfalt bei der Anstellung eines Automobilführers verlangt. Der auf Schabenerstraße Verklagte hatte vor der Einstellung des Automobilführers allerdings die ihm erteilten Zeugnisse eingesehen. Doch war aus dem einen Zeugnis nur hervorgegangen, daß der Fahrer lediglich ein Automobil gefahren habe. Die anderen Zeugnisse hatten allerdings bestätigt, daß der Chauffeur zufriedenstellend gefahren habe. Doch war das Gericht der Ansicht, daß diese Auskünfte nicht hätten genügen dürfen. Die gewöhnliche Erfahrung lehre, daß christliche Dienstzeugnisse meist nur unvollkommene Orientierungsmittel bildeten und daß der Dienstherr, wenn er sicher gehen wolle, sich mit dem früheren Dienstherrn in Verbindung zu setzen pflege. Eine solche un-mittelbare Erkundigung sei aber gerade zu Pflicht des Dienstherrn in solchen Fällen, in denen bei der Auswahl nicht nur das Interesse, sondern auch die Rücksicht auf das Interesse der Mitmenschen und auf die Sicherheit des Verkehrs mitzusprechen habe. Hätte der Dienstherr im vorliegenden Falle sich bei dem früheren Dienstherrn eingehend über Person und Leistungen des Chauffeurs unterrichtet, so würde ihm dieser, nach seinem Zeugnis, das Engagement nicht empfohlen haben, weil der Chauffeur nicht vorsichtig genug mit dem Wagen umgegangen sei und viele Reparaturen verursacht habe. Durch die Unterlassung unmittelbarer Erkundigung habe der Verklagte also die im Verkehrsleben zu erfordernde Sorgfalt verlehrt.

Droschkenführer.

Die Hochschule der Droschkenführer. Schon mancher Bewohner der Großstadt, der in der Hektik des modernen Lebens sich eine Droschke oder einem Automobil anvertraute, um Zeit zu sparen und schneller zum Ziel zu kommen, hat bittere Enttäuschungen sammeln müssen. Mit der raschen Entwicklung der Großstädte hat das Wissen der Koffelreiter und der Chauffeure nicht immer gleichen Schritt halten können. In dem Wirrwarr neuer Straßen-namen weiß mancher Kutscher nicht mehr Wegweiser, und die Zeit, die man zu sparen gedachte, geht durch Irrfahrten und allerlei Umwege verloren. Je größer das Stadtgebiet, je größer sind auch die Möglichkeiten der Irrfahrten. In London bilden sie eine nie versiegende Quelle bitterer Beschwerden. Nun hat die Londoner Automobil-Droschken-Gesellschaft die Initiative zu einem Mittel ergriffen, das die Beschwerden und Klagen des Publikums gegenstandslos machen soll. Eine Art Hochschule für Droschkenführer und Chauffeure ist entstanden, eine Schule, in der mit Hilfe eines großen Plänenmaterials von fadlumigen Lehrern die Topographie der britischen Millionenstadt gelehrt wird. Praktische Übungen werden abgehalten, Aufgaben gestellt, und nur Schüler, die dieses Examen gut bestehen, haben Aussicht, von der Londoner Polizeibehörde den Fahrchein zu erlangen. Besonders das Anwachsen des Automobilverkehrs hat diese Maßnahme nötig gemacht, denn mit der zunehmenden Nachfrage nach Chauffeuren drängte sich eine immer größer werdende Zahl von Bewerbern heran, die zwar ein Fahrzeug regieren können, aber das gewaltige Straßennetz Londons nicht so kennen, wie ihr Beruf es erfordert. Die Bewerber freilich klagen bitter über diese Erschwerung und möchten sich mit der Kenntnis der Hauptstraßen und Hauptstadtteile begnügen, aber die neue Hochschule der Droschkenführer bleibt den Beschwerden träge Gemüter gegenüber taub. Der Droschkenführer der Zukunft ist ein vielwissender Mann, im Reiche seiner Stadt eine geographische Autorität, ja fast ein Gelehrter, der seine unwillkürlichen Kollegen durch seine topographische "Bildung" aus dem Felde schlagen wird.

Hafenarbeiter.

Binnenschiffer und Flößer.

Danzig. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Kohlenarbeiter. In allen Hafenstädten der Nord- und Ostsee haben sich unsere Berufskollegen durch festen Zusammenschluß in ihrer Berufsorganisation, dem Deutschen Transportarbeiterverband, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse erzwungen. Auch Danzig treibt einen ziemlich regen Kohlenhandel. Doch fließt der Verdienst dieses schwarzen Diamanten-Handels allein in die Taschen der Unternehmer, da die Danziger Kohlenarbeiter es bisher noch nicht verstanden haben, sich auch ihren Anteil zu sichern. Die Kohlenarbeiter haben es noch nicht für notwendig gehalten, sich ihrer Berufsorganisation anzuschließen. Daß unter diesen Umständen der Weizen der Unternehmer blüht, versteht sich am Rande.

Die Arbeitszeit in den meisten Betrieben ist eine unregelmäßige und richtet sich stets nach der vorliegenden Arbeit. Ueberstunden zu bezahlen fällt dem Unternehmer nicht ein. Aus dem einfachen Grunde, weil er nichts zu geben braucht, wo nichts gefordert wird. Frühstück- und Mittagspausen kennt der Kohlenarbeiter nicht, wenn die Arbeit es erlaubt. Auch in satterer Hinsicht bleibt auf fast allen Kohlenplätzen recht viel zu wünschen übrig. Einen Umkleideraum kennt der Kollege Kohlenarbeiter nicht, Waschgelegenheit gibt es einfach nicht, ein Speiseraum fehlt fast überall. Wollen die Kollegen ihr Frühstück einnehmen, so sind sie auf die Kneipen angewiesen. Haben die Kollegen ein Bedürfnis, so sind sie wiederum auf die Kneipen angewiesen. Daß dadurch der übertarige Verdienst noch mehr geschmälert wird, ist selbstverständlich. Die Firmen Duble, Siede und Malabinski haben auf ihrem Betriebsplatz weder Kloset noch Wasserleitung. Wozu haben wir denn unsere Gewerbeinspektion, wenn sie von derartigen Missetänden nichts weiß. Hier muß endlich Remedur geschaffen werden.

Diesem herrlichen Arbeitsverhältnis schließt sich das Lohnverhältnis würdig an. Es bestehen Löhne von 12, 15, 18, 20 und 22 Mt. Der Durchschnittslohn für Kohlenarbeiter beträgt 17,50 Mt. Bei einer Reihe von Firmen ist ein elendes Akkordsystem eingeführt. Ist viel Arbeit vorhanden, so stoßen sich die Kollegen zur Not durch, bei Arbeitsmangel fliegen jedoch die meisten Akkordarbeiter erbarmungslos aufs Straßpflaster.

Ein besonders mißliches Akkordsystem hat die Firma Duble eingeführt. Hier erhält der Kollege seinen wirklich verdienten Akkordlohn nicht. Der gesamte Akkordlohn wird einfach zusammengezählt und erhält dann ein jeder seinen gleichen Anteil, ganz gleich ob er mehr geleistet hat oder weniger. In dieser befinden sich auch zwei Invaliden, welche mit leichter Arbeit beschäftigt werden. Auch hat diese Firma einen Hofmeister bei einem Fürstengehalt von sage und schreibe 12 Mt. pro Woche eingestellt. Daß der Herr Hofmeister hieron nicht leben kann, ist ja einleuchtend. Entschieden verurteilen müssen wir aber, daß die Kollegen Akkordarbeiter den Lohn für die Invaliden und den Herrn Hofmeister mitverdienen müssen. Wenn der Unternehmer sich Personal leistet, dann möge er dieses auch gefälligst selbst bezahlen. Die Arbeitskraft unserer Kollegen wissen die Arbeitgeber sehr gut zu gebrauchen; werden dafür auskömmliche Löhne verlangt, so findet man stets zugeknöpfte Taschen. Der Kapitalismus kann nur durch ein Heer billiger und williger Arbeitskräfte bestehen.

Kollegen! Wer ist nun schuld an diesem elenden Verhältnis? Seid Ihr es nicht selbst? Schon recht

oft wiesen wir Euch an, wie Ihr Eure wirtschaftliche Lage verbessern könnt. Deshalb aufgewacht, Ihr geplagten Kohlenarbeiter, herunter mit der Schlafmütze und hinein in Eure Berufsorganisation, der schon tausende von Berufskollegen die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu verdanken haben. Schaut um Euch, überall längs der Nord- und Ostsee, in allen Hafenstädten haben die Kohlenarbeiter eine geregelte Arbeitszeit und einen auskömmlichen Lohn durch ihre Einigkeit errungen. Wollt Ihr Danziger Kohlenarbeiter dies auch erringen, dann hinein in Eure Berufsorganisation und nicht eher geruht, bis auch der letzte Berufskollege organisiert ist. Dann wird auch für Euch die Zeit eines besseren, menschenwürdigen Daseins nicht mehr fern sein.

Deshalb hinein in die Organisationen!
Nur Einigkeit macht stark!

Antisemitische Verleumdung der Hafnarbeiter.
Kürzlich brannte in Dresden ein Speicher der Elbe-Lagerhaus-Gesellschaft nieder, wobei bedauerlicher Weise ein Feuerwehrmann das Leben verlor. Mit Recht kritisierte die „Dresdener Volkszeitung“ diese Feuerlöschmethode, die Menschenleben auf das Spiel setzte, nur um materielle Güter zu retten. Das hat das Antisemitenblättchen gekränkt. Wir lesen darüber im Dresdener Parteiorgan folgendes:

„In der letzten Nummer des Antisemitenblättchens ist folgender gemeiner Schwindel zu lesen:

„Der volksfreundlichen Sozialdemokratie bot der bedauerliche Tod eines wackeren Dresdener Feuerwehrmannes willkommenen Anlaß, eine dringliche Anfrage an den Rat zu richten: „Wie es möglich war, daß bei dem Speicherbrande am Albertshafen ein Feuerwehrmann sein Leben einbüßen konnte.“ Es seien keine Menschenleben, sondern nur materielle Güter in Gefahr gewesen usw. — Der betreffende sozialdemokratische Stadverordnete vergißt nur zu erwähnen, daß lediglich infolge der Weigerung der organisierten Hafnarbeiter, die von dem Entstehungsorte des Feuers in westlicher Richtung abgelegenen Teile des Speichers, so weit als möglich, noch auszuräumen, der Brandherd sich so ausdehnen konnte, wie es leider geschah. Obgleich den Hafnarbeitern der mehrfache Stundenlohn geboten wurde, rührten sie, da eben die offizielle Arbeitszeit bei der Entdeckung des Feuers ziemlich beendet war, keinen Finger, um auch nur ein Stück zu retten. Die Hände in den Hosentaschen vergaben, gingen sie untätig beiseite. Zweifellos hätte ohne Gefahr für die Meiter noch ein Drittel oder Viertel des Speichersinhaltis herausgebracht werden können. So aber sind durch die Schuld der organisierten Hafnarbeiter große Vermögenswerte verloren gegangen. Daß einzelne Hafnarbeiter und Schiffer das bedauerliche Vorkommnis zu einer Art Masterrade veranlaßte, sei nur nebenher erwähnt. Wahrlieh: Herrliche Eigenschaften der „Brüderlichen“.

Zu dieser Verdächtigung der Speicherarbeiter geht uns von sämtlichen Arbeitern der Firma Elbe-Lagerhaus N. G. unterzeichnete Erklärung zu, in der die verlesenerischen Behauptungen des antisemitischen Prepperzeugnisses wie folgt als solche gebrandmarkt werden:

1. Es ist unwahr, daß sich die beim Brandherde anwesenden Hafnarbeiter geweigert haben, Rettungsarbeiten zu übernehmen. Wahr ist vielmehr, daß die Arbeiter tätig eingegriffen haben, und zwar unter Hintansetzung ihrer Gesundheit. Das geht auch aus der Äußerung des Herrn Direktors Groth hervor, der es den Meitern, organisierten Hafnarbeitern, uniersagte, die Ausräumungsarbeiten fortzusetzen, da der sich entwickelnde, nicht durchdringende Rauch zu Rauchvergiftungen führen würde und er diese Verantwortung nicht auf sich nehmen wollte. Trotzdem sind die Rettungsarbeiten fortgesetzt worden, und zwar bis zur direkten Unmöglichkeit.

2. Es ist unwahr, daß den organisierten Hafnarbeitern der mehrfache Stundenlohn geboten wurde. Wahr ist, daß die bei der Firma beschäftigten Arbeiter erst am Sonntagabend erfahren haben, welche Vergütung sie für ihr Rettungswerk bekommen.

3. Zu der Behauptung, die Arbeiter wären, die Hände in den Hosentaschen vergaben, untätig umhergegangen, verzichten die Arbeiter, nach dem Vorhergesagten ein Wort zu sagen. Sie wollen nicht auf das tiefe Niveau des Antisemitenblättchens heruntersteigen.

4. Es ist unwahr, daß die „offizielle Arbeitszeit“ bei der Entdeckung des Feuers ziemlich beendet war. Wahr ist: die Arbeitszeit, durch Vertrag festgelegt, beginnt früh um 6 Uhr und endet um 6 Uhr abends. Das Feuer ist nach 7 Uhr bemerkt worden. Deshalb waren keine Hafnarbeiter mehr am Platz. Die Arbeiter, die sich an den Räumungsarbeiten beteiligten, waren aus ihren Wohnungen herbeigeeilt.

Die Behauptung, daß ohne Gefahr für die Meiter ein Drittel oder ein Viertel des Speichersinhaltis hätte herausgebracht werden können, kann nur von einem Manne gemacht werden, der keine blasse Ahnung von dem Inhalt eines solchen Speichers hat, der bis oben hinauf mit Wolle gefüllt war.

Und diese Lügengeschichte will speziell in Sachen die Arbeiter für sich gewinnen. Nur immer so weiter Ihr Herren, der Weg ist der richtige.

Die Boykott gegen einen Boykott. Im Jahresbericht des Vereins Hamburger Needer ist folgende Stelle von Interesse, weil sie die doppelte Moral der Hamburger Hafnarbeiter bengalisch beleuchtet:

„Der nun schon seit Jahren bestehende Boykott, den der Leipziger Arbeiterverband gegen die Boeremann-Linie und die Deutsche Ost-Afrika-Linie verhängt hat, besteht auch heute noch. Auch die im Mai vorigen Jahres auf unsern Wunsch von dem Reichsamt des Innern einberufene Besprechung hat zu einem praktischen Ergebnis und zur Aufhebung des Boykotts

bisher nicht geführt. Das ist umso unverständlicher, als die beiden Neederien in der Zwischenzeit sich beiderseitig haben, die von seiten des Leipziger Verbandes geltend gemachten Wünsche, die die Anstellungsbedingungen der Ärzte betreffen, durchweg zu erfüllen. Der einzige Differenzpunkt ist nunmehr lediglich die Frage der Stellvermittlung. In dieser Beziehung wird seitens der erwähnten Neederien, unseres Erachtens durchaus mit Recht, gewünscht, daß es ihnen freistehen müsse, direkt Schiffsärzte anzunehmen, sofern dies unter den mit dem Leipziger Verband abgemachten Anstellungsbedingungen erfolgt. Wir haben daher namens der beiden Neederien dem Leipziger Verband den Vorschlag gemacht, den § 3 des Vertrages, der sich mit der Stellvermittlung befaßt, so zu fassen, daß es den Neederien zusteht, Schiffsärzte auch direkt anzunehmen, daß sie aber, wenn sie eine Stellvermittlung in Anspruch nehmen, gehalten sein sollen, in erster Linie die Stellvermittlung des Leipziger Verbandes zu benutzen. Diese Fassung des § 3 will der Leipziger Verband nur mit einem Zusatz annehmen, der den eben angeführten Inhalt des Paragraphen wieder illusorisch machen würde. Die beiden Neederien haben sich nicht entschließen können, diesen Zusatz zu akzeptieren. Wir müssen an dieser Stelle jedenfalls unsern lebhaften Befremden Ausdruck verleihen, daß die Organisation der Ärzte lediglich aus einem Spezialinteresse des Verbandes heraus eine schwerwiegende wirtschaftliche Maßnahme den eingangs erwähnten Boykott, aufrecht erhält, nachdem seitens der Neederien alle Zugeständnisse, die sich auf das Interesse der Ärzte selbst bei einer Anstellung als Schiffsarzt beziehen, bewilligt worden sind. Im Hinblick darauf, daß die Mitnahme von Schiffsärzten in bestimmten Fällen gesetzlich angeordnet ist, empfehlen wir diese Schlichte der besondern Aufmerksamkeit der Reichsregierung in der Annahme, daß es unter solchen Umständen nicht angängig ist, die rechtsrechtlichen Bestimmungen über die Mitnahme von Ärzten auf bestimmten Passagierdampfern in der heutigen Form beizubehalten. Nicht unerwähnt möge auch bleiben, daß der Ärzteverband in den letzten Monaten wiederholt nicht in der Lage gewesen ist, denjenigen Hamburger Neederien, die vor vier Jahren zu einem Vertragsbruch mit dem Verband genötigt waren, die angeforderten Schiffsärzte zu vermitteln. Es hat den Anschein, daß die Stellvermittlung des Leipziger Verbandes in ihrer Wirksamkeit dadurch behindert ist, daß jüngere Ärzte ungern die weitgehenden Sperrverpflichtungen übernehmen, die seitens des Leipziger Verbandes vor Vermittlung einer Stelle den Bewerbern auferlegt werden.“

Wenn die Schauerleute dem Liebeswerben der Hafnarbeiter, Kontraktarbeiter zu werden, ablehnend läßt gegenübersehen, werden sie boykottiert, d. h. sie kommen auf die schwarze Liste und werden nur noch dann als „Gelegenheitsarbeiter“ beschäftigt, wenn Not an Mann ist. Wenn jedoch sie selbst einmal die Freuden an eigenen Leibe spüren, dann schreiben sie Beter und Mordio und verlangen, daß das Gesetz gegen die Boykottier willkürlich angewandt wird — natürlich nur gegen die anderen.

Vor kurzem erschien ein Roman „Doppelte Moral“, der durch eine mißglückte Reklame zur Skandalaffäre wurde. Wir kennen dieses Produkt nicht, aber wenn er von der Moral der Hamburger „Herrn im Hafen“ handelt, dann muß der Inhalt außerordentlich vielseitig sein.

Hamburg. Am Mittwoch, den 3. August referierte Genosse Helene Brandenburg in einer sehr gut besuchten Mitgliederversammlung der Mitglieberschaft Wonnenschiffer über: „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft.“ Die Referentin verfuhr in ihrem 1 1/2 stündigen Vortrag in möglichst knapper und klarer Weise die vorliegenden Quellen des wissenschaftlichen Sozialismus vor den Hörern aufzudecken. Seit dem Verschwinden des Utopiensozialismus wurden durch Ausbeutung Klassen geschaffen. Die Klassenscheidung rief Klassenkämpfe hervor, die in der ferneren Entwicklungsgeschichte der Menschheit nicht wieder verschwinden sind. Die Wurzel aller Klassenkämpfe, die sich auf Grund der ökonomischen Verhältnisse der jeweilig herrschenden Klassen und Gesellschaftsordnungen verschiednen äußerten, ist stets das mehr oder minder klare Verlangen nach freiem Menschentum, nach Befreiung vom Druck des bevorrechteten Ausbeuters. In vielen Beispielen illustrierte die Rednerin die verschiedenenartigen unglücklicher Volksbewegungen, die alle die Befreiung der unterdrückten Menschheit auf ihre Fahne geschrieben hatten, von der Einführung der ersten großen proletarischen Volksbewegung, des Christentums, an bis zur Begründung des wissenschaftlichen Sozialismus durch die dialektische Methode der materialistischen Geschichtsauffassung unseres großen Meisters Karl Marx. Die Grundlage unseres heutigen Klassenkampfes ist die klare Erkenntnis unseres Erbteils, des wissenschaftlichen Sozialismus und seine bewußte Anwendung für jeden Proletarier. Darum nicht nur Tagespolitiker, Gegenwartssozialisten werden uns den Kommunismus der Zukunft bringen, sondern einzig und allein stahlfeste Überzeugungstreue Marxisten (soll wohl heißen: Sozialisten. Red. des „Courier“) können uns den endlichen Sieg garantieren.

Hamburg. Kohlenarbeiter und Pohlenlutscher. Versammlung am 7. August. Hänel berichtete über die letzten Verhandlungen mit dem Arbeitgeber. Nachdem von der Mitgliederversammlung am 31. Juli das Angebot der Arbeitgeber abgelehnt worden sei, hätten mit den Arbeitgebern nochmals Verhandlungen stattgefunden. Die Arbeitgeber seien nun gewillt, den Lohn für Kohlenarbeiter vom 1. September bis zum 1. Januar 1912 auf 5,20 Mk., von da ab bis zum 30. Juni 1913 auf 5,40 Mk. zu erhöhen. Den Kutschern sei ein Wochenlohn von 34 Mk. und Bezahlung der Ueberstunden

nach 8 Uhr abends bewilligt worden. Auch die Vordarbeiter hätten noch einen kleinen Vorteil erreicht. Da die Mehrzahl der in Wochenlohn stehenden Arbeiter und Kutscher dem Versammlungsbeschlusse, das Arbeitsverhältnis zu kündigen, nicht nachgekommen sei, empfehle er die Annahme dieser Zugeständnisse. Von fast allen Kollegen, die sich an der Diskussion beteiligten, wurden diese Zugeständnisse als ungenügend erklärt. Durch die Not würden die Kohlenarbeiter, da sie die schwere Arbeit nicht bei ungenügender Ernährung und Kleidung ausführen könnten, gezwungen, für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Zu bedauern sei es, daß diejenigen Pohlenarbeiter und Lutscher, welche ihr festes Arbeitsverhältnis nicht gekündigt, der Bewegung dauernd geschadet hätten. Es empfehle sich, den Zugeständnissen zuzustimmen. Die Kollegen möchten in Zukunft kein Kündigungsverhältnis mehr annehmen. Mißstände und Verstöße gegen tarifliche Abmachungen seien zu melden und zu beseitigen. Kollegen, die jetzt einen besseren Lohn hätten, dürfe der Lohn nicht gekürzt werden. Der Zuschlag zu dem Tagelohn für Tragen aus Schuten, Abladen vom Wagen oder Waggons, sei, so wie es die Arbeitgeber wünschen, besonders zu regeln. Das Angebot der Arbeitgeber wurde mit großer Mehrheit angenommen. Es regte an, daß baldmöglichst ein Sektionsleiter und Schriftführer gewählt werde.

In einem Streik eingetreten sind die Schiffsreiniger und Maler der Küste, sowie die Dockarbeiter und Schiffsreiniger (Gänge) der Hamburg-Amerika-Linie. Die Kollegen sind seit dem 23. März in der Lohnbewegung. Anfangs waren die Arbeitgeber der Küste gewillt, den Lohn auf 30 Pf. pro Stunde zu erhöhen, nachdem sich jedoch die Waage an die Meeder gewandt und diese den Waagen nichts zulegen wollten, sind jetzt auch diese nicht gewillt, eine Verbesserung zuzusetzen zu lassen. In der Verhandlung der Lohnkommission mit den Arbeitgebern, die am Mittwoch, den 3. d. M. stattfand, erklärten die Arbeitgeber, daß sie den Lohn zurzeit nicht erhöhen würden. Im Höchstfalle soll für das Durcharbeiten der Mittagspause 75 Pf. bezahlt werden. Wenn jedoch von 1 bis 2 oder von 2 bis 3 Uhr nachmittags noch eine Pause gewährt werde, soll diese Vergütung fortfallen. Außerdem soll für einen etwaigen Fortfall der Frühstückspause 40 Pf. vergütet werden. Die Sonntagsarbeit, die bisher bis vier Uhr gewährt hat, soll jetzt bis 4 1/2 Uhr ausgedehnt werden, so daß hier eine Verschlechterung eintreten soll. Weiter wollen die Arbeitgeber den Leuten nichts bewilligen. Die Dockarbeiter der Hamburg-Amerika-Linie sind schon jetzt zu verschiedenen Arbeiten herangezogen worden, die von Bestarbeitern und Malern verrichtet werden, dadurch sind sie den Streikenden bereits in den Rücken gefallen. In der Versammlung der Schiffsreiniger wurde den Versammelten von der Leitung der Beschluß der Arbeitgeber mitgeteilt und die Frage gestellt, ob die Schiffsreiniger für den allen Lohn weiter arbeiten wollen. Eine Befristung solle durchaus nicht erfolgen, das Bestimmungsrecht solle den Versammelten überlassen bleiben. Der Oberinspektor Kirchheim hat erklärt, daß die Schiffsreiniger nicht mehr als 40 Pf. Stundenlohn wert sind. (Aus zehn Oberinspektoren läßt sich aber noch immer nicht ein einziger Schiffsreiniger machen. Die Red. des „Courier“.) Also mehr als 4 Mk. pro Tag sollen die Leute nicht verdienen. Der Inspektor des Nordb. Lloyd hat den Arbeitern erklärt, daß er für die Sonntagsarbeit pro Mann und Stunde 1 Mk. an die Hamburg-Amerika-Linie bezahle, während die Arbeiter für die Arbeit nur 60 Pf. pro Stunde vergütet erhalten. Sollte dies nicht zutreffen, so hat entweder der Inspektor des Lloyd gelogen oder die Hamburg-Amerika-Linie, die im Vorjahre einen Ueberfluß von einigen 30 Millionen Mark hatte, hat den Arbeitern die 40 Pf. vorenthalten. Die Schiffsreiniger sind also nach den Ausführungen des Oberinspektors K., sowie nach dem Beschluß der Waage der Küste gezwungen, für 4 Mk. zu arbeiten, mehr sollen sie nicht verdienen, und zulegen wollen die Arbeitgeber nicht. Nachdem in der Diskussion verschiedene Redner sich für die Arbeitseinstellung erklärt, erfolgte die Abstimmung.

In der sehr stark besuchten Versammlung erklärte sich durch Stimmzettel die überwiegende Mehrheit für den Streik. Beschlossen wurde, im Laufe des Dienstag (9. August) die Arbeit einzustellen. Erklärt wurde noch, daß der Streik nicht aus Sympathie für die Bestarbeiter geführt werde, sondern, weil die Arbeitgeber den Lohn nicht erhöhen wollen und die Arbeiter mit dem Lohn nicht existieren können.

Die Arbeitseinstellung ist einheitlich erfolgt. Die Arbeiter haben, ob organisiert oder nicht, die Arbeit verlassen. Bis Redaktionschluß waren 732 Mann in die Streiklisten eingetragen. Es arbeiten nur noch einige Leute, die man jedoch nicht als Streikbrecher ansehen kann, weil sie sich verpflichtet haben. Diese werden sich den Streikenden ebenfalls anschließen.

Bei der Firma Miskel sind die organisierten Leute aufgehalten, die Unorganisierten jedoch bei der Arbeit geblieben. Die Leute wollen sich jedoch den Streikenden ebenfalls anschließen. Der Firma Schröder ist es gelungen, für den Dampfer „Sabinia“ etwa 30 bis 35 Streikbrecher anzuwerben. Diese verstehen jedoch nicht viel von der Schiffsreinigung und werden dem Arbeitgeber keine große Freude bereiten. Die Streikenden bewahren musterhafte Ruhe. Trotzdem glauben die kapitalistischen Drahtzieher, ihre noch nicht gefundenen Streikbrecher einsperren zu müssen. Der wiederholt als Logierschiff bei Streiks und Ausperrungen für Arbeitswillige benutzte und zu diesem Zweck von der Hamburg-Amerika-Linie angekaufte Dampfer „Anchorta“ wird wieder für Hotelzwecke hergerichtet. Auf dem Seemannsamt wird bereits die Mannschaft für den Dampfer angemustert.

Tarifbrüchige Unternehmer in der Binnen-
schiffahrt. Die Firmen **Z e h r m a n n u. C o.**, so-
 wie **M e r t e n s u. G e n r i c h** aus **H a v e l b e r g**
 haben Lohnkürzungen von 5 bis 10 Mk. vorge-
 nommen. Die Firmen waren beim Abschluß des
 Tarifvertrages am 27. August 1909, Mitglieder des
 Arbeitgeberverbandes und haben als solche die Ver-
 pflichtung übernommen, die getroffenen Abmachungen
 zu halten. Die Herren sind inzwischen aus dem Ar-
 beitgeberverbande ausgetreten und scheinen der Mei-
 nung zu sein, nunmehr berechtigt zu sein, die Lohn-
 sätze kürzen zu können. Wir haben bereits Maß-
 nahmen ergriffen, um die Herren zur Innehaltung
 der eingegangenen Verpflichtungen zu veranlassen. Die
 Kollegen sind hiermit ganz besonders auf diese Ver-
 treibe aufmerksam gemacht und eruchen wir außer-
 dem, darauf zu achten, daß, falls auch andere Fir-
 men dem schiefen Benehmen der beiden vorgenannten
 Firmen nachzuahmen versuchen, uns hiermit sofort
 bekannt zu machen.

Mitgliedschaft Innenschiffer der Elbe, Oder
und märkischen Wasserstraßen. Den Kollegen zur
 Nachricht, daß die Umschreibung der Bücher zum
 größten Teil vollzogen ist, bis zum 15. August waren
 3400 Bücher umgeschrieben. Wir haben aber noch
 1000 sämige Kollegen, wir bitten diese, sich schleu-
 nigst das neue Buch ausstellen zu lassen, denn bis
 zum 1. September muß die Umschreibung er-
 ledigt sein, da dann die Abrechnung des alten Ma-
 terials vorgenommen werden muß.

Bekannt geben wir dann noch, daß die Um-
 schreibestellen in **L e t s c h e n**, **M a g d e b u r g** und
L ü b e c k aufgehoben sind, die Kollegen haben
 somit nur noch Gelegenheit, den Umtausch in **M u s s i g**,
D r e s d e n, **H a m b u r g**, **K o s e l**, **B r e s l a u**, **S t e t t i n** und
B e r l i n vorzunehmen. Am 1. September werden dann
 auch **M u s s i g**, **S t e t t i n** und **B r e s l a u** ein-
 gezogen, so daß nur noch in den Bureaus der
 Mitgliedschaften die Umschreibung vorgenommen wer-
 den kann. Die Kollegen müssen also warten, bis sie
 zu einer Verwaltungsstelle kommen oder, wenn ihnen
 dies nicht möglich, das Buch einsenden, jedoch muß,
 falls im alten Buch noch Marken zu kleben sind,
 auch zugleich der Betrag zur Einsendung kommen,
 denn altes Material befindet sich in den Zahlstellen
 nicht mehr. Wir eruchen also nochmals die Kollegen,
 uns bei der Arbeit behilflich zu sein, indem sie alle
 Kollegen aufmerksam machen, und außerdem bei der
 Kontrolle Obacht geben.

Den **O b l e u t e n** zur Nachricht, daß
 vom 22. August bis zum 15. September
 das **M u s s i g** schreiben zur Versendung
 gelangt, wir eruchen alle **O b l e u t e**,
 auch diejenigen, welche zu Hause
 sind, ihre Adresse an den Kollegen
S c h ü n i n g, **B e r l i n**, **N e u - S t ö l n**, am **W a s s e r 1**,
 zu senden. Es liegen wichtige Mit-
 teilungen betreffend die **A g i t a t i o n**,
 als auch die **A r b e i t s l o s e n** unterstühung
 vor. Alle **O b l e u t e** sind verpflichtet,
 diesem **M u s s i g** zu folgen.

Die **e n t e r b t e** **S c h i f f s m a n n s c h a f t** der **F i r m a**
C ä s a r W o l f f e i m. Der Tod hat die **W i t w e C ä s a r**
W o l f f e i m von ihren Millionen ins Jenseits befördert.
 Um ihr ein ewiges Andenken auf Erden zu sichern,
 sollten alle Angehörigen der Firma miterben.

Alle wurden reichlich beschenkt, je höher, je reich-
 licher, so daß schließlich für die untersten Arbeiter
 nichts übrig blieb.

Die **S t e u e r l e u t e** mit ihrer hohen **K a u t i o n** und
 niedrigen Monatslohn dachten besonders ein Recht
 am **E r b t e i l** zu haben, hatten doch ihre Kollegen, die
D a m p f s c h i f f f ü h r e r, einen schönen Teil erhalten. Ein
S t e u e r m a n n freute sich schon, seine durch den **a r b e i t s -**
l o s e n **W i n t e r** entstandenen Schulden bezahlen zu
 können. Als aber die klingende Münze ausblieb,
 wurden sie mißtrauisch. Ein Schreiben an die **D i -**
r e k t i o n brachte auch den gewünschten Erfolg. Die
 Firma hatte die **S t e u e r l e u t e** nicht vergessen. Das
a r b e i t e r f r e u n d l i c h e **U n t e r n e h m e r s z u s a g e** warm auch
 für den geringsten Arbeiter. 15 000 Mk. waren der
K r a n t e n k a s s e zugeflossen, wovon ja auch die **S t e u e r -**
l e u t e ihr **G u t e s** hatten.

So, mein **S t e u e r m a n n**, gehe hin und schufte
 weiter, Dein **U n t e r n e h m e r** hat sein freundliches Herz
 ausgeschüttet, Deine **U n t e r t r e i b e r** haben reichlich geerdet,
 mit dem Bewußtsein, die **S u m m e** Dir wieder aus
 den **K i n o c h e n** zu holen. Werde aber nicht krank, sonst
 könntest Du aus der **K r a n t e n k a s s e** ausgeschlossen werden
 und Du hättest Dich selbst um Dein **E r b t e i l** be-
 trogen!

Wie die Firma ihre Angestellten ausbeutet, davon
 folgendes Beispiel: 105 Mk. Monatslohn, 200 Mk.
K a u t i o n. Hasten für Person und ganzes Vermögen.
 Ueberstunden werden nicht bezahlt, bei Ueberfracht ist
 der Firma die Hälfte zu zahlen, bei entstandenem
M a n d o muß der **S t e u e r m a n n** selber blechen.

Diese **g e f e h r l i c h e n** **Z u s t ä n d e** werden nicht eher
 aufhören, bis die **S c h i f f s m a n n s c h a f t e n** ihre **P f l i c h t e n**
 in der **O r g a n i s a t i o n** erfüllen.

A u s der **F l ö ß e r e i**. Wegen Uebertretung der
S t r o m p o l i z e i - V e r o r d n u n g vom 3. September 1906
 mußten schon wiederholt die **F l ö ß e r** **O r d n u n g s s t r a f e n**
 bezahlen; diesmal in gelinder Höhe von 2 Mk. Die
F l ö ß e r **J. B.** und fünf Genossen beantragten bei
 ihrem **B e z i r k s l e t t e r** **B e r n i c k e** in **Z a n t o c h**, dahin zu
 wirken, daß der **W a s s e r b a u r a t** in **L a n d s b e r g a. W.**
 die an sie ergangenen **S t r a f b e f e h l e** zurückziehe und
 die **S t r a f e** niederzulegen. Die Ursache der **S t r a f b e f e h l e**
 ist ungenügendes **F l o s s a u s r ü s t u n g s m a t e r i a l**. Es ent-
 spricht eben nicht den **V o r s c h r i f t e n**. Der § 80, Abs. 2,
 schreibt vor, daß jedes **F l o s s** am hinteren Ende mit
 zwei **S c h r i c k e n** versehen sein muß, die aber eine
M i n d e s t l ä n g e von sechs Metern haben müssen. Dies
 ist sehr gut, das heißt, jedoch nur dann, wenn man
 alle **F l ö ß e r** mit einem **M a ß e** mißt. Die **V o r s c h r i f t e n**

bestehen schon seit dem September 1906, aber seit
 dieser Zeit hat sich kein **S t r o m b e a m t e r** um ihre **D u r c h -**
f ü h r u n g gekümmert. Da nun die **S t r o m p o l i z e i** auf
 den § 80 aufmerksam geworden ist, verlangen die
F l ö ß e r aber auch, daß dieser § 80 **s t r i c t e** **i n b e -**
r a c h t durchgeführt wird. Und tatsächlich können wir
F l ö ß e r dies nur mit **F r e u d e n** begrüßen, wenn der
H e r r S t r o m m e i s t e r **B r i e b t e** aus **F r i e d r i c h s d o r f** dafür
 sorgt, daß für die Zukunft besseres **F l o s s a u s r ü s t u n g s -**
m a t e r i a l von den **U n t e r n e h m e r n** geliefert wird.

Die **D r a g e f l ö ß e r** haben sich durch den im **F r ü h -**
j a h r d. J. geführten **S t r e i k** erkämpft, daß die **S t r a f e n**
 von den **U n t e r n e h m e r n** bezahlt werden müssen. Ein
 deutlicher **W i n t** für die **a n d e r e n** **F l ö ß e r**. Denn die
U n t e r n e h m e r sind schuldig, da sie genau wissen, was
 sie liefern müssen. Vor dem **S t r e i k** waren die **D r a g e -**
f l ö ß e r gezwungen, selber die **S t r a f e n** über **N i c h t e r -**
f ü l l u n g von **v o r s c h r i f t m ä ß i g e m** **F l o s s m a t e r i a l** zu be-
 zahlen. Die **O r g a n i s a t i o n** wird selbstverständlich nur
 die **F l ö ß e r** auf eine **a n d e r e** **A r t** zu ihrem **R e c h t e** ver-
 helfen. Wir lassen hier die **A n t w o r t** folgen, welche
 lautet:

Der **W a s s e r b a u i n s p e k t o r**.
 S.-Nr. 2922.

L a n d s b e r g a. W., den 29. Juli 1910.

Auf Ihre Eingabe vom 5. d. M., betreffend
 die **S t r a f v e r f ü g u n g e n** für **N. N. u. a n d e r e**, wegen
 zu kurzer **S c h r i c k p f ä h l e**, erwidere ich Ihnen daß
 eine **Z u r ü c k n a h m e** der **S t r a f v e r f ü g u n g e n** nicht an-
 g ä n g i g ist.

Abgesehen davon, daß die **S c h r i c k p f ä h l e** nicht die
b e s t i m m u n g s m ä ß i g e **L ä n g e** gehabt haben, sind sie
 so **s c h w a c h** gewesen und aus **m i n d e r w e r t i g e m** **H o l z**,
 daß eine **o r d e n t l i c h e** **W i r k u n g** des **S c h r i c k z e u g e s**
 nicht **g e w ä h r l e i s t** war.

Zu dem hatten die betreffenden sechs **F l ö ß e**
 nicht, wie vorgeschrieben ist, zwei **S c h r i c k z e u g e**, son-
 dern nur je ein **S c h r i c k z e u g**. In der **S t r a f v e r f ü g u n g**
 ist dieses nicht **b e s o n d e r s** angegeben.

Ich eruche daher, die betreffenden **F l ö ß e r** zu
 benachrichtigen, daß die **S t r a f e n** bis zum 15. Aug.
 dieses Jahres einzuzahlen sind.

S c h m i t z, **B a u r a t**.

An den Herrn
W i l h e l m B e r n i c k e, **F l ö ß e r v o r s i t z e n d e r**,
Z a n t o c h a. W.

Wir sind trotzdem mit dieser **S t r a f v e r f ü g u n g** ein-
 verstanden. Aber notwendig ist es, daß in Zukunft
 alle **F l ö ß e** ab **W e i ß e n h ö h e** **n i e d e r w ä r t s** mit sechs
 Meter langen **S c h r i c k p f ä h l e n** ausgerüstet werden, und
 daß man nicht die **F l ö ß e r** bestraft, die von ihrer **E x -**
p e d i t i o n s s t e l l e abgefahren sind. So etwas könnte über-
 haupt nicht eingreifen, wenn der **S t r o m m e i s t e r**
A l b r e c h t in **M e s s d a m m** bei **W e i ß e n -**
h ö h e auf die **s t r o m p o l i z e i l i c h e n** **V o r -**
s c h r i f t e n im § 80 **b e s s e r** achtete,
 die **H o l z t r a n s p o r t e** **k o n t r o l l i e r e n** re-
 s p e k t i v e **r e v i d i r e n** würde und die betreffenden **F l o s s -**
m e i s t e r zwingt, nur 6 Meter lange **S c h r i c k p f ä h l e** als
F l o s s m a t e r i a l zu verwenden. Wie oft ereignet sich die
 jetzigen **S c h r i c k e** bei eintretendem **W a c h s w a s s e r** als zu
 kurz und **s c h w a c h**. Wer hat den **S c h a d e n** bei etwaigem
V o r k o m m i s s, doch kein anderer als der **F l ö ß e r**. Um
 nun die neuen **s t r o m p o l i z e i l i c h e n** **V o r s c h r i f t e n** **b e s s e r** zu
 beachten und hochzuhalten, gehört es sich, daß alle
F l ö ß e r sich wieder unter das **B a n n e r** des **T r a n s p o r t -**
a r b e i t e r - V e r b a n d e s scharen, nur dann wird auch der
V e r b a n d mit seiner ganzen **M a c h t** den **F l ö ß e r n** aus
 ihrer **B e d r ä n g n i s** helfen und sie befreien.

Denunziantenbelohnung in der Binnenschiff-
fahrt. In **M a g d e b u r g** besteht eine **V e r e i n i g u n g** zur
 Auslobung von **B r ä m i e n** für die **A u f d e c k u n g** von
S c h i f f s d i e b s t a h l e n und **S e h l e r e i e n** im **S t r o m g e b i e t** der
E l b e und den **m ä r k t i s c h e n** **W a s s e r s t r a ß e n**. Die **M a g d e -**
b u r g e r **H a n d e l s k a m m e r** teilt mit, daß im letzten Jahr
 14 **B r ä m i e n** von zusammen 310 Mk. gewährt wor-
 den sind, seit dem Bestehen der **V e r e i n i g u n g** sind 212
B r ä m i e n von zusammen 12 388 Mk. gewährt worden.
 Die **S i c h e r h e i t** der **G ü t e r** muß also äußerst gefährdet
 sein, wenn man schon **g e z w u n g e n** ist, zu solchen
M i t t e l n zu greifen, man fäht aber die **S a c h e** an
 verkehrten **E n d e** an. Wir sind die **S e k t e n**, die diese
E i g e n t u m s v e r g e h e n beschönigen, aber wir kennen die
 Ursachen, welche manchen **S c h i f f s m a n n** zwingen, will
 er seine **F a m i l i e** vor dem **H u n g e r t o d e** retten, sich ge-
 waltfam das zu nehmen, was die **G e s e l l s c h a f t** ihm
 vorenthält, die **n o t w e n d i g s t e n** **S u b s i s t e n z m i t t e l**. Wenn
 ein **S c h i f f s m a n n** im Jahre 6 bis 800 Mk. verdient,
 ist es nicht möglich, ehrlich leben zu können, wenn
 er nicht andere **E i n k o m m e n** hat, und in diesem Jahre,
 wo auf der **E l b e** der **V e r d i e n s t** so **s c h l e c h t** wie noch
 nie ist, wird mancher **e h r l i c h e** **A r b e i t e r** nicht mehr
 wissen, wovon er die **S e i n e n** nähren soll. Kurz,
 man brauchte diese **D e n u n z i a n t e n z u l i e f e r u n g** nicht in
 Anspruch zu nehmen, wenn man den **S c h i f f s m a n n -**
s c h a f t e n einen **v e r m i n t l i c h e n** **L o h n** gibt und ihnen einen
J a h r e s v e r d i e n s t garantiert. **K o n s t a t i r e n** wollen wir
 aber, daß die **D i e b s t a h l e** in der **S c h i f f s f a h r t** **p r o z e n t u a l**
 bei solchen Firmen am häufigsten vorkommen, die
 niedrige **L ö h n e** zahlen, wo also die **O r g a n i s a t i o n**
 noch nicht den erwünschten **E i n g a n g** gefunden hat.

Dann gibt es aber auch **U n t e r n e h m e r** in der
B i n n e n s c h i f f f a h r t, welche in der **R e g e l** beide **A u g e n**
 zudrücken, weil sie sich **b e s s e r** dabei stehen, die er-
 folglichen **D i e b s t a h l e** zu decken, als einen **v e r m i n t l i c h e n**
L o h n zu zahlen.

Die organisierten **M a n n s c h a f t e n** wollen ihr Ein-
 kommen nicht in ungesetzlicher Form haben, sondern
 verlangen gute **L ö h n e**. Ist das für alle **S c h i f f e r** er-
 reicht, dann werden die **D i e b s t a h l e** von selber auf-
 hören. Schuld an solchen Zuständen sind also die
U n t e r n e h m e r in der **B i n n e n s c h i f f f a h r t**, welche diesem
B e s t r e b e n der **M a n n s c h a f t e n** **W i d e r s t a n d** leisten. —
 Vielleicht gründen die **M a g d e b u r g e r** **D e n u n z i a n t e n -**
z ü c h t e r noch eine **V e r e i n i g u n g** zur **A u s l o s u n g** von
B r ä m i e n für die **A u f d e c k u n g** von **D a n k -** und **S p e t u -**

l a u t e n s c h w i n d e l e i e n! An **E r f a h r u n g** kamts doch nicht
 mangeln.

H o l l ä n d i s c h e r **P r o t e s t** gegen die **S c h i f f s f a h r t s -**
a b g a b e n auf dem **R h e i n**. Der **N i e u w e** **N o t t e r d a m -**
s c h e **C o u r a n t** bespricht in einem **l e i t a r t i k e l** die **F r a g e**
 der **R h e i n s c h i f f f a h r t s a b g a b e n** und führt aus, daß die in
 Deutschland vom **B u n d e s r a t** genehmigte und im Herbst
 im **R e i c h s t a g e** einzubringende **V o r l a g e** über die **S c h i f f -**
f a h r t s a b g a b e n für **H o l l a n d** **u n a n n e h m b a r** sei. Eine
W i t t w i r k u n g **H o l l a n d s** sei nur auf **z w e i t e r l e i** **A r t**
 denkbar:

Es könnte dem neu zu errichtenden **R h e i n s t r o m -**
v e r b a n d sich anschließen und als dessen **M i t t g l i e d** die
 nämliche **S t i m m e n z a h l** wie **P r e u ß e n** erhalten. Aber
 ein **u n a b h ä n g i g e r** **S t a a t** könnte einer **K o r p o r a t i o n**
 nicht beitreten, die mit **S t i m m e n m e h r h e i t** über seine
L e b e n s i n t e r e s s e n entscheidet. Dabei könnten die **B e -**
f u g a l i s s e des **R h e i n s t r o m v e r b a n d e s** später erweitert wer-
 den und **H o l l a n d** könnte dadurch immerhin in eine
 unerwünschte **p o l i t i s c h e** **B e r ü h r u n g** mit **d e u t s c h e n** **U n -**
g e l e g e n h e i t e n kommen.

Der zweite Fall wäre, daß **H o l l a n d** dem **V e r -**
b a n d e nicht beitrete, aber das **M i n i m u m** der **S c h i f f -**
f a h r t s a b g a b e n bewillige und sich zu jedem **B e s c h l u ß**
 des **S t r o m b a u v e r b a n d e s** seine **Z u s t i m m u n g** vorbehalte.
 Dann könnte aber jeder **B e s c h l u ß** des **V e r b a n d e s** für
H o l l a n d **u n w i r k s a m** gemacht werden, und damit wäre
 eine **b e k ä n d i g t e** **U r s a c h e** für **S c h e r e r e i e n** zwischen dem
H a a g und **B e r l i n** gegeben. Jedesmal, wenn **H o l l a n d**
 einen **B e s c h l u ß** nicht bewilligte, und dies dürfte bei
 dem **I n t e r e s s e n s t r e i t** öfter der Fall sein, würde auf
H o l l a n d ein **D r u c k** ausgeübt werden und das **Z u s t a n d e -**
k o m m e n **a n d e r e r**, mit den **S c h i f f s f a h r t s a b g a b e n** nicht zu-
s a m m e n h ä n g e n d e n **A n g e l e g e n h e i t e n** von der **Z u s t i m m u n g**
 zu den **b e s a g t e n** **B e s c h l ü s s e n** **a b h ä n g i g** gemacht werden.
 Zwischen **H o l l a n d** und **D e u t s c h l a n d** wäre somit
 dauernd ein **S t e i n** des **A n s t o ß e s** errichtet worden.
 Darum lehne **H o l l a n d** lieber jetzt den **d e u t s c h e n** **A n -**
t r a g ab, damit sich nicht ständig **U n a n n e h m l i c h k e i t e n**
 ergeben.

Nach der **S t e l l u n g** des **h o l l ä n d i s c h e n** **B l a t t e s** ist
 anzunehmen, daß in diesem **A r t i k e l** die **M e i n u n g**
 führender **p o l i t i s c h e r** **K r e i s e** **H o l l a n d s** zum **A u s d r u c k**
 kommt.

V e r w a l t u n g s s t e l l e der **B i n n e n s c h i f f e r**. In der
 Zeit vom 16. Juli bis 10. August gingen bei uns
 folgende **G e l d e r** ein: **S c h w e n e t e**, **W i t t a u** 306 Mk.,
S c h r a m p, **H a m b u r g** 3787,65 Mk., **K o s e l**, **D r e s d e n**
 81,50 Mk., **H a r m a n n**, **K o s l a u** 83,45 Mk., **K r u s e**,
M a g d e b u r g 306,50 Mk., **D ö r f e r**, **B r e s l a u** 5,40 Mk.,
S c h ö p s, **R e i n h a r d t s d o r f** 171,20 Mk., **K r i p p s c h a d**,
B a r e y 142,80 Mk., **F i s c h e r**, **M a g d e b u r g** 20,95 Mk.,
O h l e, **G r - R o s e n b u r g** 80,10 Mk., **M a r b y**, **M a r b y**
 47,90 Mk., **W i e h a l l a**, **O p p e l n** 15 Mk., **S c h w e n e t e**,
W i t t a u 350,45 Mk., **H e i n z e**, **L e t s c h e n** 426,45 Mk.,
K r i e g, **H a l l e** 77,30 Mk., **K r u s e**, **M a g d e b u r g** 351,65
 Mk., **S c h r a m p**, **H a m b u r g** 613,10 Mk., **F e l s c h**, **H a v e l -**
b e r g 45 Mk., **T h o m a s**, **B e r l i n** 257,10 Mk., **K r i p p s c h a d**,
B a r e y 54 Mk., **H a r t w i g**, **M a g d e b u r g** 344,90 Mk.,
F r ö h l i c h, **B r e s l a u** 77,70 Mk., **S c h r a m p**, **H a m b u r g**
 2174,10 Mk., **S c h ö p s**, **R e i n h a r d t s d o r f** 79,30 Mk.,
B i e s n e r, **N e u s a l z** 3 Mk., **H e i s e**, **L e t s c h e n** 402,25 Mk.,
T h o m a s, **B e r l i n** 155,60 Mk., **H a m e i s t e r**, **S t e t t i n**
 397,75 Mk., **S c h l i c h**, **K o s e l** 1535,80 Mk., **B u l k**, **M e n -**
b u r g 570,45 Mk., **K o s e l**, **D r e s d e n** 735,90 Mk.

B e r l i n, 12. August 1910.

W. G. B ö h m e r.

S a n d e l s a r b e i t e r.

B e r l i n. (**E i n s a f f e r e r** und **K a s s e n b o t e n**.) Die
A u t o m a t e n - K a s s e r e r und **F ä l l e r** der **A k t i e n - G e s e l l s c h a f t**
 für **a u t o m a t i s c h e n** **V e r k a u f**, welche unter ganz **n i s s e -**
r a d e n **L o h n -** und **A r b e i t s v e r h ä l t n i s s e n** zu leiden haben,
 richteten vor einiger Zeit ein **G e s u c h** an ihre **D i r e k t i o n**,
 in welchem sie um **G e w ä h r u n g** einer **L o h n -** r e s p e k t i v e
Z e n e r u n g s z u l a g e und um **R e g e l u n g** des **U r l a u b s** er-
 suchten. Ein Teil der **K o l l e g e n** vertrat die **A n s i c h t**,
 daß man, um bei der **D i r e k t i o n** keinen **A n s t o ß** zu er-
 regen, das **G e s u c h** mit „**B i t t e n**“ und „**B e t t e l n**“ schmücken
 müsse und dieses **g e s a h** auch. Der **E r f o l g** war **f o l -**
g e n d e r: Die **R e g e l u n g** des **U r l a u b s** wurde **b e w i l l i g t**,
 sie kostet der Firma keinen **r o t e n** **P e n n i g**. Die **L o h n -**
z u l a g e blieb aber aus. Zwar **k l e r t e** ein **B e r u h i g u n g s -**
p u l v e r durch, wonach die **ä l t e r e n** **K o l l e g e n** eine **Z u -**
l a g e von 1 Mk. erhalten sollten. Aber auch diese ist
 nicht erfolgt. Die **K o l l e g e n** verzichteten aber auch auf
 eine **d e r a r t i g e** **E r l e d i g u n g** ihres **G e s u c h e s**; als **M i n -**
d e s t a n f a n g s l o h n verlangen sie 25 Mk., steigend bis
 30 Mk. Unter einem ganz **f a d e n s c h e i n i g e n** **G r u n d**
 versucht man die **K o l l e g e n** abzuweisen. Die **D i r e k t i o n**
 der **A k t i e n - G e s e l l s c h a f t** für **a u t o m a t i s c h e n** **V e r k a u f** soll
 nämlich um **E r h ö h u n g** der **B a c h t s u m m e n** für ihre
A u t o m a t e n bei der **E i s e n b a h n b e h ö r d e** **e i n g e k o m m e n** sein,
 diese hat aber die **M e h r f o r d e r u n g** **g l a t t** **a b g e l e h n t**. —
 Weil nun, angeblich die **E i s e n b a h n b e h ö r d e** nicht mehr
 zahlen will, kann die **G e s e l l s c h a f t** ihren **K a s s e r e r n** und
F ä l l e r n auch den **L o h n** nicht erhöhen, vielmehr: sie
 will es nicht, weil sonst den **H e r r e n** **A k t i o n ä r e n** die
D i v i d e n d e um eine **M e i n i g k e i t** **g e s c h m ä l e r t** werden
 könnte. — Zur Zeit beträgt der **A n f a n**

Regelung derart schaffen, daß zum mindesten alle vier Wochen jeder Kollege einen freien Sonntag hätte. — Aber nichts von alledem. Statt auskömmlicher Bezahlung und geregelter Arbeitszeit begnügt man die Automaten-Kassierer und Füller (parдон Kontrolleure) mit einer Dienstordnung, die jeder Beschreibung spottet und die verdient, der Öffentlichkeit übergeben zu werden. Wir lassen dieselbe hier folgen:

Ordnung für Kontrolleure.

1. Kontrolleure (Kassierer und Füller) haben sich in allen Fällen den Anordnungen der Oberkontrolleure unweigerlich zu fügen.
2. Kontrolleure haben den Fülldienst der Apparate, die ihnen unterstellt sind, pflichtgemäß zu versehen.
3. Kontrolleure haben die Apparate stets sauber gepulvt und gehörig gefüllt zu halten und für ordnungsmäßige Instandhaltung ihrer Uniform besorgt zu sein.
4. Treten Betriebsstörungen ein, so sind dieselben, sofern leichter Art, sofort zu beheben, andernfalls ist der Firma unverzüglich persönlich oder durch Telephon Nachricht zu geben, damit schnellstens Abhilfe bewirkt werden kann. Hierüber ist auch dem Oberkontrolleur zu berichten.
5. Beim Füllen der Karten-Apparate sind die Kontrolleure gehalten, besonders darauf zu achten, daß nur geeignete Karten in die Apparate gelegt werden. Untaugliches Kartenmaterial kann dem Verkäufer als nicht verwendbar zurückgewiesen werden. Zuwiderhandlungen gegen § 1, 2, 3, 4, 5 haben eventl. sofortige Einziehung vom Dienst resp. Entlassung zur Folge.
6. Kontrolleure haben sich stets sehr föhlich und zuvorkommend gegen das Bahnpersonal sowie Publikum zu benehmen und alle eventuelle Zwistigkeiten, aus denen Aufläufe oder unndtliche Protokollaufnahmen entstehen könnten, zu vermeiden.
7. Kontrolleure sind für die ihnen anvertrauten Gelder, Waren, Karten, Apparate, Werkzeuge zc. verantwortlich und haften für Schäden, wenn solche durch ihre Schuld herbeigeführt sind. Als Deckung für solche Schäden, sowie auch für eventuelle Veruntreuungen dient die hinterlegte Kaution, aus welcher sich die Gesellschaft sofort befriedigen kann.
8. Die den Kontrolleuren zur Bedienung übergebenen Apparate sind derart aufzustellen, daß durch Umfallen Unfallfälle oder Verletzungen von Personen zc. ausgeschlossen sind; für nachweisliche Zuwiderhandlungen nach dieser Richtung tragen die Kontrolleure die Verantwortung.
9. Werden Apparate von fremder Hand beraubt oder demoliert, so ist auch hier der Firma resp. dem Oberkontrolleur unverzüglich Mitteilung zu machen und eine sofortige Aufnahme des Karten- resp. Warenbestandes im Beisein eines weiteren Angestellten vorzunehmen und sofort im Kontor zur Prüfung vorzulegen.
10. Die immer wiederkehrenden Bestandaufnahmen sind in den, von den Kontrolleuren geführten Büchern, welche Eigentum der Firma sind, jedesmal einzutragen und von beiden Angestellten, welche die Zählung vorgenommen haben, zu unterschreiben.

Diese Bestandaufnahmen sind im Kontor sofort einzureichen und erteilt die Firma den Kontrolleuren über den Empfang Quittung.

Berlin, den 19 ..

Gelesen und anerkannt:

Die Direktion der Aktien-Gesellschaft für automatischen Verkauf.

Diese Dienstordnung enthält nur Pflichten, aber keine Rechte für die Angestellten. Man sollte es einfach für unglaublich halten, daß man intelligente, reife Männer, Familienväter, für eine so verantwortungsvolle Tätigkeit mit lumpigen 22—27 Mk. pro Woche entlohnt. Weitere Worte über diese Dienstordnung zu verlieren, wäre der Gesellschaft gegenüber eine zu große Ehre, sie richtet sich selbst.

Nachdem wir nun die Verhältnisse bei dieser Gesellschaft kennen gelernt haben, muß unwillkürlich die Frage aufgeworfen werden: „Kann die Gesellschaft ihre Angestellten besser bezahlen?“ Nachdem wir einen Einblick in den Geschäftsbericht der Gesellschaft getan, sagen wir kurz und bündig: „Ja!“ Eine Gesellschaft, welche in einem Jahre einen Betriebsgewinn von 1 281 000 Mk. erzielen konnte, dürfte wohl in der Lage sein, ihre Angestellten etwas besser zu besolden, damit nicht deren Frauen noch gezwungen sind, durch intensives Trampeln auf der Nähmaschine noch einige Mark zum Lebensunterhalt zuzuerwerben. Die Herren Aktionäre, welche bei einem Reingewinn von 201 128 Mark 10 pSt. Dividende schlucken, würden sich gewiß gern mit ½ pSt. weniger begnügen, wenn sie die erbärmlichen Lohnverhältnisse der Angestellten kennen würden. Öffentlich tragen diese Zeilen dazu bei, daß den Dividendenschluckern klar wird, woher ihr mühseliger Gewinn kommt.

Beinahe hätten wir vergessen, die gute Seite der Gesellschaft zu kritisieren. Auch diese Gesellschaft hat ein gutes Herz für die Angestellten. Auf der letzten Generalversammlung, welche Ende März 1910 in Hamburg stattfand, hat man die Summe von 20 000 Mk. zu einem Fonds zurückgestellt, aus dessen Zinsen den Beamten und Arbeitern Pension und Unterstützung gewährt werden soll. Einfach rührend. Bis zum heutigen Tage hat man weiteres darüber nicht gehört. Die Kassierer und Arbeiter der Gesellschaft haben aber mit derartigen Wohlfahrts-Einrichtungen nichts im Sinn, weil dieselben ganz genau wissen, daß selten einer von den unteren Angestellten aus derartigen Fonds etwas bekommt. Dieselben treten lieber den Unterstützungseinrichtungen ihrer Organisation bei, zahlen ihre Beiträge zur Pensions-, Witwen- und Waisenkasse und wissen dann aber bestimmt, daß sie die ihnen garantierten Unterstützungen auch bekommen. (Wir machen die Kollegen bei dieser Gelegenheit auf die fakultativen

freiwilligen Unterstützungseinrichtungen unseres Verbandes aufmerksam.)

Automatenkassierer Berlins! Vorstehende Zeilen kennzeichnen eure elende Lage recht treffend. Soll es so bleiben? Wollt Ihr Euch weiter so ausbeuten lassen? Schließt Euch vollzählig dem Transportarbeiterverbande an, mit dessen Hilfe werdet Ihr auch eine Verbesserung eurer Lebenslage erreichen. Legt den Ständesdübel ab, legt keinen Wert auf die betretene Uniform, werdet Mitkämpfer der modernen Arbeiterbewegung. Nicht durch Bettelei und Bitten werden eure Wünsche erfüllt, sondern nur durch einmütiges Handeln. Einigkeit macht stark.

Berlin. Glas- und Kurzwarenbranche. Einen schönen Erfolg erzielten unsere Kollegen bei der Firma Willeroh u. Koch, Groß-Lichterfelde-Str. 13, Borsigzellan- und Majolika etc. Die Firma, domiziliert früher ausschließlich in Berlin, vor mehreren Jahren verlegte sie ihre Geschäftsräume nach Groß-Lichterfelde-Str. 13, wofür sie eine große Gebäude mit direktem Bahnananschluß aufgeführt hatte. Im Betriebe sind insgesamt tätig: 21 Kollegen, von denen jedoch nur 13 Kollegen unserem Verbandsangehören. Die anderen Kollegen hielten es bis jetzt nicht für erforderlich, sich zu organisieren. Nach ihrer Meinung genügte es, wenn sie nur, als die ältesten im Geschäft, auskömmliche Löhne haben, was die anderen Kollegen, die noch nicht 25—30 Jahr im Geschäft tätig waren, mit ihren Löhnen, die zu Anfang 22 Mk. betragen, angingen, oder wie die es fertig brachten, ihre Familien, ohne Schulden zu machen und ohne ihre Einkünfte auf unehrliche Weise zu erhöhen, zu erhalten, das kümmerte diese Kollegen herzlich wenig. Ausschlaggebend für die Nichtorganisation der 8 älteren Kollegen war ebenfalls, daß sie im Monatslohn beschäftigt werden, während die übrigen Kollegen Wochenlöhne beziehen. Der Zustand ging so jahrelang; wurden seitens der jüngeren Kollegen Wünsche in bezug auf Erhöhung der Löhne geäußert, dann wurden einige der alten Kollegen ins Kontor gerufen, um sich gutachtlich zu äußern, ob eine Lohnhöhung für die jüngeren Kollegen angebracht sei, was natürlich nur in den seltensten Fällen bejaht wurde. Da ein Druck seitens der Gesamt-Kollegenchaft nicht ausgeübt werden konnte, mußten sich leider die jüngeren Kollegen von jeglichen Aktionen fernhalten. Der alte Stamm war somit das Hindernis für die Jüngeren. Da sich nun aber und zwar in allerletzter Zeit die Lebensverhältnisse infolge der neuen Steuern usw. immer mehr verschlechtert, glaubten die organisierten Kollegen, mit ihren Wünschen nicht länger zurückhalten zu können, unbestimmt darum, ob der alte Stamm das Gefühl der Solidarität seinen schlechter gestellten Mitarbeitern gegenüber kundtun würde oder nicht. Die Kollegen beauftragten die Verbandsleitung, ihre Wünsche in Gestalt eines Tarifvertrages der Firma zu unterbreiten. Das Schreiben an die Firma wurde am 2. August abgefaßt. Am 6. August antwortete dieselbe dahingehend, daß sie von jeder angemessenen Löhne gezahlt habe und sie auch in anderer Beziehung nach und nach den Zeitverhältnissen Rechnung tragen werde, soweit ihr dies bei der vor einigen Jahren eingeführten achtstündigen Arbeitszeit als angemessen erscheint. Trotzdem bewilligte die Firma allen Kollegen, — mit Ausnahme eines einzelnen, der bereits den in unserer Tarifvorlage geforderten Höchstlohn von 32 Mk. bezog, — Lohnzulagen von einer Mark bis drei Mark pro Woche. Im Durchschnitt beträgt die Lohnzulage für alle 21 Kollegen 1,14 Mk. pro Woche.

Unsere Kollegen können mit diesem Erfolge immerhin vorläufig zufrieden sein, nach Lage der Verhältnisse war an einen Kampf gar nicht zu denken. Soll aber nun das Errungene festgehalten werden, dann ist es nicht nur dringend erforderlich, daß die organisierten Kollegen treu und fest zum Verbands halten, der sich als die beste Stütze ihrer wirtschaftlichen Existenz bewiesen hat, sondern sie haben auch die Pflicht, den älteren, sowie überhaupt allen bis jetzt noch fernstehenden Kollegen immerhalb und außerhalb des Betriebes, den Gedanken der Organisation einzuführen und sie für unsere Bestrebungen empfänglich zu machen.

Durch diese Bewegung ist wieder einmal die Legende widerlegt, daß Hausdiener und Packer Lohnbewegungen nicht führen können, trotzdem sind wir sicher, diese Behauptung von rückständigen Kollegen noch recht oft hören zu müssen.

Transportarbeiter.

Mugsburg. Gegenwärtig ist in der Hauptstadt des Schwabenkreises eine äußerst rege Bautätigkeit. Alle Hände finden Beschäftigung, um die Schäden, welche das Hochwasser angerichtet hat, wieder auszubessern. Sowohl Privatunternehmer als die Stadtverwaltung sind bemüht, möglichst viele Arbeitskräfte heranzuziehen, damit die Uferanschutten recht bald zu Ende geführt werden können. Wir als Transportarbeiter haben gegen diese Methode nichts einzuwenden, für uns erwächst nur die Pflicht, die Dinge mit offenen Augen zu verfolgen. Sind diese Bauten erledigt, so werden unsere Kollegen zuerst die Leidtragenden sein. Eine Reihe fremder Arbeiter werden zur Zeit bei diesen Bauten beschäftigt, welche nach Fertigstellung derselben in irgend einem anderen Beruf unterkunft suchen müssen. Es liegt auf der Hand, daß der Transportarbeiter, sobald er in seinem Berufe keine Arbeit findet, wenigstens vorübergehend als Bauarbeiter Beschäftigung sucht. Umgekehrt liegt auch die Dinge bei den Bauarbeitern. Tritt ein ungünstiger Winter ein, dann werden unsere Kollegen mal einsehen, daß der Arbeitgeber Angebot und Nachfrage zu seinem Gunsten zu regeln versteht. Die Mugsburger Kollegen glauben nun, daß die Arbeitgeber schon von selbst gezwungen seien, bessere Löhne zu bezahlen.

Sie dürften jedoch bald eines besseren belehrt werden, soweit dieses nicht schon geschehen ist. Unsere Kollegen bei der Firma Weihenborn glaubten nun die Zeit für gekommen, ohne Organisation eine Art Lohnbewegung zu machen. Die besagte Firma hatte für die Speditionsarbeiter während der Ziehzeit 50 Pf. pro Tag zugelegt und nun war helle Freude unter den Kollegen, — hatten sie ja die Verbesserung erhalten und brauchten keine Verbandsbeiträge zu bezahlen, was ja die Hauptsache ist. Aber nicht lange dauerte die Begeisterung, denn im Laufe des Gehaltens soll man nicht vom Strid reden. Da piff der Wind aus einem anderen Loch. Die Zulage wurde prompt abgezogen, sobald die Umzugszeit vorüber war und nur die Möbeler behielten ihren Lohn, den sie mit Hilfe der Organisation errungen hatten. Es ist nun den Kollegen nicht übel zu nehmen, wenn sie keine Lust hatten, für 3 Mk. zu arbeiten, wenn ihnen am Wasserbau bei kürzerer Arbeitszeit 4,20 bis 4,50 Mk. geboten wird. Aber wenn die Kollegen glauben, dadurch die Firma zu zwingen, bessere Löhne zu bezahlen, daß sie einfach ihre Papiere verlangen, so sind sie auf dem Holzwege. Durch derartige Manipulationen lassen sich die Unternehmer nicht aus der Ruhe bringen, auch nicht, wenn die Kollegen alle zusammen aufgehört hätten. Wissen die Arbeitgeber doch zu gut, daß derartige Bewegungen, welche ziel- und planlos ohne irgend eine Hilfe infiziert werden, noch immer zu ihrem Nutzen verlaufen sind. Die Hoffnung, daß durch die rege Bautätigkeit das Unternehmertum betreffs Arbeitskräfte in Not geraten werde, hat sich nicht erfüllt und wird sich nicht erfüllen, solange unsere Kollegen durch eine straffe Organisation nicht selbst dafür sorgen, daß der Zugang ferngehalten wird. Gewiß wäre jetzt die günstigste Zeit, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, wenn es die Mugsburger Kollegen nur begreifen würden, daß auch sie zusammen gehören. Hätten sich die Bauarbeiter nicht mehr um ihre Organisation gekümmert, als unsere Kollegen, dann hätte die beste Konjunktur nichts nützen können, weil die Unternehmer einfach nach Belieben bezahlt hätten. Will man im Berufe bessere Bedingungen erhalten, dann darf der Arbeitsplatz nicht fortwährend geändert, sondern muß vor allem mit voller Energie an der Stärkung der Organisation gearbeitet werden. Hätten unsere Kollegen die so oft an sie gerichtete Mahnung beherzigt, dann wären wir in der Lage, auch für das Transportgewerbe günstige Tarife abzuschließen. Wir hätten in Mugsburg außerordentlich günstige Konjunktur durch die rege Bautätigkeit, wenn unsere Kollegen nur ihre verdammte Gleichgültigkeit beiseite legen würden. Mehr sachliche Aufklärung gegenüber den Indifferenten ist unseren Kollegen dringend zu empfehlen. Ebenso soll sich jeder Kollege zur Pflicht machen, die Versammlungen fleißig zu besuchen und seine Nebenarbeiter mitzubringen. Solange die Kollegen untereinander selbst nicht einig sind, können nicht nur die Arbeitgeber machen was sie wollen, sondern die Nichtorganisierten werden dadurch vom Verbands abgehalten. Nur in der Einigkeit, Kollegen, liegt unsere Macht.

Ein roher Schläger. Der Fuhrherr Franz Behrend, Greifswalderstr. 228, in Berlin, hat am 15. Juli einen Kollegen so mit der Faust ins Gesicht geschlagen, daß dieser einen komplizierten Unterleibsbrech erlitt und sich in die königliche Klinik zur wochenlangen Behandlung begeben mußte. Jetzt dämmert dem Mähling auf, daß seine Tat kostspielige Folgen haben wird und er leugnet jetzt feige. Zum Glück sind Augenzeugen vorhanden und ein anderer Verbandskollege kann beschwören, daß dieser Held ein gewohnheitsmäßiger Schläger ist. Unser Verband hat die Sache des verletzten Kollegen in die Hand genommen und wird dafür Sorge tragen, daß der rohe Patron außer den Kosten noch eine exemplarische Strafe wegen Körperverletzung erhält. Im übrigen raten wir unseren Kollegen, in solchen Fällen Gleiches mit Gleichem zu vergelten und solchen Kuppeln eine deutliche Zurückweisung zuteil werden zu lassen. Nur so wird es gelingen, solchen Burschen ihre Hochheiten auszutreiben.

Düsseldorf. Vor einigen Wochen gelang es den Fuhrleuten in Düsseldorf-Bilk durch Einigkeit und festen Zusammenhalt, ihre bisher sehr minimalen Löhne um durchschnittlich zwei Mark pro Woche aufzubessern. Mit ganz geringen Ausnahmen beträgt der Lohn für Einspanner 26 Mk., für Zweispänner 27 Mark pro Woche. Eine Regelung der überlangen Arbeitszeit vermochte die noch junge Organisation nicht durchzusetzen. Die so erhöhten Löhne reichen aber noch nicht entfernt zur Bestreitung des allernotwendigsten Lebensunterhaltes aus, zumal neben den hohen Nahrungsmittelpreisen die Mietpreise an erster Stelle in Deutschland mitstehen. Das letztere sehen auch einige Unternehmer ein, gewöhnlich wöchentlich ein bis zwei Mk. oder monatlich vier bis sechs Mk. sogenannten Mietzuschuß zum regulären Lohn.

Dagegen ließe sich letzten Endes nichts einwenden; es könnte den Transportarbeitern ganz gleich sein, ob sie den Lohn als regulären Lohn und nebensächlich einen Mietzuschuß bezögen, wenn nur der Lohn eine bestimmte Höhe erreichte. Dem ist aber nicht so. Der Unternehmer verfolgt mit diesem Lohnzahlungssystem einen bestimmten Zweck und dieser ist: sich um die Zahlung des allgemein vereinbarten Lohnes zu drücken. Nach dem Grundsatz: „Teile und herrsche“ erhält der eine Arbeiter einen höheren Lohn als der andere, obgleich beide die gleiche Arbeit leisten, andererseits erhält der eine einen höheren Mietzuschuß als der andere. Dieses Manöver ist zu durchsichtig, um es nicht sofort als solches zu erkennen; lediglich zu dem ausgesprochenen Zwecke, die Uneinigkeit unter den Arbeitern zu schüren oder die vorhandene Einigkeit zu zerstören, ins Werk gesetzt. In einigen, wenn auch wenigen Fällen, ist es dem Unternehmer gelungen, die Arbeitskollegen gegen einander auszuspielen, selbstverständlich immer zu seinem

eigenen Nutzen und naturnotwendiger Weise zum größten Schaden der Arbeiter. Auf diese Gefahr hinzuweisen, muß die erste und wichtigste Aufgabe der Organisation sein, denn, gelingt es dem Unternehmer, die Arbeiter auseinander zu organisieren, dann folgt mit bestimmter Sicherheit eine Herabsetzung der Löhne auf der ganzen Linie. Der Unternehmer hat auf diese Weise recht unauffällig die Organisation geschwächt und so die Bahn frei gemacht für seine Pläne. Das dürfen die Arbeiter in ihrem eigenen Interesse unter keinen Umständen zugeben, wollen sie nicht in ihre alten erbärmlichen Verhältnisse wieder zurück geworfen werden. Die Firma, die in oben geschilderter Art vorgeht, ist die Firma Gustav Becker in Wilt.

Ja, es steht heute fest, daß die Unternehmer die verlorene Lohnbewegung dazu benutzten, ihre Abfuhrpreise zu erhöhen und diese Erhöhung mit den hohen Löhnen der Arbeiter begründeten, mit den Löhnen, die sie in Wirklichkeit gar nicht zahlen. An einem Beispiel wollen wir zeigen, wie unsere Kollegen ausgebaut werden. Die Arbeitszeit eines Kollegen betrug:

Vm 4. 7. von mittags 2 Uhr bis abends 8 1/2 Uhr,
" 5. 7. " morgens 4 1/2 " " " 8 1/2 "
" 6. 7. " " 4 1/2 " " " 9 "
" 7. 7. " " 5 1/2 " " " 9 "
" 8. 7. " " 5 1/2 " " " 9 "
" 9. 7. " " 5 1/2 " " " 9 "
" 10. 7. Sonntags von 7 Uhr bis 9 1/2 Uhr morgens.

In diese ganze Zeit fallen ganze 6 1/4 Stunden Mittagspause.

Nehmen wir den Montag, an welchem der Kollege erst um 2 Uhr mittags die Arbeit begann, voll, so ergibt das eine Arbeitszeit von 87 Stunden pro Woche. Als Trinkgeld — pardon Lohn — erhielt der betriebsende jugendliche Kollege 15 Mk., in Worten: fünfzehn Mark; erst als der Vater des Kollegen vorstellig wurde, zahlte der Unternehmer, Gustav Becker, noch drei Mk. nach. Auf die Stunde umgerechnet, ergibt sich ein Taschengeld von noch nicht 21 Pfennig pro Stunde.

Jedoch wollen wir alle und jede Schuld nicht dem Unternehmer beimessen, die Hauptschuld an derartigen Zuständen tragen die Kollegen selbst, indem sie gleichgültig in den Tag hinein leben, nicht genügend Fühlung mit der Organisation hatten, derartige Vorkommnisse nicht frühzeitig an der maßgebenden Stelle melden, jede Mangelstelle rächt sich bitter.

Einen weiteren Beweis, wie es nicht gemacht werden darf, bieten uns die Ablader des Dillert Güterbahnhofes. Wurde früher für das Entladen der Waggons diverser Waren bis zu 4 Mk. gezahlt, so gibt es für dieselbe Arbeit heute 2,50 Mk. Bei einigem Zusammenhalt wäre es sehr leicht, die früheren Preise wieder zurück zu erobern und auch dauernd zu halten, das steht aber voraus, daß sich die Ablader einig werden, sich unserem Verbände anschließen und auch treue, dauernde Mitglieder bleiben. Die gegenseitige Zerstreuung kann und muß zum Ruin dieser Kategorie führen, wohingegen bei festem Zusammenhalt und gegenseitigem Vertrauen die Arbeit lohnender und angenehmer sich gestalten wird. Ebenfalls kann ein besseres Hand in Hand arbeiten mit den Kollegen Fuhrleuten nur von großem Vorteil für beide Teile ausschlagen.

Bei Differenzen und Lohnbewegungen sind beide Kategorien auf einander angewiesen, da sie sich gegenseitig ergänzen. Ebenfalls ist eine Regelung der Krankenversicherung usw. gebieterisch zu verlangen. Heute brücken sich einzelne Unternehmer um diese Pflicht und erwacht den Abladern dadurch großer Schaden. Es gibt also im Düsseldorf Transportgewerbe noch vieles zu verbessern, es gibt unter den Arbeitern dieser Branche noch eine Miesenauflärungsarbeit zu bewältigen. Diese Arbeit muß verrichtet werden und alle Kollegen, die unserem Verbände bereits als Mitglieder angehören, müssen unaußerblich tätig sein, müssen jede Gelegenheit benutzen, um den Organisationsgedanken in weitere Kreise zu tragen. Nur wenn alle Kräfte angespannt werden, wenn jeder nach seinem besten Können zur Stärkung des Verbandes beiträgt, wenn all das Fremde gemieden und all das Einigende in den Vordergrund gestellt wird, dürfte es in kurzer Zeit gelingen, der Organisation auch in den Kreisen der Düsseldorf Transportarbeiter den Einfluß zu verschaffen, den sie entsprechend der großen Zahl Berufsangehöriger längst haben müßte.

Auf zur Tat!

Essen-Nuhr. Unsere Organisation hat hier einen sehr schönen Erfolg durch Abschluß des folgenden Tarifvertrages erzielt.

Lohnstarif

zwischen der Brotfabrik Julius Simmen & Söhne und den im Betriebe beschäftigten Kutschern, sowie dem Deutschen Transportarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Essen-Nuhr.

Arbeitszeit.

Die Arbeitszeit bleibt bestehen wie bisher, da eine anderweitige Regelung derselben durch die Verantwortlichkeit der einzelnen Touren ausgeschlossen ist. Sonntagsarbeit soll möglichst vermieden werden.

Söhne.

Der Lohn beträgt 30 Mk. pro Woche ohne Abzug, für neu einzustellende Kutscher Anfangslohn 28 Mk., halbjährlich steigend um 1 Mk. bis zum Höchstlohn von 30 Mk.

Speisen.

Jedem Kutscher sind pro Tag 0,50 Mk. Zehr- geld zu vergüten.

Sohnzahlung.

Die Lohnzahlung erfolgt jeden Freitag.

Paragraph 616 des V. G. B.

Als eine „verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit“ im Sinne des § 616 V. G. B. gilt:

Wenn die Beschäftigungsdauer weniger als 1/2 Jahr beträgt 1 Woche; wenn die Beschäftigungsdauer bis 2 Jahre beträgt, 2 Wochen; wenn die Beschäftigungsdauer mehr als 2 Jahre beträgt, 3 Wochen.

Diese Ausführungsbestimmungen lassen das beiderseitige Kündigungsrecht unberührt und gewähren keinerlei Ansprüche über das Ende der Dienstzeit hinaus.

Der Kutscher hat sich jede gesetzliche Entschädigung anrechnen zu lassen, welche ihm für die Zeit der Verhinderung zukommt.

Kündigung.

Die Kündigung ist beiderseitig eine vierzehntägige.

Ferien.

Sämtlichen Kutschern wird ein Sommerurlaub gewährt.

Derselbe beträgt nach 1jähriger Dienstzeit 5 Tage,

" 2 " " 10 "

" 3 " " 14 "

unter Fortzahlung des Lohnes bezw. Gehalts.

Eine Vergütung der Ferien durch doppelten Lohn ist nicht statthaft.

Arbeitsnachweis.

Bei Neueinstellung von Kutschern ist möglichst der Arbeitsnachweis des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, Eisen-Nuhr, Grabenstraße 67 II, Zimmer 6, Telefon 3896, zu benutzen.

Allgemeines.

Maßregelungen wegen Durchführung dieses Tarifes dürfen nicht stattfinden.

Dieser Tarif gilt vom 1. September 1910 bis zum 31. August 1913.

Es bedarf zwecks Aufhebung einer gegenseitigen sechsmonatlichen Kündigung, andernfalls gilt er auf ein weiteres Jahr verlängert.

Essen, den 31. August 1910.

Für die Firma:

Julius Simmen & Söhne.

Für die Kutscher:

Für die Organisation:

Erk Drgz h.

Otto Dör.

Die Masse der unserem Verbände hier noch fernstehenden Kollegen kann aus dem Abschluß dieser Bewegung ersehen, daß der Anschluß an die Organisation einen hohen materiellen Gewinn bedeutet. Die geleisteten Beiträge verzinsen sich im Laufe der Zeit hundertfach und deshalb sollten die Kollegen nicht nur dem Verbände als Mitglieder beitreten, sondern auch stets und ständig für ihn zu werben suchen.

Gleiwitz. In unserem Industrieort pulsiert großstädtisches Leben, konzentriert sich doch hier der Hauptbahndrehscheibe Obereschleiens.

In der Bahnhofstraße, im Zuge über den Geramanaplay, Mohrstraße, nach den Güterböden, ist der Verkehr in manchen Stunden lebensgefährlich.

Man ist es ganz selbstverständlich, daß die Kommunen dafür sorgen, daß die Zufuhrstraßen zu den Güterböden in gutem Zustande gehalten sind, damit der Verkehr sich glatt abwickelt und Unfälle vermieden werden.

Gleiwitz macht hiervon eine Ausnahme, trotz der 245 pSt. Kommunalsteuern die die Stadt nimmt, hat sie es noch nicht für nötig gefunden, die belebte Mohrstraße mit Granitwürfeln pflastern zu lassen.

Die Mohrstraße erinnert an die Straßen in unserem benachbarten Ausland, sie ist mit schlechten Steinen recht uneben gepflastert, an vielen Stellen weist sie Vertiefungen auf. Hinzu kommt, daß in der Mitte der Straße die Straßenbahn fährt.

Diese Umstände haben einen eigenartigen Unfall gezeitigt. Unser Kollege H., hatte für den Wintermeister Winter vom Güterschuppen Glas abzufahren. Er hatte schon öfter solche Fahrten gemacht und ging alles glatt. Am Montag, den 18. Juli, hatte er drei schmale Kisten, ca. 3/4 Meter lang, aufgeladen und schrägenmäßig befestigt. Da die Straße nun nach beiden Seiten schief abfällt, hielt sich H., um seine Ladung glücklich nach Hause zu bringen, etwas mehr in der Mitte. Um der Straßenbahn auszuweichen, bog er nun nach rechts über und passierte es hierbei, daß das Vorderrad in eine Vertiefung kam, die anderen Räder gaben nach, der ganze Wagen kam ins Schwanken und stürzte mit seiner Ladung um.

Da hierbei das gesamte Glas zerbrochen wurde, so machte Herr Winter den Kollegen H. für den Schaden verantwortlich. Der Schaden beträgt 148 Mk.

Nun behauptet unser Kollege mit Recht, wäre die Straße ordnungsmäßig gepflastert gewesen, so könnte das Unglück nicht passieren. Es wird deshalb die Stadt für den Schaden haftpflichtig gemacht werden.

Dem Verbände sind bereits die nötigen Schritte eingeleitet worden.

Die Kollegen können in diesem Falle wieder sehen, wie nötig es ist, sich zu organisieren. Und doch gibt es auch in Gleiwitz noch eine große Anzahl Kollegen, die den Weg zu uns noch nicht gefunden haben, erst wenn sie im Unglück drinnen stehen, kommen sie, dann sollen wir helfen.

Also Kollegen, bestimt Euch! Wartet nicht bis das Unglück da ist. Tretet zeitigen dem Deutschen Transportarbeiter-Verbande bei, dann habt Ihr jederzeit einen Helfer in Not und Gefahr.

Halle a. S. Zwei erfolgreiche Bewegungen wurden hier im Laufe des Monats Juli durchgeführt. Die eine war die, daß das Fahrpersonal des Spiritusverandgeschäftes von A. Ernst auf eine Eingabe hin, alljährliche Ferien von 5 resp. 6 Tagen zugestanden erhielt. Die im inneren Betriebe tätigen Arbeiterinnen sind nicht organisiert und konnten auf Grund dessen nicht in die Bewegung einbezogen werden. Hoffentlich holen sie dies noch nach.

Die andere Bewegung spielte sich im Holzproduktengeschäft von H. Wode Jr. ab. Die dort tätigen Kollegen forderten 2 Mk. wöchentliche Lohnzulage. Auf Grund der Forderung kündigte die Firma den Arbeitern. Alsdann besam sie sich aber doch noch eines besseren und legte jedem pro Woche 1 Mk. zu. Die Kollegen gaben sich damit zufrieden. — Also wiederum zwei Erfolge, die dazu anspornen müssen, daß auch in anderen Betrieben Vorteile erzielt werden müssen.

Landau (Pfalz). Ueberall, wo die Organisation noch nicht die Bedeutung erlangt hat, die sie haben müßte und wo ein großer Teil der Arbeiter ihr noch indifferent gegenüber steht, kann man die Wahrnehmung machen, daß die Arbeitgeber in jeglicher Beziehung mit ihren Arbeitern machen können, was sie wollen. So ist es im Allgemeinen und bei unseren Berufscollegen in Landau im Besonderen. Durch den Fahrtrieb der Wwe. Hahn, auf den wir in jüngster Zeit aufmerksam geworden sind, wird diese Wahrheit recht drastisch bewiesen. Zu gleicher Zeit wird den Kollegen aber auch gezeigt, wie Menschenkraft und Arbeit von den Unternehmern bewertet wird.

In dem benannten Fuhrgeschäft sind immer zwei ältere Fuhrleute und ein jüngerer beschäftigt, von denen letztere in einer „Stube“ schlafen und der jüngere seine Lagerstätte im Stall bei den Pferden aufschlagen muß. Während nun den älteren Fuhrleuten Betten zur Verfügung stehen, schläft der dritte schon seit 1/4 Jahr auf halbvorfalttem Stroh, als Judende Lumpen und alle Pferdebedecken benutzend. In Zuchthäusern ist für Sträflinge besser gesorgt. Für „freie Arbeiter“ ist jede Lagerstätte, und sei sie noch so erbärmlich und menschenunwürdig gut genug. Wie das Logis des Betroffenen, so auch seine Bezahlung. Hat die Witwe Hahn etwas zu fahren, dann bekommt er wöchentlich sage und schreibe drei Mark mit Essen. Wenn nicht, dann muß er im Hofe mit anfangen und erhält nur das Essen als Lohn. Was die Behandlung anbetrifft und wie Arbeitgeber Menschenpflicht üben, zeigt ein Vorfall, der vor kurzem sich ereignete.

Vor einigen Wochen ging einer der älteren Fuhrleute fort, da kein anderer gleich an seinen Platz kam, glaubte der im Stall Schlafende auf das Bett Anspruch zu haben und belegte es mit Beschlag. Lange sollte diese Freude nicht dauern. Als die Madame dahinter kam, wurde er Hals über Kopf in den Stall befördert, wobei es an Schimpfworten und Schlägen nicht fehlte. Soweit die Tatsachen. Was folgt nun daraus für die Kollegen? Daß es ihnen über kurz oder lang ebenso gehen kann, wenn sie sich nicht bald auf sich selbst bestimmen und sich dem deutschen Transportarbeiterverband anschließen.

Betrachten wir uns doch einmal die Löhne und Arbeitszeiten unserer Berufscollegen in Landau. 17, 18, wenn es hoch kommt, 20 Mk. Wochenlohn für einen Fuhrmann, der 18 und noch mehr Stunden täglich auf der Landstraße liegt und nicht einmal Bezugslohn erhält, also gezwungen ist, von seinem tagigen Lohn auch noch die Unterhaltungskosten des Geschäfts zu tragen. Und wie steht es in den Familien aus. In schlechten, ungesunden Wohnungen hausend, schlecht ernährt, so stehen Frau und Kinder infolge des geringen Verdienstes da hin, während der Mann auf der Landstraße versumpft und verrotzt durch überlange Arbeitszeit nur noch eine Freude kennend, das Wirtshaus, wo ihm der Alkohol über die Not des Tages hinweghelfen soll.

Sollte dies nicht schon allein aufreizend wirken? Bedarf es wirklich erst so krasser Vorkommnisse, wie das eben geschilderte, um die Kollegen in Landau aus ihrem Dämmerzustand zu erwecken? Man sollte doch glauben, unter solchen Umständen dürfte es nicht schwer fallen, den einzig richtigen Weg zu finden, der da ist, Eintritt in den Deutschen Transportarbeiterverband. Haben die Kollegen erst einmal eingesehen, welche Macht sie geschlossen sind, so werden auch bald bessere Zustände auch in Landau ihren Einzug halten, zum Nutzen des Einzelnen wie der Gesamtheit.

Münsterberg. Das Problem des Heuaufklagens. Der Fuhrmann K. fuhr unlängst mit einem Brückenwagen eine Fuhr Heu von Joch nach der Stadt. Abmingslos neben seinem Fuhrwerk einhergehend, dachte der Koffelenter an nichts arges, als plötzlich beim Martentorggraben das Heu eine Neigung nach links bekam und nach dieser Seite auszufachte. Der Wagen legte sich zur Seite, und nur einem Alleebaum, der den umkippenden Wagen auffing, war es zu danken, daß das Heu nicht auf den Gehsteig fiel. Der Wagen mußte umgeladen werden. Natürlich wurde dieses Linksneigen des Heuwagens sofort von einem Schutzmännchen bemerkt. Er sah in den Polizeivorschriften nach, und als er darin keinen Paragraphen fand, der das Linksneigen eines Heuwagens erlaubt, nahm er logischer Weise an, daß es verboten ist. Er zog sein Notizbuch und erstattete gegen den Kutscher Anzeige mit dem Resultat, daß der Mann einen Strafbefehl, lautend auf 3 Mark, bekam. Der Mann legte Einspruch an und erzählte vor dem Schöffengericht, daß „a Heu foa Gif'n is“ und daß das Heu nach allen Regeln der Sadekunst geladen, mit Stricken gebunden und mit einem 4 Zentner schweren Wischbaum beschwert war. Wenn's trochen nach links ausgerutscht ist, so hätte doch er, der Koffelenter, nichts dafür. Außerdem sei von dem Heu „aufs Trottoir foa Stäiberl g'fall'n“. Danach kam ein Zeuge, schwor „bei Gott dem Allmächtigen“ und erzählte dann von der heiklichen Grakheit und Sachkenntnis, mit der das Fuhrer Heu geladen war. Danach entspann sich zwischen dem Angeklagten, dem Zeugen und dem Amtsrichter eine eingehende Auseinandersetzung über das Problem des Heuaufklagens, wobei der Richter durch seine sachkundigen Ausführungen das Märchen von der Weltfremdheit unserer Juristen widerlegte. Der Richter wies insbesondere darauf hin, daß der Wischbaum, wenn er herabgefallen wäre, Menschen toteschlagen hätte, und unter den stürzenden Heumassen hätten Kinder und andere

Lebewesen verschüttet und begraben werden können. Diese Darlegungen machten auf den Kesselwagen ersticklich den Eindruck, und als dann noch der Schutzmann kam, seinen Helm abnahm und durch einen feierlichen Schwur bezeugte, daß das Fuder Heu in der Tat sich ganz nach links geneigt habe und daß, wenn der Kutscher nichts gesehen hätte, der Gehsteig längere Zeit mit Heu bestreut gewesen sei, da wurde die Situation für den Angeklagten recht bedenklich. Die Aussicht, straflos den Gerichtssaal zu verlassen, schwand vollends, als der Amtsanwalt anfangs und betonte, daß gerade das „Linksneigen“ die Schuld des Kutschers „zweifelsfrei“ beweise. Das „Linksneigen“ hatte der Angeklagte gesehen und er hätte es in entsprechender Weise sofort verhindern müssen. Es sei der Kutscher deshalb mit einer Reichsmark zu bestrafen. Nach längerer Beratung verkündete das Gericht, daß der Angeklagte trotz der „Linksneigung“ seines Heuwagens von Schuld und Strafe auf Kosten der Staatskasse freizusprechen ist. Mit einem triumphierenden Blick auf den Amtsanwalt und den Schutzmann verließ der Kutscher den Gerichtssaal.

Ja, wenn wir keine Schutzleute hätten, dann wären viele Juristen arbeitslos!

Stuttgart. Zum Unglücksfall in der Rappelen- und Bahnhofsstraße. Der kürzlich vorgekommene Unglücksfall ist von der Presse, soweit es sich um den Fall als ein Ereignis handelt, besprochen worden. Darüber, wie der Unglücksfall hätte vermieden werden können oder was in der Zukunft geschehen soll, um solche Fälle unmöglich zu machen, ist kein Wort gesagt worden. Auch die schweren Folgen, die sehr leicht hätten entstehen können, sind zum Teil gar nicht oder sehr oberflächlich erörtert worden. Es sei uns deshalb gestattet, einiges zur Sicherung des Lebens und der Gesundheit der Fuhrleute und des die Straße passierenden Publikums zu sagen.

Als die Hauptursache des Unglücks ist wohl der Umstand anzusehen, daß der Wagen mit 149 Zentnern Holz beladen war. Darnach ist anzunehmen, daß der Wagen ein Eigengewicht von mindestens 30 Zentnern hatte; die rollende Last betrug also rund 180 Zentner. Daß es dem tüchtigsten und zuverlässigsten Fuhrmann nicht möglich ist, eine solche Last, wenn sie stark ins Rollen kommt, auf einer Straße mit mächtigem Gefälle auf einer kurzen Strecke zum Halten zu bringen, wird schließlich jeder Laie verstehen. Kommt dies aber auf einer Straße vor mit so starkem Gefälle wie es die Rappelenstraße hat, so ist eine Katastrophe unvermeidlich. Der Wagen ist nun dadurch ins Rollen gekommen, daß einige Breiter nach der Deichsel zu vorrutschten, wodurch die Pferde scheuten. Dieses Unglück hätte aber auch auf eine andere Weise leicht sich ereignen können. Gesetzt den Fall, die Bremse wäre gebrochen oder hätte sich gelöst, was nicht selten vorkommt, so wäre der Fuhrmann mit einer so unsinnigen Last mit den besten und schwersten Pferden nicht in der Lage gewesen, den Wagen aufzuhalten. Er wäre es in diesem Fall umso weniger gewesen, als der Wagen nicht mit einem Kutscher besetzt war. Wäre dies der Fall gewesen, so hätte er von seinem Sitz aus die Pferde besser lenken können und hundertmal eher die Möglichkeit gehabt, die Pferde beim Eintritt in die Bahnhofstraße noch im letzten Moment herumzureißen können. So aber mußte er im schnellsten Lauf mit den Pferden springen und seine ganze Kraft darauf verwenden, überhaupt nur mitzukommen. Die Nichterfüllung dieser alten Forderung hat sich wieder einmal bitter gerächt. Der Widerstand der Unternehmer gegen die Kutscherfrage ist darauf zurückzuführen, daß sie behaupten, die Wagen können dann nicht mehr wie bisher voll ausgelastet werden. In diesem Falle wäre es aber ein Glück gewesen, wenn der Kutscher sich etwas Platz verschafft hätte. Bei den hiesigen Terrainverhältnissen und der üblen Gewohnheit der Unternehmer, die Wagen mit mehr als hundert Zentnern zu beladen, ist mit Unglücksfällen, wie der in der Rappelenstraße, jeden Tag zu rechnen. Man denke nur an die vielen steilen Straßen in hiesiger Stadt. Ein Scheitern der Pferde, Brechen oder Versagen der Bremse kann unabsehbares Unglück herbeiführen. Wie leicht wäre es möglich gewesen, daß in demselben Moment, wo die Pferde die Rappelenstraße abwärts rannen, diese in der Bahnhofstraße mit einem Straßenbahnwagen oder Leichenfordul zusammengetroffen wären. Welches Unglück hätte in einem solchen Fall entstehen müssen. Vonseiten der Polizei wird ein wachsameres Auge darauf gerichtet, daß die Wagen bergauf nicht überlastet sind, damit die Pferde nicht überanstrengt werden. Jede Verfehlung gegen diese Bestimmung bringt dem Fuhrmann ein Strafmandat wegen Tierquälerei ein, obwohl er nur den Auftrag seines Arbeitgebers ausführt und in den allermeisten Fällen gar nicht in der Lage ist, beim Anspannen festzustellen, ob der Wagen überlastet ist oder nicht, bei jeder Weigerung aber, den Wagen anzuspannen, Gefahr läuft, entlassen zu werden. Es wäre wohl Wille der Polizei, auch die Wagen, die bergab fahren, auf ihre Überlastung zu prüfen und wenn eine gefährdrohende Überlastung vorliegt, nicht den armen Teufel von Fuhrmann, sondern den Fuhrwerksbesitzer zur Rechenschaft zu ziehen. Heute aber läßt der Unternehmer ausladen, daß die Räder tragen, wenn etwas vorkommt, dann wird ja nicht er, sondern der Fuhrmann beim Winkel gepackt. Man kann überzeugt sein, daß, wenn die Polizei die Unternehmer so in ihr Herz schleifen würde, wie die Fuhrleute, daß es bald anders werden würde. Hoffentlich hat der behauerte Unglücksfall jetzt gelehrt, daß der Fuhrwerksbesitzer hier nicht ist, wie er sein soll, daß er für Fuhrleute wie Passanten sehr gefahrvoll ist und daß alles aufgebaut werden muß, um die Verantwortlichen zu veranlassen, eine gründliche Aenderung und Besserung herbeizuführen. Bisher erst sind wir allerdings noch der Meinung des Herrn

Professor Hoffmann, der vor einigen Jahren sagte, wenn das Stuttgarter Fuhrwesen besser werden soll, dann wird dies von unten heraus durch die Fuhrleute selbst geschehen müssen. Dieses Urteil ist für das Stuttgarter Fuhrwesen nicht schmeichelhaft, aber leider nur zu wahr.

Waffenstillstand in Stuttgart. Zwecks Verbesserung ihrer Arbeitsverhältnisse hatten die Kollegen Fuhrleute bei verschiedenen Stuttgarter Firmen die Arbeit eingestellt. Nach längeren Verhandlungen mit den Arbeitgebern sowohl, wie mit dem Arbeitgeberverband kam schließlich ein Waffenstillstand auf Grund folgender Vereinbarung zu Stande:

Stuttgart, 5. August 1910. Zwischen dem Arbeitgeberbund des Fuhr- und Transportgewerbes Württembergs und dem Deutschen Transportarbeiter-Verband, Verwaltung Stuttgart, wird folgendes Abkommen vereinbart:

Um die Arbeitsverhältnisse im Transportgewerbe in Stuttgart einheitlich zu gestalten, wird vereinbart, daß zwischen den beiden Organisationen ein gemeinschaftlicher Vertrag ausgearbeitet werden soll, der für sämtliche gleichartigen Betriebe zur Geltung gelangen wird. Dieser Vertrag muß bis zum 15. September 1910 abgeschlossen sein und beginnt die Verhandlungszeit am 1. September damit, daß die Arbeitnehmer-Organisation dem Arbeitgeberbund einen definitiven Vertragsentwurf vorlegen wird.

Bis zum Abschluß des Vertrages werden, um die gegenwärtigen Lohnunterschiede bei der Firma Gustav v. Maur zu beseitigen, seitens der genannten Firma den Fuhrleuten Zuschläge von 1 Mark pro Woche bis zur Höhe der im Vertragsentwurf vorgesehenen Löhne bewilligt, unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß der Streit bei der Firma Gustav v. Maur aufhört.

Es wird ferner vereinbart, daß bis zum Abschluß des definitiven Vertrages keinerlei Kampfmittel angewandt werden dürfen.

Deutscher Transportarbeiter-Verband (Ortsverwaltung Stuttgart): gez.: M. Dreher.

Arbeitgeberbund des Fuhr- und Transportgewerbes Württembergs (E. V.), Stuttgart: Vorstand: gez. Paul v. Maur.

Nach Abschluß der Verhandlungen werden wir über den Ausgang derselben berichten.

Waldburg i. Schl. Als vornehmste Aufgabe hatte sich unsere Verwaltung zum Ziel gesetzt, die hiesigen beiden Krankenanstalten mit unsern Vertretern zu besetzen. Die kaufmännische Klasse gewährte einem Familienvater ganze 90 Pf. pro Tag, zum Verhüten zu viel, zum Leben zu wenig. Nach dem Krankenversicherungsgezet muß jeder Arbeiter nach seinem wirklichen Verdienst eingeschätzt werden; hier handelte man nach dem Rang. Buchhalter, Handlungsgehilfen in die erste, Haushälter, Kutscher in die zweite und Mädchen und Lehrlinge in die dritte Klasse. Vor zwei Jahren gelang uns der Versuch nicht, um uns fernerhin auch fern zu halten, hatte man beschlossen, das Statut zu ändern, um es diesmal gegen uns benützen zu können. Dies wurde jedoch vor der Wahl nicht mehr genehmigt. Die Kollegen ließen sich auch auf Versprechen nicht mehr ein, die alte Garde mußte abtreten und unsere Kollegen siegen. Daß einer der Gegner dann noch sehr ausfällig wurde, wollen wir nur nebenbei bemerken. Was wir hier hervorheben wollen, ist, daß die Herren Unternehmer jetzt höhere Beiträge bezahlen müssen, von denen sie bisher verschont geblieben waren. Der Unterstützungsbeitrag konnte folgedessen von 90 Pf. auf 1,70 Mk. erhöht werden. Einzig müssen wir hier noch ganz besonders hervorheben, gerade die meisten Kutscher der Speditionsfirma Ruh sind es, die wohl nicht fien, aber um so mehr ernten wollen. Als jetzt das Krankengeld erhöht wurde, darob großes Erstaunen, wie das kommt, bei gewissen Nachkommen, die sich sonst nicht genug tun können in der Begeisterung unseres Verbandes. Erfreulich Weise geht es auch hier rüstig vorwärts. Die Kollegen fordern wir auf, unaufhaltsam weiter zu agitieren.

Allgemeines.

Neue Fahrordnung auf Berliner Straßen mit zwei Fahrdämmen. Der Magistrat erteilte in seiner Sitzung der Absicht des Polizeipräsidenten seine Zustimmung, die schon seit einiger Zeit für die Straße Unter den Linden gültige Fahrordnung auf alle Berliner Straßen mit zwei Fahrdämmen auszuweiten. Demnach dürfen auf jedem Fahrdamm Wagen nur in einer Richtung verkehren. Der Zeitpunkt des Erlasses dieser Verordnung ist Sache des Polizeipräsidenten.

Berliner Verkehrsstatistik vom zweiten Vierteljahr 1910. Die Gesamtzahl der öffentlichen Fuhrwerke in Berlin ist in der Zeit vom 31. März bis zum 30. Juni 1910 von 10 293 auf 10 247 gesunken; das bedeutet natürlich nicht ein Sinken des Verkehrs, sondern nur, daß der Betrieb mit Pferden immer mehr durch den mit Motoren ersetzt wird. Die Zahl der Droschken hat infolgedessen von 6027 auf 5929 abgenommen. An Omnibuswagen zählte man 966 statt 950, darunter 193 statt 175 Kraftomnibusse. Die Lastwagen sind in ihrem Bestand um 2 auf 61 vermehrt worden. Die Straßenbahn-Gesellschaften einschließlich der Hoch- und Untergrundbahn A.-G. haben ihren Wagenbestand von 3257 auf 3291 erhöht. Beschwerden wurden in der genannten Zeit erstattet gegen Droschkentfischer 297, Omnibusbedienstete 7 und Straßenbahnangestellte 13; mit Fahrscheinsentziehung bedroht

wurden 54 Droschkentfischer, der Fahrschein entzogen wurde 7 Droschkentfischern. Bei Unfällen sind im Straßenbahnbetriebe 4 Personen tödlich, 50 schwer und 478 leicht, im Omnibusverkehr 4 tödlich, 12 schwer und 33 leicht verletzt worden. Durch Kraftdroschken sind 11 tödliche, 24 schwere und 121 leichte Unfälle herbeigeführt worden. Aus dem Hoch- und Untergrundbahnbetriebe ist überhaupt kein Unfall zu melden.

Bekanntmachung.

Das Protokoll des 7. außerordentlichen Verbandstages unserer Organisation ist erschienen. Der Preis desselben beträgt für Verbandsmitglieder 20 Pfg. Im Buchhandel kostet das Exemplar 50 Pfg.

Das Protokoll enthält ein so reichhaltiges, für die Mitglieder unseres Verbandes wichtiges Material, daß jeder, der ein Interesse an der Ausbreitung der Organisation hat, dasselbe unbedingt besitzen und lesen muß.

Die Ausgabe der Protokolle erfolgt durch die Ortsverwaltungen.

Der Verbands-Vorstand.

Mitteilungen des Vorstandes.

Die Verbandsfunktionäre werden hierdurch zum wiederholten Male darauf aufmerksam gemacht, daß in der Korrespondenz mit dem Vorstand die einzelnen Sachen, im Interesse einer korrekten Geschäftsführung, getrennt gehalten werden müssen. Alle Mitteilungen für die Kasse, Mitteilungen über Lohnbewegungen, Anträge auf Ausschluß, Exraunterstützung, Rechtschutz, Gemahregelungen unter-stützung, sowie Materialbestellungen zc., sind je auf ein besonderes Blatt Papier zu schreiben. Die Einsendung jedoch kann in einem Couvert erfolgen.

Abhanden gekommen sind die Mitgliedsbücher nachstehend genannter Kollegen: In Berlin: G. N. dom, Arthur, Hpt.-Nr. 3949, eingetreten am 20. Dezember 1907. In Dresden: G. Schla, Karl, Hpt.-Nr. 151 290, eingetreten am 3. Dezember 1904. In Erfurt: Schumann, Karl, Hpt.-Nr. 240 174, eingetreten am 15. Januar 1910. In P. S. L. n: J. Schneider, Hpt.-Nr. 180 075, eingetreten am 29. September 1907. In Rudolstadt: Schmidt, Hugo, Hpt.-Nr. 295 816, eingetreten am 22. September 1902. In Zittau: Schwager, August, Hpt.-Nr. 325 789, eingetreten am 12. Mai 1906.

Falls diese Bücher vorgezeigt werden, sind sie abzunehmen und an die Adresse des Unterzeichneten einzusenden.

Die reisenden Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, daß Arbeitslosenunterstützung an auf Reisen befindliche Verbandskollegen in Teterow nicht mehr ausbezahlt wird. Mit der Auszahlung dieser Unterstützung ist an deren Stelle die Verwaltungsstelle G. i. f. r. o. w. beauftragt worden.

Der Kollege Berthold v. Schablinzky, Hpt.-Nr. 142 636, eingetreten am 26. September 1907 in Breslau, ist seit längerer Zeit von dort abgereist, um anderweitig Arbeit zu suchen. Da derselbe seit einigen Wochen seiner Familie keine Nachricht hat zukommen lassen, befürchtet diese, daß ihm ein Unglück zugestoßen ist. Falls irgend jemand über den Verbleib des betreffenden Kollegen Auskunft geben kann, bitten wir um sofortige Mitteilung.

Die Mitglieder Pfeil, Franz, Hpt.-Nr. 341 206, eingetreten in J. S. L. n, und Pahl, Ulrich, Hpt.-Nr. 207 093, eingetreten am 2. Februar 1909 in P. S. L. n, sind abgereist, ohne ihren Verpflichtungen als organisierte Arbeiter nachzukommen.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

J. A.: D. S. w. a. l. d. Schumann, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr.

NB. Alle den Verband und die Agitation betreffenden Schriftstücke sind an obige Adresse zu richten. Alle Gelder sind an den Hauptkassierer, Kollegen Carl Pahl, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr., einzusenden.

Bekanntmachung.

Für unsere Verwaltungsstelle Lübeck suchen wir einen Bureauangestellten, der in der Hauptsache die Kassiererarbeiten gewissenhaft versehen und außerdem nach Möglichkeit auch Agitation betreiben soll. Bewerber muß seit mindestens drei Jahren gewerkschaftlich organisiert, außerdem die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrschen und mit den Arbeiten eines Gewerkschaftsbeamten vertraut sein.

Offerten sind unter Beifügung einer handschriftlichen Arbeit über die Aufgaben eines Gewerkschaftsbeamten und Angabe der bisherigen Organisationsfähigkeit bis 7. September an den unterzeichneten Vorstand zu richten.

Der Verbands-Vorstand.

J. A.: D. Schumann.

Verantw. Redakteur: Karl Lindow, Karlshorst b. Berlin, Verlagsanstalt „Courier“, G. m. b. H. Druck: Maurer u. Dimmig, Berlin, Adalbertstr. 37.

Die Arbeitersekretariate im Deutschen Reich im Jahre 1909.

Fünfzehn Jahre Arbeitersekretariat ist das Signum, unter welchem die Statistik der Sekretariate und Auskunftsstellen für das Jahr 1909 in die Öffentlichkeit geht.

Als vor 15 Jahren, am 1. November 1894, in Nürnberg das erste Sekretariat gegründet wurde, dachten gewiß selbst die Optimisten nicht, nach 15 Jahren 112 derartige Einrichtungen als vorhanden in Aussicht stellen zu können, denn mühelos ist den Nürnberger Arbeitern die Gründung der ersten Einrichtung dieser Art nicht gewesen.

Schon im Jahre 1891 beschäufte der Plan die Nürnberger Arbeiterschaft, um endlich 1894 zur Verwirklichung zu gelangen. 1897 gingen dann die Arbeiter zweier anderer Städte an die Gründung von Sekretariaten. Drei Sekretariate bestehen seit 1898.

Das darauf folgende Jahr 1899 brachte ein Ereignis für die Sekretariate von vielleicht nicht minder hoher Bedeutung als die erste Gründung: den Frankfurter Gewerkschaftskongress und seine entscheidende Stellungnahme zu den Sekretariaten. Der daselbst angenommenen Antrag schaffte die Grundlage für die weitere Entwicklung. Er stellte die Grundzüge auf, die bei den Gründungen maßgebend sein sollten und legte die Voraussetzungen fest, die erfüllt sein müssen, ehe an die Errichtung eines Sekretariats gegangen wird.

Will man beurteilen, was in den 10 Jahren seit dem Frankfurter Gewerkschaftskongress auf dem Gebiete des Rechtsschutzes und der Rechtshilfe geleistet worden ist, so genügt es, darauf hinzuweisen, daß der Referent zu der Frage dem Kongress berichtet, daß bis dahin 7 Sekretariate und etwa 30 Auskunftsstellen bestanden. Heute sind mehr als hundert Sekretariate und fast einunddreihundert Auskunftsstellen vorhanden. Nach der vorliegenden Statistik berichteten 112 Sekretariate und 172 Auskunftsstellen zusammen über 609 472 erteilte Auskünfte im Jahre 1909. Was in den 15 Jahren seit dem Bestehen des ersten Sekretariats von allen zusammen geleistet worden ist, läßt sich in Zahlen nicht ausdrücken, da statistische Aufzeichnungen für die Sekretariate erst seit 1901, für die Auskunftsstellen erst seit 1905 vorgenommen werden. Für diese Zeit berichtet die Statistik über 3 161 909 erteilte Auskünfte. Von den Sekretariaten — die Auskunftsstellen berichten hierüber nicht — wurden in dieser Zeit 747 614 Schriftsätze angefertigt.

Der Gesamtentwicklung der Sekretariate entsprechend schließt sich das Berichtsjahr seinen Vorgängern an. Es wurden im Berichtsjahr neu gegründet die Sekretariate: Ansbach, Burg, Dresden-Döhlen, Freiburg i. Schl., Lüdenscheid, M.-Glabach, Neuß, Plettenberg, Rudolstadt und Solingen.

Von den 112 berichtenden Sekretariaten wird die Auskunft, die erste Tätigkeit aller Sekretariate, von 82 an alle Auskunftsstellen erteilt, gleichviel, ob sie organisiert oder nichtorganisiert sind, und welcher Bevölkerungsklasse sie angehören. 71 von diesen Sekretariaten gehören auch allen Personen, die sich an das Sekretariat wenden, Rechtshilfe. Nur an gewerkschaftlich Organisierte und an Nichtorganisationsfähige erteilen 14 Sekretariate Auskunft und gewähren Rechtshilfe. Nur an gewerkschaftlich Organisierte und an Nichtorganisationsfähige erteilen 10 Sekretariate Auskunft und gewähren Rechtshilfe 10 Sekretariate. 4 Sekretariate gewähren Rechtshilfe und geben Auskunft an gewerkschaftlich oder politisch Organisierte und deren nichtorganisationsfähige Angehörigen. Ein Sekretariat gibt auch außer diesen Unorganisierten in Ausnahmefällen Auskunft.

Vertretungen vor Gerichten haben 85 Sekretariate übernommen. Wie in den Vorjahren wird auch in diesem von einigen Sekretariaten berichtet, daß sie an einigen Gerichten zugelassen werden, an anderen nicht. In Lübeck z. B. werden Referendare als Vertreter einer gegnerischen Auskunftsstelle vor allen Gerichten zugelassen; während der Vertreter des Arbeitersekretariats vor den ordentlichen Gerichten überhaupt nicht und vor dem Gewerbegericht nur in Ausnahmefällen zugelassen wird, obwohl er früher Arbeiter war.

Die Beschwerdevermittlung übernahmen von allen Sekretariaten 104. 73 Sekretariate betreiben Statistik. Die Agitation für die Gewerkschaften oder andere gewerkschaftliche Arbeiten besorgen 85 Sekretariate. Die Art der Aufbringung der Mittel für die Sekretariate, läßt ebenso wie andere Erscheinungen, die sich immer fester gestalten die Form der Organisation erkennen. Die Zahl der Drie, an welchen für das Sekretariat von den Mitgliedern am Ort besondere Beiträge erhoben werden, wird immer geringer. Während im Vorjahre von 103 Sekretariaten für 38 von den Mitgliedern ein besonderer Beitrag für das Sekretariat erhoben wurde, geschah dies 1909 bei vorstehenden 112 Sekretariaten nur noch an 31 Orten. In einem von diesen 31 Orten erheben den besonderen Sekretariatsbeitrag nicht alle Organisationen am Ort, in 8 tragen neben den besonderen Beiträgen die Organisationsklassen oder die Kartellklassen zu den Kosten bei.

Ausschließlich oder doch hauptsächlich aus der Kartellklasse oder durch Beiträge der beteiligten Organisationen wurden 66 Sekretariate unterhalten. 12 von den berichtenden Sekretariaten unterhielt der Vergewerkschaftenverband. Von der Generalkommission wurden 2 Sekretariate vollständig, 2 weitere fast ganz unterhalten. Unter letzteren befindet sich ein Sekretariat, für welches von den Mitgliedern am Ort noch besondere Sekretariatsbeiträge erhoben werden. Zu zwei Sekretariaten zahlte die Generalkommission 1909 einen Zuschuß. Bestimmte Zuschüsse erhielten die Sekretariate an 39 Orten von den Parteiorganisationen, an 8 Orten von sonstigen Arbeiterunternehmungen. Das Sekretariat Koburg wird vollständig aus Staats- und Gemeindemitteln unterhalten. Das Sekretariat Bant erhält einen Zuschuß aus Gemeindemitteln. Einen Zuschuß aus Staatsmitteln erhielt das Sekretariat Gotha bis zum 31. Dezember 1909. Das Sekretariat wurde am 1. Januar 1902 eingerichtet, nachdem die Regierung einem Antrage der sozialdemokratischen Abgeordneten im Landtage folgend, einen Zuschuß bereitstellte. Nachdem im Ländchen die Scharfmacherei die Oberhand gewonnen, versuchte man zunächst von hinterher den Arbeitern die Verwaltung aus den Händen zu wenden; als dies nicht gelang, wurde dem Sekretariat der Zuschuß in Höhe

von 2000 Mk. entzogen und die 8 Jahre unentgeltlich innegehabten Räume aufgekündigt. Die Gothaer Arbeiter werden den dortigen Scharfmachern zeigen, daß es auch ohne den Staatszuschuß vorwärts geht.

Die Frequenz der Arbeitersekretariate zeigt auch in diesem Jahre insgesamt eine starke Steigerung. Die Gesamtzahl der Auskunftsstellen ist in diesem Jahre auf über eine halbe Million angewachsen, sie beträgt 543 304 gegen 488 895 des Vorjahres. Die Steigerung beträgt also 54 409 oder 11,13 pCt. 10,69 pCt. dieser Zunahme oder 52 271 entfallen auf die Arbeitnehmer und deren Angehörige. Von allen Auskunftsstellen waren 436 527 männliche, 80 844 weibliche Arbeitnehmer oder Angehörige von solchen. 23 811 Auskunftsstellen waren solche, die unter dem Sammelbegriff sonstige Personen in der Statistik zusammengefaßt sind; also Arbeitgeber, selbständige Gewerbetreibende oder andere, nicht als Arbeitnehmer zu bezeichnende Personen. Behörden, Vereine und Korporationen wandten sich an die Arbeitersekretariate in 2122 Fällen. Von allen Auskunftsstellen wohnten am Sitz des Sekretariats 398 154, aus anderen Orten kamen 145 150. Gewerkschaftlich organisiert waren von allen Auskunftsstellen Personen 379 194 oder 70,1 pCt.

Die Gesamtzahl der erteilten Auskünfte weist gleichfalls eine erhebliche Steigerung auf, und zwar um 54 207. Die Zahl der insgesamt erteilten Auskünfte beträgt 569 246, wovon 35 929 schriftlich erledigt wurden.

Mit den Auskünften und der Rechtshilfe stiegen auch die Schriftsätze und zwar von 131 129 auf 144 355, also um 13 226 oder 10,09 pCt.

In den neun Jahren, also seit dem Jahre 1901, seit welchem statistische Aufnahmen für Arbeitersekretariate veranstaltet wurden, wurden von diesen insgesamt über 3 Millionen, und zwar 3 016 054 Auskünfte erteilt bzw. Rechtshilfen geleistet. Davon entfallen auf Arbeiterversicherung 896 509—29,7 pCt., Bürgerliches Recht 876 705—29,1 pCt., Arbeits- und Dienstvertrag 461 868—15,3 pCt., Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 373 847—12,4 pCt., Strafrecht 204 555—6,8 pCt., Arbeiterbewegung 50 573—1,7 pCt., Privatversicherung 34 869—1,2 pCt., Handels- und Gewerbeachen 15 473—0,5 pCt. und Vereins- und Versammlungsrecht 5921—0,2 pCt. und Sonstiges 86 622—2,9 pCt.

Persönliche Vertretungen erfolgten im Jahre 1909 von 91 Sekretariaten 5148 gegen 1908 ein Mehr von 884 Vertretungen.

Ueber Einnahmen und Ausgaben haben 102 Sekretariate berichtet. Die Gesamteinnahme betrug 484 316 Mk., die Gesamtausgaben erreichten die Summe von 452 037 Mk. Von den Einnahmen entfallen auf die Kartellklassen 156 155, auf die beteiligten Organisationen 112 896, 148 711 Mk. wurden durch laufende Beiträge der Mitglieder aufgebracht. Unter den weiteren Einnahmen waren der größere Teil Zuwendungen, und zwar zahlte die Generalkommission im Jahre 1909 an einmaligen und laufenden Zuschüssen an die Sekretariate 19 835 Mk. Von den Parteiorganisationen wurden den Sekretariaten 12 116 Mk. zugeführt, von sonstigen Arbeiterunternehmungen 2768 Mk., ferner befinden sich unter den Zuwendungen 5330 Mk. aus Staats- und Gemeindemitteln.

„Der Hexenhammer.“

„Sie werden euch töten, verfolgen und quälen und werden meinen, Gott einen Dienst damit zu tun“: dies Wort aus dem Munde Jesu oder doch aus seiner Umgebung, aus der Stimmung der urchristlichen Gemeinde Herausgeboren, lenkt den Blick auf jene furchtbare Entartung der Frömmigkeit, die in der Glaubensüberzeugung und Inquisition sich zusammenfaßt. Der kalte Scharfsinn spitzfindiger Dogmatiker trug mit der Jurisprudenz ein zersetzendes Element in die christliche Religion hinein. Jesu milder Gleichmut, der Weisheit und Antrakt mit einander wachsen lassen wollte bis zum Erntetag Gottes, war vergessen. Die Religion wurde zum Machtmittel, zum Gesetz für das eigene Leben und zu Fallstrick und Schwert, zu Fußfesseln und Gift für den nächsten. Die christliche Religion hat den traurigen Ruhm, vielleicht die entsetzlichste Inquisitionsgeschichte zu besitzen. Zur Psychologie der Frömmigkeit liefert aber besonders betäubendes Material der Hexenglaube des christlichen Mittelalters, also sagen wir vom 15. bis 18. Jahrhundert. Was ist denn eine christliche Hexe nach der frommen Meinung ihrer Richter für ein Wesen? Hexen sind verworfene Menschen, fast immer weiblichen Geschlechts, die einen Pakt mit dem Teufel schließen, um mit dessen Hilfe unter Anwendung zauberischer Mittel ihren Mitmenschen an Leib und an Leben, am Besitz, an Haustieren und Feldfrüchten allerlei Schaden zuzufügen. Die Hexen nehmen teil an dem unter dem Vorhitz des Teufels stattfindenden nächtlichen Sabbat, wo sie dem körperlich erscheinenden Teufel Verehrung erweisen, Christus aber und seine Kirche frech beschimpfen. Die Hexen frönen mit dem Teufel geschlechtlichen Ausschweifungen, sie bilden eine große Sekte und können durch die Luft fliegen, auch sich in Wölfe, Raben oder Mäuse verwandeln. Mit diesen Grundanschauungen verbanden sich noch weitere Nebenbegriffe. Das Christentum übernahm bei seinem Eintritt in die Welt die vorhandenen Elemente der dämonologischen Anschauung. Aus den biblischen Büchern des Neuen und Alten Testaments wie aus den dualistischen Lehren der Gnosis und des Neuplatonismus zog es seine Dämonenlehre. Der Teufel ging schon in den neutestamentlichen Schriften „umher als ein brüllender Löwe und suchte, welchen er verschlinge“ (christliche Erinnerung an den Zirkus der Märtyrer!), und Paulus wußte viel zu reden von den bösen Geistern und Satanzengeln, mit denen die Christen zu kämpfen hätten. Die alten heidnischen Götter behielten ihre Existenz bei in der Form von Dämonen.

Götzendienst und Zauberei fielen den Kirchenhätern in eins zusammen. Seuchen, Stürme und Gewitter waren die Hauptleistungen der bösen Dämonen — damit war die Möglichkeit gegeben, daß der Mensch sich mit diesen Geistern in Verbindung setze zur Herbeiführung von Unheil über seine Feinde. Augustin z. B. ist fest überzeugt von der realen Existenz der Dämonen, die man christlicherseits „ausstreiben“ müsse. Dieser einflussreiche Kirchenvater nahm an, daß sich die Seele, die er „phantasticum“ nennt, in zauberischen Schlaf aus dem Körper des Menschen entferne und in tierischer oder menschlicher Gestalt unter dämonischer Mitwirkung sich betätige. Er hielt es für durchaus möglich, daß die Dämonen einen Menschen schnell erfürnen und ein anderes Geschöpf an seine Stelle setzen zu können; wie er glaubte, daß die Zauberer in Pharaos wirklich Frösche und Schlangen gemacht haben, indem sie den Samen der Tiere, der in den Elementen verborgen und den Dämonen erkennbar sei, durch Veruzung günstiger Umstände zu schnellerer fortiger Entwicklung brachten! Die Autorität des großen Kirchenvaters begründete auch den Glauben an einen Geschlechtsverkehr zwischen dem Teufel und den Menschen.

Im Jahre 1487 erschien zu einer Zeit, als die kirchliche Inquisition schon vollständig ausgebildet war und im Lauf der Jahrhunderte schon eine unüberschaubare Schar unschuldiger Opfer dem religiösen Wahn geopfert waren, in Straßburg ein umfangreiches Werk im Druck, dessen beide ersten Teile das Treiben der Hexen darlegten, während der letzte Teil ihre strafrechtliche Verfolgung erörterte. Verfasser waren die in Deutschland tätigen Inquisitoren Heinrich Institoris und Jakob Sprenger, sie waren der Zustimmung des regierenden Papstes Innocenz VIII. gewiß und konnten Gutachten der Kölner Universität beifügen. Dieser „Malleus maleficarum“, der „Hexenhammer“, hat in der christlichen Kirche Roms bis zum Ausgang des siebzehnten Jahrhunderts als Autorität geherrscht. Es ist ein ungläubliches Monstrum von geistiger Sumpflust, ein Gemisch von gemeiner Bosheit und wirklich teuflischer Tücke. Theologisch borniert, mit Stumpfsinn gesegnet, kaltblütig und geschwätzig, erbärmlich und nichtswürdig, ein System der Menschenquälerei, ein Pesthauch mit dem Anspruch der wahren Frömmigkeit. Von diesem entsetzlichen Machwerk liegt seit kurzem auch eine deutsche Ausgabe vor, die jedem den Einblick in diese religiöse Entartung gestattet. Die Tätigkeit der Hexen im Bunde mit den Dämonen sind die Tötung von Mensch und Tier, die Vernichtung der Kinder im Mutter-

leibe, die Erzeugung von Krankheiten aller Art, das Wettermachen und die Vernichtung der Fluren, der Milchzauber. Am schlimmsten aber und häufigsten ist die Erziehung der geschlechtlichen Beziehungen zwischen Mann und Weib. In den Heiden der Hexen spielen auch die verlassenen Bräute eine Rolle, welche ihre ungetreuen Geliebten bezaubert, um ihnen die Ehe mit der Nebenbuhlerin zu erschweren. 89 Hexen gestanden auf der Folter ein, daß sie in langjährigem sexuellen Verkehr mit dem Teufel gestanden haben. Die beiden christlichen Herausgeber dieses „Hexenhammers“ waren glühende Weiberhasser; alles Unheil auf der Welt hat die Frau verschuldet; hatte doch schon Chrysostomus geurteilt: Was ist das Weib anders als eine Feindin der Freundschaft, eine Strafe, der man nicht enttrinnen kann, ein notwendiges Uebel, eine natürliche Verführung, ein Unglück, das Verlangen reizt, eine häusliche Gefahr, ein süßschmeckender Schaden, ein Uebel der Natur mit schöner Farbe überzüncht? Das Christentum sollte also vorsichtiger sein mit seinem Selbstlob dessen, was es für die Frau alles getan habe. Der Stifter des Christentums ist selber nicht in den Ehestand getreten, und Paulus hat ihn geringfügig behandelt und ihm die Ehelosigkeit als die höhere religiöse Stufe gegenübergestellt. Der Eindruck der ersten Christen war, daß die Welt am Vergehen sei, und daß es sich für den Christen nicht ziemte, sich in ihre Händel und Sorgen zu flechten. Dieser asketische Zug des Christentums, der das Weib schweigen ließ in der Gemeinde, hat durch die Möncherei die Würde der Frau lange Zeit zertreten.

In diesem „Hexenhammer“ und in der wahrhaftigen, grauenvollen Praxis, die er in der Kirche Jesu Christi ausgeübt hat, grinst uns die Hölle an. Josef Hanfen hat recht, wenn er sein Werk über „Zauberwahn, Inquisition und Hexenprozeß im Mittelalter“ (1900) mit den ersten Worten schließt: „Der Hexenprozeß mit seinen abschreckenden Absurditäten erscheint dem modernen Sinn leicht wie ein unheimlicher weit zurückliegender Traum, wenn es auch nur zwei Jahrhunderte sind, die unsere Zeit von der Epoche seiner Kulmination trennen. Von der Verantwortung für seine Entstehung wird die Menschheit sich aber doch erst dann ganz entlastet fühlen können, wenn sie auch den kläglichen, noch nicht überwundenen Rest der ihm zu Grunde liegenden Wahnvorstellungen ausgeschleichen haben wird, der trotz aller inneren Salklosigkeit in den herrschenden religiösen Systemen noch heute sein Dasein fristet.“

Die Auskunftsstellen der Gewerkschaftsartelle weisen den gleichen Entwicklungsgang auf, wie die Sekretariate; ihre Zahl stieg im Berichtsjahre auf 172, ihre Frequenzziffer auf 40 226 erteilte Auskünfte. Nicht nur mündliche, sondern auch schriftliche Auskünfte wird von 153 Auskunftsstellen erteilt. Auch ein erheblicher Teil Schriftsätze, wie Klageschriften, Beschwerden und anderes sind von den Auskunftsstellen angefertigt worden.

Wie die nachstehende Uebersicht zeigt, hat sich die Zahl der Orte, an welchen Einrichtungen für die Auskunftsstellen und Gewährung von Rechtshilfe vorhanden waren, um 24, die Zahl der erteilten Auskünfte und gewährten Rechtshilfen um 57 815 vermehrt.

	Zahl der Arbeitersekretariate und Auskunftsstellen in den Jahren		Gesamtzahl der erteilten Auskünfte und Fälle		Ständige der Gewerkschaften (geg. d. Verh.)
	1908	1909	1908	1909	
Arbeitersekretariate . . .	108	112	515 039	589 243	54 207
Auskunftsstellen . . .	157	172	30 618	40 226	8 698
Zusammen	265	284	551 657	609 472	62 905

Bei der Betrachtung dieser Zahlen darf auch in diesem Jahre die schon im Vorjahre erwähnte Tatsache nicht außer Rechnung gestellt werden, daß mit obigen Zahlen nicht die gesamte Rechtsauskunftsleistung, die von den gewerkschaftlichen Verbänden geleistet wird, erfasst ist. Es fehlen bei diesen Zahlen die Rechtsauskünfte und die Rechtshilfen, die von den Verbänden ihren Mitgliedern direkt gegeben werden. Aufzeichnungen sind bei der Fülle der gewerkschaftlichen Tätigkeit nicht möglich, daher zahlenmäßige Nachweisungen auch nicht zu geben. Die Kenner der gewerkschaftlichen Praxis dürften sich aber darüber nicht im Zweifel sein, daß die Zahl der von den Ortsverbänden oder Angestellten der Verbände den Mitgliedern gegebenen Rechtsauskünfte oder Rechtshilfen die von den Auskunftsstellen erreichte Zahl übertrifft.

Von den gegnerischen Arbeitersekretariaten und Rechtsauskunftsstellen liegen für 1909 zurzeit nur Zahlen von den Hirsch-Dunckerischen Einrichtungen vor. Die im „Gewerkschaftsbericht“ veröffentlichte Statistik berichtet über 10 Arbeitersekretariate, darunter das Hauptsekretariat Berlin. Ferner über 23 Rechtsauskunftsstellen, alsdann berichteten noch 15 Auskunftsstellen.

Wie im Vorjahre hat die Zentralkommission der Hirsch-Dunckerischen Verbände den Sekretariaten, Rechtsauskunftsstellen und Auskunftsstellen, auch solche Einrichtungen zugezählt, die von einzelnen Verbänden errichtet sind und in denen nur an die eigenen Mitglieder Auskünfte erteilt wird, und zwar sind dies 26 Einrichtungen, bei einer Gesamtzahl von 58 Rechtshilfsstellen, welche die Hirsch-Dunckerischen Verbände zählen.

Auskünfte haben die berichtenden 48 Rechtshilfsstellen zusammen 28 861 erteilt; Schriftsätze wurden 6834 angefertigt, persönliche Vertretungen 932 übernommen.

Der Verband der deutschen gemeinnützigen und unparteilichen Rechtsauskunftsstellen hat im Berichtsjahr seine zweite Hauptversammlung am 16. Oktober in Koblenz abgehalten. Es waren auf derselben 35 meist städtische Rechtsauskunftsstellen vertreten, daneben die Magistratsämter einiger Städte, das preussische Ministerium für Handel und Gewerbe, das sächsische Ministerium des Innern und einige andere Interessenten.

Der Referent über das Thema: „Die Rechtsauskunftsstellen als Einrichtung der modernen Wohlfahrtspflege“ behauptete nach dem Berichte, nachdem er auf das Anwachsen der Bevölkerung und auf die gleichartige Erscheinung in Industrie und Handel hingewiesen: „Dabei sinkt die Zahl der selbstständigen Existenzen, während ein zweifelhafter zunehmender Wohlstand in allen Schichten der Bevölkerung stattfindet.“ — Dies mag genügen, um den Geist zu charakterisieren, der diese Veranstaltung beherrschte.

Am 1. Juli haben die Rechtsauskunftsstellen auf der gegnerischen Seite zugenommen, soviel ist auch ohne brauchbare Statistik festzustellen. — Das Gegenteil mußten wir bedauern. — Ob auch ihre Frequenz zugenommen hat, läßt sich erst feststellen, wenn zuverlässige Berichte vorliegen.

Daß sie alle zusammen für die Arbeiterklasse nicht die Bedeutung erreichen, welche die Sekretariate und Rechtsauskunftsstellen der freien Verbände haben, beweisen die 15 Jahre der Entwicklung seit Gründung des Sekretariats in Nürnberg und die Fortschritte in den 10 Jahren seit dem Gewerkschaftskongress in Frankfurt a. M.

Proletarische Wohnungsorgen.

Wer es heute unternimmt, den kritischen Maßstab an irgend eine gesellschaftliche Einrichtung zu legen, der wird — welcher Natur sie auch sein mag — zu dem Ergebnis kommen müssen, daß ihre Unvollkommenheiten in der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise begründet sind. Eine Gesellschaft, die ihre natürlichen Schätze der privaten Spekulation ausliefert und die Arbeitsmittel zur privaten Ausbeutung preisgibt, ist von vornherein dazu verdammt, nur einzelnen zu nützen und der großen Masse ihrer Angehörigen nicht im entferntesten gerecht zu werden. Vielmehr werden die letzteren immer die Erlaubtungen sein, werden Gut und Leben für die wenigen opfern müssen.

Saum bei einem andern Problem unserer Zeit tritt diese Erkenntnis so klar und unwiderleglich zutage, wie bei der Wohnungsfrage. Wenn es irgend ein Recht gibt, „das mit uns geboren ist“, so doch

wohl jenes an einen Anteil dieser Erde, die ihr Dasein zweifellos nicht irgend einer Kapitalanlage oder einer kapitalistischen Intelligenz verdankt. Indessen: die kapitalistische Gesellschaft preist auf dieses Recht. Ihr geht die Macht vor das Recht. Und so hat sie ihre Macht benutzt, um gerade aus diesem Erbball bezw. aus seinen Teilen ein für ihre Zwecke ganz ausgezeichnetes Spekulationsobjekt zu machen und die in allen andern Dingen Entwerteten auch hier recht- und heimatlos zu machen. Die große Masse der Bevölkerung muß sich ihr altes Recht erst von neuem für Wucherpreise erkauften, ehe sie weiß, wo sie ihr Haupt zur Ruhe niederlegen kann.

Die Konzentration der Industrie und des Handels hat das ihrige getan, um jene Wucherpreise und Wucherzinsen namentlich in den Großstädten auf eine mitunter wahnsinnige Höhe zu bringen. So beträgt in einzelnen bevorzugten Gegenden Berlins der Kaufpreis für den Quadratmeter 5—7000 M.! So wird in einigen Gegenden Londons die aus einem Sektor bebauter Fläche herausgeschlagene Pachtsumme auf 1 500 000 M. geschätzt!

Die Arbeiterklasse zahlt die Wucherzinsen einmal in Gestalt der eigenen Wohnungsmieten und ferner im Kaufpreis der Waren. Denn dieser Preis enthält natürlich einen entsprechenden Anteil der Miet- bezw. Hypothekenzinsen der Fabrikanten und Ladeninhaber.

Hier soll nur von den Wohnungsverhältnissen der Arbeiter und von einer allgemeinen Wohnungsreform gesprochen werden.

Diese Wohnungsverhältnisse sind infolge jener oben bezeichneten Spekulation fast durchweg ganz jämmerliche, menschenunwürdige, vielfach direkt lebensgefährliche. Die Wohnstätten der Arbeiter — vereinzelt Ausnahmen beiseite — sind in jeder Hinsicht unzureichend. Auf einem engen Raum häufen sich die Menschen wie Ameisen. Diese Anhäufung namentlich in kinderreichen Familien wird verstärkt durch das Schlafstellenwesen und ist ein Hohn auf die elementarsten Anforderungen der Gesundheitspflege. In der Großstadt werden diese nachteiligen Einflüsse verstärkt durch die allgemeine Minderwertigkeit der Luft, die nicht nur Medizin für Kranke, sondern eins der allerersten Mittel zur Erhaltung des Lebens, der Gesundheit, der Kraft, ist.

Auch in sittlicher Beziehung entstehen Gefahren, besonders für die Jugend, wenn diese gezwungen ist, dauernd in aller nächster Nähe der Erwachsenen zu leben, an ihren oft nicht sehr bedachten Gesprächen teilzunehmen, ihre Handlungen zu beobachten und allzu früh in Dinge eingeweiht zu werden, die der natürlichen Harmlosigkeit der Kinder zu schwerem Schaden gereichen und die ethischen Wurzeln des Charakters gefährden. Wenn sich nicht schon jene Großstadtkinder begegnen, deren körperliche Zurückgebliebenheit aufs peinlichste kontrastiert mit einer geistigen Früh- und Ueberreife, mit moralischer Haltlosigkeit und jenem verwahrlohten, zersetzten Wesen, das die trübsten Ausblicke für die Zukunft dieser Kinder eröffnet, die keine Kinder mehr sind. Hervorragende Juristen sind längst zu der Ueberzeugung gekommen, daß das jugendliche Verbrechertum starke Wurzeln in den miserablen Wohnverhältnissen findet, wie das ja auch schon ohne weiteres begreiflich ist. Aber nicht nur die Kinder leiden unter dieser Misere. Das ganze Familienleben wird häufig aufgelöst und zu einer Quelle der Qual und nie endender Sorge, weil niemand sich wohl in seinen — meist buchstäblich zu nehmen — vier Wänden fühlt. Wie wär's auch anders möglich? Sucht nicht mancher dem häuslichen Elend zu entfliehen, um dem Wirtschaftelend zu verfallen? Das ist keine Lösung, kein Ausweg, der Logik für sich hat, weil er tiefer ins Verderben führen muß. Aber der mag mit Steinen werfen, der die Ursache nicht sieht! Gebt dem Volke ein wirkliches Heim, und auch die Charakterchwachen werden bald ihre verhängnisvollsten Laster abgestoßen haben!

Sollen wir noch von der Schönheit, von dem Schmuck, von der Aesthetik der Arbeiterwohnungen reden? Gewiß: es gibt Arbeiterfrauen, die es auf irgend eine Weise fertig bringen, aus einer Stube und einer Küche zwei kleine Schmuckkästchen zu machen und alle Neben von der mangelnden Schönheit zügel zu strafen. Aber wo ein halbes Duzend Kinder herumtrabbeln und womöglich noch ein paar Schlafsucher zu Gasse sind, da muß am Ende auch die tüchtigste Hausfrau versagen und zufrieden sein, wenn Schmutz und Unordnung ihr nicht über den Kopf wachsen — selbst dann, wenn sie nicht mit verdienen muß, wie das so häufig der Fall ist. Fragt in den Heimarbeitersfamilien nach Schmuck und Schönheit! Ein bitteres Lachen wird euch antworten. Mit Recht. Denn in den modernen Höhlen und Höhlen wohnt die allezeit sprungbereite Sorge, die keine Zeit hat, auch nur an den geringsten „Augus“ zu denken.

„Sie kennen es nicht anders.“ Das ist der bequeme Trost des denkfaulen Philisters. Ist dem aber in der Tat so? Wissen sie wirklich nichts von Schönheit, die Entwerteten der Erde? Und fühlen sie die Enge und Armut ihrer Wohnstätten nicht?

Wir wandern hinaus vor das Tor der Großstadt. Ein felsiger Anblick wird uns: wir sehen eine felsige Stadt sich nach allen Seiten dehnen, die sich an die letzten Ausläufer der Großstadt, an hochragende Mietkasernen anlehnt und im Vergleiche zu diesen wie ein Zirkusland aussieht. Da ist ein Fleckchen Erde neben dem andern abgezäunt: ein paar Köpfe, Gurten und anderes Gemüse, ein paar Blumen wachsen hier auf sorgsam gepflegten Werten. Und eine mühsam aus alten Brettern gezimmerte Laube steht in jedem dieser kleinen Gärten und hier gräbt, pflanzt, gießt und erntet der großstädtische Arbeiter mit seinen Angehörigen, ja, mancher schlägt den Sommer über hier sein Lager auf; denn dies Stückchen Natur muß

ihm die Sommerfrische ersetzen. Warum das alles? Weil sie ihren modernen Mietshöhlen entfliehen wollen. Ober: geht an einem Sommer-Sonntag auf einen Bahnhof. Ganz gleich auf welchen. Ueberall wälzen sich die Menschenmassen wie ungeheure Schlangen heran, stürmen die Bänke und harren in meist qualvoll-süchtlicher Enge auf den Moment, wo sie hinausströmen können ins Freie, ins Grüne, ins Belle und Sonnige.

Zu Zehntausenden sind sie unterwegs, die Luft-hungrigen, die Freiheitsdürstigen, und alle Beförderungsmittel reichen nicht aus, um sie hinauszutragen, so daß mitunter regelrechte Blaskämpfe mit Stöcken und Schirmen entfehen. Laufende scheuen stundenlange Fußwanderungen nicht, um wieder mal einen blauen Himmel, eine blumige Wiese, ein wogendes Kornfeld zu sehen, um sich im schattigen Walde zu lagern und frei zu atmen! Warum dieses elementare Gnausdrängen? Weil schon eine nur stundenlange Entfernung aus den Mietwohnungen eine Erlösung bedeutet und weil die Sehnsucht nach der Natur unaussprechlich ist. Immer wieder bricht sie trotz aller Erschwernisse hervor wie ein heimliches Feuer, das kein Staub der Großstadt erstickt kann.

Aber wie falsch wäre es nun, etwa die Landarbeiter zu beneiden! Ganz abgesehen von ihrer größeren Anfreiheit, ihren geringeren Löhnen, ihrer Engengtheit in der Beschäftigung mit geistigen Dingen, ihrem fühlbaren Mangel an Bildungsmitteln, — wie w o h n e n sie? Nun, einfach noch schlechter, noch erbärmlicher als der Stadtarbeiter! Mancher mag das für unmöglich halten; es ist dennoch so. Uns fällt gerade ein Bericht aus dem Kultusministerium über das Gesundheitswesen im preussischen Staate vom Jahre 1905 in die Hände. Dort steht: „Der Kreisarzt von Niederung traf in seinem Amtsbezirk vier aus Torfrasen erbaute Häuser und eine Erdhütte.“ — „Daß ein einziger Raum zwei verschiedene Familien, Federvieh, Kartoffeln und Kohl beherbergt, kommt im Regierungsbezirk Bromberg auf dem Lande oft vor.“ — „Aus dem Kreise Haderleben: „Auf einem Hofe hausten in einem geräumigen Zimmer drei Ehepaare mit Kindern und ein junger Mann; eine Frau war eben entbunden, während die andere kurz vor der Entbindung stand.“ Und so weiter.

Man sieht: Stadt und Land nehmen sich nichts. Der einzige Vorteil der Landbewohner besteht vielleicht darin, daß sie die frische Luft sozusagen wenigstens vor der Haustür haben. Immer auch nicht. Der Großstädter hingegen hat es leichter, sich Zerstreuungen zu verschaffen und kann leichter und wohlfeiler für seinen geistigen Menschen sorgen.

Eine grundsätzliche Reform müßte es als ihre Aufgabe betrachten, die Unnehmlichkeiten der Stadt mit den Vorteilen des Landes zu verbinden; denn die ideale Wohnung ist weder die Stadt- noch die jetzige Landwohnung.

Um dieser Misere zu entgehen, sind Zehntausende von Arbeitern der Großstadt in die Vororte abgewandert. Sie sind vom Teufel zum Teufel gekommen. Ober richtiger: der Satan, die Spekulation, hat diese Tendenz eilig be- und ergriffen, und sie hat ihr gutes Geschäft dabei gemacht. Die Vorstädte werden wieder Großstädte, und alles ist beim alten; wenigstens insoweit, als die nächstgelegenen Vororte in Frage kommen. Die entfernteren aber entziehen dem Arbeiter seinen Vorteil an Mietersparnis durch Anforderung reichlichen Fahrgeldes, sie nehmen ihm seine freie Zeit durch den langen Weg von und zur Arbeitsstelle und entziehen ihm seiner Familie.

Es sind ja nun mancherlei Anstrengungen — meist von privaten Genossenschaften — gemacht, um das fort und fort wachsende spekulative Element auszuschalten. Sie dürfen auch von gewissen Erfolgen in kleinem Maßstab sprechen; einen wesentlichen Einfluß haben sie bisher nicht ausgeübt. Um nur die Hauptbegriffe anzuführen: die Bodenpreise sind auch in weiterer Entfernung von den Großstädten noch zu hoch für Unternehmungen genossenschaftlicher Art im größeren Stil. Zweitens: dem Arbeiter ist eine gewisse Grenze gestellt, über die hinaus er sich nicht von der Arbeitsstelle entfernen kann. Und drittens: diese Arbeitsstelle wechselt bei den meisten oft.

Alle diese Bedenken und die Kritik an der ganzen heutigen Wohnweise sind berücksichtigt in einer Reformbestrebung größeren Stils, die jetzt auch in Deutschland mehr in den Vordergrund des Interesses gerückt wird. Es handelt sich um die „Gartenstadt-Bewegung“. Ihrer Tendenz nach ist sie eine „halbsozialistische“ und geht aus von den Gedankengängen der Bodenreformer. Ihre Wiege stand in England und ihr begabtester Prophet ist Ebenezer Howard; dieser gab schon vor zehn Jahren ein Buch heraus: „Garden cities of to-morrow“, das vor kurzem in guter deutscher Uebersetzung bei Eugen Diederichs in Jena erschienen ist. Preis broschiert 3.— M.; gebunden 4.— M.). Zu diesem Buche, mit dem hoffnungsvollen Titel „Gartenstädte in Sicht“, hat Dr. Franz Oppenheimer ein Geleitwort, Bernhard Kampfmeyer einen Anhang geschrieben; der letztere behandelt die entsprechenden deutschen Bestrebungen.

Der kritische Standpunkt Howards kommt in folgenden Sätzen, die dem Buche entnommen sind, zum Ausdruck: „... Diese überfüllten Städte haben ihren Zweck erfüllt. Eine auf Selbstsucht und Gabbler sich aufbauende Gesellschaft konnte nichts Besseres hervorbringen. Aber sie sind ihrer Natur nach gänzlich ungeeignet für eine Gesellschaft, in der die soziale Seite ihrer Natur mehr nach Befriedigung und ein befriedigter Egoismus größere Rücksichtnahme auf das Wohl anderer unserer Nächsten verlangt. Jede Generation muß ihren Bedürfnissen entsprechend bauen.“

Von der Erkenntnis ausgehend, daß die herrschende Bodenpekulation und die Planlosigkeit im heutigen Städtebau eine durchgreifende Reform an Ort und

Stelle so gut wie unmöglich machen, will Howard vollständig neue Städte errichten und zwar in so reichlicher Entfernung von den alten Großstädten, daß diese den Bodenpreis nicht mehr beeinflussen, der Grund und Boden also billig zu haben ist.

Howard hat sich in der Theorie so eine Art „Normalstadt“ zurechtgemacht; an dieser experimentiert er und demonstriert seinen Plan. Ihre Errichtung in der Praxis denkt er sich so: Zunächst hat sich eine gemeinnützige Gesellschaft zu bilden, die kapitalkräftig genug ist, um ein landwirtschaftliches Terrain von etwa 2400 Hektar käuflich zu erwerben. Fabrikbesitzer und andere Industrielle werden aufgefordert, ihre Betriebe in die neue Stadt zu verlegen; der geringe Bodenpreis soll dabei werbend wirken, ebenso die schon beim Kauf des Terrains berücksichtigte gute Verkehrsverbindung (Eisenbahn, Wasser). Die Stadt soll möglichst kreisförmig angelegt werden und nach einem von Anfang an streng durchgeführten Plan. Sie wird von vornherein räumlich und nach der Höchstzahl ihrer Einwohner (ca. 30 000) begrenzt; ihre Errichtung soll nach den weitgehendsten hygienischen, esthetischen und praktischen Grundrissen erfolgen. Nur etwa ein Sechstel des ganzen Terrains ist für die eigentliche Stadt, fünf Sechstel sind für landwirtschaftliche Betriebe bestimmt, die maschinelle Kraft z. B. aus der Stadt beziehen und andererseits dort leicht ihre Produkte absetzen können. (Ein Zwang soll nicht ausgeübt werden.) Diese landwirtschaftlichen Betriebe nehmen den äußersten Gürtel des Terrains ein, ihnen folgt nach dem Inneren zu eine Zone kleiner Pachtgrundstücke für die Stadtbewohner zum Gemüsebau z. B., dann kommt eine Ringbahn mit Anschlußgleisen nach den industriellen Betrieben, denen ein Platz an der äußersten Peripherie der eigentlichen Stadt angewiesen ist.

Die Stadt selbst soll natürlich weder aus großstädtischen Mietkasernen noch aus ländlichen Wohnhäusern bestehen, sondern aus Ein- und Mehrfamilienhäusern mit Gärten. Breite, baumbepflanzte Straßen vermitteln den inneren Verkehr; alle technischen Erfindungen sollen Anwendung finden.

Es ist klar, daß ein solcher Plan nur unter strengstem Ausschluß aller Privatpekulation durchführbar ist und daß hier eine Art Gemeindefiskalismus Platz greifen hat, indem das Terrain in das Eigentum der Gemeinde übergeführt und von dieser verwaltet wird. Die Grundstücke werden verpachtet und die Errichtung der Häuser gewissen Vorschriften unterworfen.

Die finanzielle Vasterung des Unternehmens macht Howard keine Sorge, da die Verwandlung von Land in Stadtboden ohne weiteres wertsteigernd wirkt und diese Wertsteigerung für die allgemeinen Zwecke der Gemeinde in Anspruch genommen werden kann. Howard stellt eine sorgfältige Rechnung auf; überhaupt ist sein Plan bis ins Detail ausgearbeitet und sehr interessant zu lesen.

Daneben enthält das Buch manches, das den Sozialisten zum Widerspruch herausfordert; einiges wird dem freien Gewerkschaftler ein herzliches Lachen abzwängen. Sätze, beispielsweise wie dieser: „Das wahre Heilmittel gegen kapitalistische Unterdrückung — dort, wo sie besteht — ist nicht das Niederlegen der Arbeit, sondern die Finanzmaßnahme aufbauender Arbeit.“ Der Verfasser meint nämlich ungeführt, die Gewerkschaften sollten sich zu — Baugenossenschaften wandeln, statt ihr Geld in Arbeits-einstellungen zu verschwenden.“ Das sagt ein Autor aus dem klassischen Lande der Trade Unions! Wir fürchten, daß er da in den Wind redet, wie wir überhaupt sein Vertrauen auf wohlmeinende und wohlwollende Fabrikbesitzer ein wenig — humoristisch finden. Er hofft von ihnen zu viel für seine Idee! Die Arbeiter werden jedenfalls nicht auf ihre Kampforganisationen verzichten wollen, auch dann nicht, wenn die Gartenstädte in vielen Exemplaren Wirklichkeit werden sollten. Möglicherweise sind sie dort sogar besonders notwendig. Mißtraulich wie wir sind, trauen wir nämlich den Unternehmern zu, daß sie versuchen würden, die Verbilligung der Mieten mit einer — Verbilligung der Löhne „auszugleichen“.

Aber das nebensächlich. Wir haben nicht Raum genug, um auf alle Schiefheiten im Buche hinweisen zu können.

Es war uns hauptsächlich um den Plan zu tun, so weit er sich mit der Wohnungsreform beschäftigt; er zeigt mit Sicherheit, daß die Privatpekulation an Grund und Boden nicht nur durchaus entbehrlich ist, sondern allmählich gemeingefährliche Formen angenommen hat und darum sobald wie möglich ausgerottet werden muß. Gegen das Prinzip der Gartenstädte wird man wenig einwenden können; sie nähern sich dem sozialistischen Ideal; wir wünschen ihnen nur noch mehr Sozialismus, als der Verfasser. Wir würden es als einen ganz wesentlichen Fortschritt begrüßen, wenn der Proletariat noch im Gegenwartskampf und bald aus seinen Höhlen und Höhlen erlöst würde und in das sonnige helle Reich der Howard'schen Gartenstädte überleben könnte.

Indessen: unsere Hoffnung ist nicht groß. Wir bezweifeln, daß sie sich in wesentlicher Zahl entwickeln werden, so lange sie auf die Privatinitiative angewiesen sind. Denn daß der Staat so nützliche Dinge betreiben wird, glaubt Howard vor der Hand selbst nicht. Wir insbesondere denken an unsern Fiskus, der beispielsweise mit seinen Waldschlägereien bei Berlin so prächtige Geschäfte macht, daß er gar keine Zeit hat, neue Bäume zu pflanzen. Und nun gar Städte! Wer lacht da — nicht?

In England ist schon 1879 ein Antrag von privater Seite gemacht worden. Die haarsträubenden Arbeiter-Wohnungsverhältnisse in Birmingham veranlaßten den Philantropischen Katastrophenfabrikanten Cadbury, der etwa 4000 Arbeiter beschäftigt, die Gartenstadt Bourneville bei Birmingham zu gründen; sie ist inzwischen in die Verwaltung einer gemeinnützigen Gesellschaft übergegangen. Alle Besucher loben die

trefflichen Einrichtungen; auch Howard hat hier den ersten Anstoß zur Ausarbeitung seiner Theorie erhalten. Vielleicht sprechen wir einmal eingehender über diese Stadt.

Infolge der Howard'schen Propaganda ist es nach jahrelangen Anstrengungen gelungen, eine Gesellschaft mit einem Kapital von 6 Millionen Mark zusammen zu bringen. Sie hat 53 Kilometer nördlich von London 6400 Morgen Land erworben und die Gartenstadt Leichworth gegründet; nach etwa dreißigjähriger Existenz zählt sie 5000 Einwohner.

Während wir dies schreiben, richtete auch die deutsche Gartenstadtgemeinschaft einen Aufruf an die Deutschen, das englische Beispiel nachzuahmen. Es haben hauptsächlich Professoren unterzeichnet. Wir vermischen die Großindustriellen und die Bankiers. Wenn das Geld beisammen, soll eine Musteranlage in Nord-Deutschland gegründet werden.

Werden sich die Tendenzen zur Bevölkerungszunahme in den Großstädten künstlich ablegen lassen? Wir glauben es nicht. So interessant und lehrreich solche Experimente sind, — eine radikale Lösung der Arbeiterwohnungsfrage hat, wie die Dinge nun einmal liegen, die Herrschaft des Sozialismus zur Voraussetzung.

Die Wirkung der deutschen Getreidezölle.

In seiner kürzlich erschienenen Denkschrift: „Die deutschen Getreidezölle“ schildert Prof. Lujo Brentano überaus eindrucksvoll die Folgen der deutschen Schutzpolitik. Für heute nur einige Proben aus seiner Anlagechrift gegen unsere Agrarier. Was ist der Zweck des Getreidezolls? So fragt Brentano, und er antwortet:

Der Getreidezoll soll den Getreidepreis steigern. In dem Maße, in dem dieser Zweck erreicht wird, steigt die Geldrente, welche der Boden abwirft. Entsprechend der gesteigerten Geldrente steigt der Bodenwert. Der Landwirt, der dann sein Grundeigentum verkauft — und je höher er verschuldet war, desto größer ist für ihn die Versuchung, zu verkaufen — hat, wenn er sich vom weiteren Landwirtschaftsbetriebe zurückzieht, vom Getreidezoll allerdings großen Nutzen; er wird von aller Last befreit und macht vielleicht noch darüber einen Vermögensgewinn. Allein der Getreidezoll soll ja nicht denen helfen, die sich aus der Landwirtschaft zurückziehen, sondern denen, die dabei bleiben. Und der Nachfolger dessen, der, sei es verkauft, sei es sein Gut übergeben hat, ist alsbald wieder in derselben Lage, wie sein Vorgänger vor Einführung des Zolls. Er hat den Boden um den Kapitalwert der durch den Zoll bewirkten Steigerung des Geldertrags teurer gekauft oder übernommen und ist bei jedem Sinken der Getreidepreise davon bedroht, den Preis des gesteigerten Bodenpreises nicht herauswirtschaften zu können. Die Folge des Getreidezolls, der seinen Zweck, die Steigerung der Getreidepreise, wirklich erreicht, ist also die Steigerung eben des Zolls der landwirtschaftlichen Produktionskosten, wegen dessen Höhe das Inland mit dem Ausland nicht konkurrieren kann. Da der Getreidezoll das Verhältnis des Bodenertrags zum Bodenwert nicht verändert hat, bleibt der Getreidebau nach wie vor unrentabel. Bleibt der Landwirt, gleichviel ob Käufer oder Erbe, beim Getreidebau, so ist er notwendig alsbald wieder notleidend. Dann erschallt auf's neue der Ruf nach abertmaliger Erhöhung des Getreidezolls. Und so geht es fort. Es ist eine Schraube ohne Ende.“

Für den Widerstand der deutschen Agrarpolitik führt Brentano u. a. noch folgende Beispiele an:

„Die eingeernteten Getreidemengen pflügen im Oktober, November, Dezember gedroschen zu werden; um diese Zeit pflügen daher die Preise mäßiger zu sein. Die Einfuhrpreise erniedrigen, daß zu dieser Zeit dem Ausland der deutsche Weizen und Hafer billiger zur Verfügung steht wie dem deutschen Konsumenten. Mittels der Einfuhrpreise erfolgt bei niedrigsten heimischen Preisen die größte Ausfuhr von der heimatischen Produktionsstätte nach dem Ausland. Später, wenn dann die Marktpreise infolge der Entlohnung des heimischen Marktes gestiegen sind, erfolgt dann eine Wiedereinfuhr bei unerbittlich höherem Preisstand. Im Jahre 1898/99 haben wir Weizen ausgeführt, als er etwa 20 Mk. kostete, und mußten später in den Sommermonaten dafür Ersatz um 200 bis 400 Mk. teurer pro Wagon einführen.“

Man hat die direkten Steuern erhöht und einen Verbrauchsgegenstand nach dem anderen mit indirekten Steuern belegt, so daß wir vom ersten Schritt aus dem Bette am Morgen, bis wir uns wieder niederlegen, nichts genießen, ohne Tribut zu zahlen. Dem darüber Seufzenden wird dann regelmäßig vorgerechnet, er zahle pro Kopf der Bevölkerung an Reich und Einzelstaaten doch noch lange nicht so viel Steuer, wie z. B. der englische Steuerzahler dem englischen Staate, und dabei stellt man nur gegenüber, was in Deutschland und in England der Staat wirklich einnimmt. Als ob der Steuerzahler nur durch das belastet würde, was Reich und Einzelstaaten von dem, was er infolge der Steuern mehr zahlen muß, wirklich erhalten, und nicht vielmehr durch den ganzen Betrag, den er infolge der Erhebung einer Steuer mehr als sonst opfern muß, auch durch den, von dem keine öffentliche Kasse etwas zu sehen bekommt!

Da brachten z. B. die Zölle auf Roggen, Weizen und Hafer in den drei Jahren 1907—09 dem Reiche 281 581 011 Mk., in jedem derselben durchschnittlich 93 860 334 Mk. Aber der eingeführte Roggen betrug nur 1,6 v. H. des deutschen Roggenbedarfs; im Jahre 1909 wurde dieser ganz durch den in Deutschland gebauenen Roggen gedeckt. Mehrfach war es mit dem Hafer; der eingeführte Hafer betrug nur 0,71 v. H. des deutschen Haferbedarfs, und im Jahre 1908 wurde dieser ganz durch heimischen Hafer befriedigt. Nur zur Deckung des Weizenbedarfs war in den genannten

drei Jahren eine Zufuhr aus dem Ausland im Betrage von 34,1 pCt. derselben notwendig. Seit Aufhebung des Identitätsnachweises aber steigt der Inlandspreis so gut, wie um den ganzen Betrag des Zolls über dem Weltmarktpreis. Es läßt sich ferner behaupten, daß nach der landwirtschaftlichen Betriebszählung von 1907 bestenfalls 19 v. H. der 63 219 000 Bewohner des deutschen Zollgebiets selbstgebautes Getreide verbrauchen. Unter Zugrundelegung dieses Prozentsatzes, der viel zu hoch ist, mußten die übrigen 81 v. H. in den drei Jahren 2 767 192 579 Mt. mehr ausgeben, wovon 2 485 611 568 Mt., in jedem Jahre durchschnittlich 828 537 189 Mt., in die Taschen Privater geflossen sind. Das, was die Zölle auf Roggen, Weizen und Hafer in den Jahren 1907—09 dem Reiche eingebracht haben, hat den Steuerzahler allerdings nur mit 5,48 Mk. pro Kopf der Getreide kaufenden Bevölkerung, in jedem der drei Jahre durchschnittlich mit 1,83 Mk. belastet; das aber, was er infolge derselben hat mehr zahlen müssen, beziffert sich auf 54,03 Mk. oder im Jahresdurchschnitt 18,01 Mk. pro Kopf der Getreide kaufenden Bevölkerung. Dem Reiche aber haben diese Zölle nicht nur nicht genug eingebracht, sie haben es geradezu geschädigt, indem die Kontribution von 2 1/2 Milliarden Mk., welche die Steuerzahler in drei Jahren infolge von nur diesen drei Zöllen an Private haben zahlen müssen, ihre Fähigkeit zur Zahlung anderer Steuern vermindert hat. Die deutschen Finanzminister würden in Gold schwimmen, wenn sie diese Beträge in ihre Kassen hätten leiten können. Statt dessen wird durch die hohen Preise, welche die Masse des Volks infolge dieser und anderer Schutzölle zu zahlen hat, ihre Leistungsfähigkeit an den Staat erschöpft, und da es noch außerdem der Getreide bauende Teil der Bevölkerung verstanden hat, alle Steuererhöhungen und neuen Steuern von sich abzuwehren, ja sogar die Herabsetzung dessen, was sie bisher an Steuern zu entrichten hatten, vielfach durchzusetzen, ist das unausbleibliche Ergebnis, daß es stets schwerer wird, dem steigenden Staatsbedarf mittels Steuern zu genügen. Es bleibt dann nichts anderes als Schuldenmachen. Daher denn die Schulden, welche das Reich, die deutschen Staaten und Gemeinden von 1871 bis 1909 aufgenommen haben, auf 26,2 Milliarden angewachsen sind.“

Ein liebes Vaterland, das die Massen seiner Bürger lediglich im Interesse der kleinen Agrarierklasse schröpft. Doch das deutsche Volk hat sich diese Dinge selbst zuzuschreiben; warum läßt es sich bei den Reichstagswahlen immer wieder durch die nationale Eromperei betören? Auch der deutsche Michel wird schließlich nur durch Schaden klug. Schade nur, daß es so lange dauert.

Öffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Berlin. Am 4. d. M. fand eine gut besuchte Funktionär-Versammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: Die fakultativen Unterstützungseinrichtungen des Verbandes. Der Bezirksleiter führte hierzu folgendes aus: Es herrschen in der Arbeiterbewegung zweierlei Meinungen, respektive Anschauungen betreffs der Unterstützungseinrichtungen. Auf der einen stehen die Syndikalisten oder Anarchosozialisten, die behaupten, daß jede Unterstützungseinrichtung den Gewerkschaften den Kampfescharakter nehmen und zur Vermumpfung führen. Auf der anderen Seite sind die freien Gewerkschaften, die durch praktische Erfahrungen die Unterstützungseinrichtung in den Organisationen immer mehr ausgebaut haben. Durch die Ausdehnung der Industrie ist die Landbevölkerung immer mehr zur Lohnsklaverei gedrängt worden und ist der Lohnarbeiter gezwungen, alles was zu seinem Lebensunterhalt gehört, zu kaufen. Hierzu kommt, daß er in den meisten Fällen nur das Notwendigste aus seinem Verdienst bestreiten kann und bei eventueller Krankheit oder Arbeitslosigkeit aller Mittel bar ist. In solchen Fällen, wo oft Hunger und Not einzieht, ist der Idealismus sicherlich nicht in Ueberfluß vorhanden.

Wenn dann die Arbeitkollegen in der ersten Zeit durch die Gewerkschaften über Wasser gehalten werden, so kann man diese Einrichtungen nur als segensreiche bezeichnen. Es hat sich auch erwiesen, daß eine Verflachung nicht eingetreten ist, im Gegenteil, sich der Kampfescharakter der Gewerkschaften gehoben hat. Das ergibt sich auch weiter da heraus, daß die politischen Parteien die freien Gewerkschaften als vollwertig anerkennen. Die Unternehmer haben auch erkannt, daß die freien Gewerkschaften durch diese Einrichtungen zu ihrer heutigen Größe gelangt sind, aus diesem Grunde hat man versucht, derartige Einrichtungen in den Betrieben einzuführen, um die Arbeiter von den Gewerkschaften fern zu halten. Hierbei handelt es sich aber keineswegs um den freien Willen der Arbeiter; diese sind gezwungen, sich denselben anzuschließen und bei der Entlassung aus dem Betriebe werden die Arbeiter gewahrt, daß sie vergebens gezahlt haben, da sie keinerlei Anrecht an diese Einrichtungen behalten.

Es muß daher alles daran gesetzt werden, den Unternehmern die Unterstützungseinrichtungen zu entreißen. Aus diesen angeführten Gründen ist der Verbandsvorstand dazu gekommen, die freiwilligen Unterstützungseinrichtungen einzuführen.

Weiter ist darauf hinzuweisen, daß die privaten Versicherungsgesellschaften jährlich Millionen verdienen, welche hauptsächlich aus den Kreisen der Arbeiter kommen. Diese Versicherungen, die an ihre Direktoren jährlich 400 bis 500 000 Mk. Gehalt und Lantien zahlen, verschaffen den Arbeitern keine Vorteile. Daher sollten die Arbeitkollegen die Millionen, welche sie den Privatversicherungen zuführen, in eigene

Unterstützungseinrichtungen anlegen, um damit die Ueberflüsse für die Kollegen verwenden zu können. Unsere Einrichtungen sind in vier Gruppen eingeteilt.

1. Rechtsschutz und Haftpflichtunterstützung, welche hauptsächlich für Automobilfahrer in Frage kommt. Diese Einrichtung schützt den Kraftwagenfahrer gegen etwaige Gefahren, welchen er durch das neue Automobilhaftgesetz ausgesetzt ist.

2. Invaliden- und Pensions-Zuschussunterstützung. Es werden hier dem Mitgliede bei einem wöchentlichen Beitrag von 25 Pf. bei dauernder Krankheit, Unglücksfall oder vorgerücktem Alter schon bei fünfjähriger Mitgliedschaft dauernd 4,50 Mk. wöchentlich gezahlt. Diese Unterstützung steigt je nach der Dauer der Mitgliedschaft bis 10,50 Mk. wöchentlich.

3. Witwen- und Waisenunterstützung. Beim Tode eines Mitgliedes kann der Witwe desselben eine laufende Unterstützung gewährt werden. Diese beträgt bei einem wöchentlichen Beitrag von 25 Pf. bei fünfjähriger Mitgliedschaft 3 Mk. und steigt bis 7 Mk. Ebenso wird den Kindern (Wollwaisen) eine Unterstützung bis zu 70 pCt. gewährt.

4. Zuschussunterstützung bei Todesfällen. Diese Zuschussunterstützung gewährt bis zu 600 Mk. Sterbegeld bei Ableben eines Mitgliedes, sowie beim Ableben eines Kindes bis zu 50 Mk.

Es ist also in jeder Beziehung Sorge getragen, für geringe Beiträge die Kollegen gegen eventuelle Notfälle zu schützen.

Sämtliche Diskussionsredner sprachen sich für diese Einrichtungen aus. Von einzelnen Rednern wurde lobend hervorgehoben, daß der Verband endlich dazu gekommen ist, den Privatversicherungen den Wind aus den Segeln zu nehmen und durch diese Einrichtungen die Gewinne unter den Mitgliedern verbleiben. Es wurde darauf hingewiesen, daß diese Funktionen mit Material versehen werden sollen und in allen Versammlungen und Zusammenkünften Propaganda für diese Unterstützungseinrichtungen gemacht werden soll.

Nachdem noch verschiedene geschäftliche Mitteilungen gemacht und der Bezirksleiter über die beendeten und noch bevorstehenden Lohnbewegungen berichtet hatte, erfolgte Schluß der Versammlung.

Gmshorn. Am Donnerstag, den 4. August fand unsere Mitgliederversammlung statt. Aufgenommen wurde ein neues Mitglied. Der Vorstand setzt sich zusammen aus dem Vorsitzenden und dem Hauptkassierer, dessen Stellvertreter, Schriftführer, Boten und Revisoren und zwar wurden gewählt als Vorsitzender F. Sahn, Transportarbeiter, Stellvertreter J. Wagner, Schriftführer Fr. Weiser, Transportarbeiter; als Boten M. Kruse, Seemann und H. Steen, Transportarbeiter. Als Revisoren wurden S. Haartens, H. Kölling, Seefahrer, und H. Schüller, Transportarbeiter. Dann wurde beschlossen, in nächster Zeit eine Hausagitation mit Flugblattverteilung zu veranstalten. Nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Halle a. S. Am Sonnabend, den 30. Juli fand eine gut besuchte öffentliche Versammlung aller im Schwerverkehr beschäftigten Geschirrführer mit folgender Tagesordnung statt: 1. Sind wir gewillt, trotz der vorgeschrittenen Jahreszeit noch in die geplante Lohnbewegung einzutreten? 2. Eventuelle Aufstellung der Forderungen. Der Gauleiter legte in seinen Ausführungen den Anwesenden klar, welche Gründe zur Festsetzung obiger Tagesordnung maßgebend gewesen sind. Auch ging der Referent auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Geschirrführer im allgemeinen und der halleischen Geschirrführer im besonderen ein. Die Ausführungen fanden den einstimmigen Beifall der Versammelten. Die nunmehr einsetzende Diskussion war eine sehr lebhaft und sprachen sich sämtliche Diskussionsredner für die Lohnbewegung aus. Auch wurde allseitig hervorgehoben, daß die jetzt gezahlten Löhne nicht mehr der Zeit entsprechend sind. Ueber die lange Arbeitszeit und oftmals nicht schon zu nennende Behandlung wurde bitter geklagt. — Nunmehr gab der Referent die von der Ortsverwaltung und Lohnkommission aufgestellten Forderungen bekannt und zwar: Lohn pro Woche 25 Mk., Arbeitszeit 12 Stunden, Bezahlung der Ueberstunden mit 50 Pf., Lohnzahlung Freitag abends nach Schluß der Arbeitszeit. Jedem vierten Sonntag gänzlich frei. Bezahlung der Nacht- und Landtouren extra. Lieferung aller Arbeitsgeräte sowie Laternen, Del usw. Anständige Behandlung. Nach kurzer Diskussion wurden diese Forderungen, welche von allen Rednern als mäßig bezeichnet, zum einstimmigen Beschluß erhoben. Die Forderungen sollen formuliert zu einem Tarifvertrag sämtlichen in Betracht kommenden Führern zugestellt werden. Zu der schon bestehenden Lohnkommission wurden noch drei Kollegen hinzugezogen. Nachdem der Vorsitzende die Anwesenden aufgefordert, treu zum Verband zu halten und die noch nicht organisierten der Organisation zuzuführen, schloß die imposant verlaufene Versammlung.

Hamburg = Wandsbek. Am Sonntag, 31. Juli, fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Feil macht bekannt, daß der erste Bezirksleiter sich entschuldigt habe, während der Schriftführer ohne jegliche Entschuldigung der heutigen Versammlung ferngeblieben ist. Als provisorischer Schriftführer für die heutige Versammlung wird Barge bestimmt. Hierauf wird das Protokoll der letzten Versammlung verlesen. Hieran knüpft sich eine Debatte. Nachdem Feil einige Aufklärungen gegeben hat, wird das Protokoll anerkannt. Nunmehr hielt ein Kollege aus Charlottenburg einen Vortrag über Monarchengehälter und Transportarbeiterlöhne. Kurz eingehend auf die Vorgänge im preußischen Landtage, schildert der Referent die Gehaltsverhältnisse des Königs von Preußen. Dieser Monarch erhielt vor der Zulage ein Jahresgehalt von

15 700 000 Mk. oder pro Monat 1 475 000 Mk., pro Woche 301 923 Mk., pro Tag (365) 43 014 Mk., pro Stunde (10 Stunden) 4301,40 Mk., pro Minute 71,68 Mk. Nach der Zulage von 3 1/2 Millionen oder bei einem Jahresgehalt von 19 200 000 Mk. beträgt dieses Gehalt pro Monat 1 600 000 Mk. oder pro Woche 369 230 Mk. oder pro Tag (365 Tage gerechnet) 52 602 Mk. oder pro Stunde (10 Arbeitsstunden gerechnet) 5260,20 Mk., oder pro Minute 87,65 Mk. Betrachtet man hiergegen die Löhne der Transportarbeiter, so ergibt sich folgendes Bild: Nach einer Statistik des Reichsstatistischen Amtes beträgt für Transportarbeiter der Lohn nämlich pro Jahr im Durchschnitt 1496 Mk., oder pro Monat 124,35 Mk., oder die Woche 28,75 Mk., oder pro Tag 4,16 Mk., oder die Stunde 41 Pf., oder die Minute 1/4 Pf. — Allerdings ist dies der Lohn der noch besser bezahlten Kollegen. Nehmen wir dagegen unser Verbandsjahrbuch einmal zur Hand und vergleichen hier die gemachten Erhebungen, so findet man, daß der Durchschnittslohn unserer Berufs Kollegen 22,68 Mk. oder pro Stunde 31,8 Pf. beträgt. Welch ein Kontrast! Wenn man ferner in Betracht zieht, wie allmählich eine Unterernährung der unteren Bevölkerungsklassen Platz greift — denn nach einer weiteren Erhebung beträgt die Durchschnittseinnahme aller Arbeiter und Unterbeamten zirka 2192 Mk., die Ausgabe 2234 Mk., verbleibt ein Minus von 41 Mk. — so hätte man doch alle Ursache, endlich anzufangen zu sparen und zwar an der richtigen Stelle. Daher ist zu fordern: Aufhebung der indirekten Steuern, Kürzung der hohen Gehälter der hohen und höchsten Beamten des Reiches, Abschaffung unseres Paradeamtlärs usw. Würde dies erreicht, dann hätte man eine Kulturarbeit verrichtet, die uns ohne weiteres vorwärts bringen würde. Sollen wirkliche Verbesserungen eintreten, dann können diese nur errungen werden durch die arbeitende Schicht der Bevölkerung. Eine Verbesserung sei nur möglich durch Schaffung starker Organisations- und Gewinnung auch der Transportarbeiter für den Sozialismus. Redner verbreitet sich sodann noch über den Wert der Konsumvereine und der Arbeiterpresse und schließt seinen lehrreichen Vortrag mit der Aufforderung, dafür Sorge zu tragen, daß die Vertreter im Reichs- und Landtage sowohl wie in der Kommune aus Arbeitern bestehen. Lebhafter Beifall wurde dem Redner zuteil. Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Zur Abrechnung vom Vergütigen wurde bemerkt, daß noch elf Karten ausstehen und es nicht angehen könne, daß die Abrechnung der Willeis sich so lange hinzieht. Der betreffende Kollege soll sich deshalb bei der Ortsverwaltung rechtfertigen. Die Abrechnung vom Vergütigen wird für richtig befunden und dem Kassierer Decharge erteilt. Den Kartellbericht gibt W. Gaad. Er schilderte die Vorkommnisse mit dem Brauerverband. Vollständig erledigt sei die Angelegenheit noch nicht; das Kartell wird noch einmal dazu Stellung nehmen. Feil macht noch bekannt, daß ein Fuhrunternehmer mit seinen Streikbrechern schlechte Erfahrung gemacht. Der Unternehmer hat seinen lieben Arbeitswilligen jetzt bei dem Gewerbegericht verklagt. Uns kann es recht sein. Vielleicht wird in Zukunft Auguste Müller von diesem Unternehmer nicht mehr besucht werden. Nachdem noch zwei Bezirksführer gewählt und die Kollegen ermahnt wurden, ihre Beiträge pünktlich zu ordnen, erfolgte Schluß der interessanten Versammlung. Zu erwähnen sei noch, daß in Zukunft die Mitglieder etwas mehr für den Besuch der Versammlungen Sorge zu tragen haben.

Viegnitz. In der Versammlung am 19. Juli wurde erst der Kartellbericht gegeben. Für die Besichtigung der Konferenz der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte in Köln a. Rh. wurden unsererseits 10 Mt. bewilligt. Sodann wurde noch auf die demnächst stattfindenden Stadtverordnetenwahlen aufmerksam gemacht. Ferner wurde zum Besuch der Volksvorstellungen angeregt. Nach Regelung einiger Internas erfolgte dann Schluß der Versammlung.

Nordhausen. In unserer regelmäßigen Versammlung am 30. Juli gab der Kassierer den Kassenbericht vom 2. Quartal. Es ist eine Einnahme von 555,69 Mark und eine Ausgabe von 443,07 Mk. zu verzeichnen. An Kassenbestand bleibt 112,62 Mk. An Unterstützungen wurden gezahlt: Arbeitslosenunterstützung 83,75 Mk., Krankenunterstützung 71,80 Mk., Streikunterstützung 196,— Mk., Extraintersubstanz 25 Mk. Da die anwesenden Revisoren die Kasse geprüft und in Ordnung gefunden hatten, wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Unter Beitragszerhöhung entspann sich eine längere Diskussion, welche dahin führte, daß ein Antrag, die Beiträge von 40 auf 50 Pf. zu erhöhen, einstimmige Annahme fand. Nachdem einige innere Angelegenheiten erledigt und Kollege Schönleiter die Kollegen aufmunterte, mehr für die Arbeiterpresse zu agitieren und sich mehr der politischen Organisation anzuschließen, wurde die Versammlung geschlossen.

Notawies. Am 31. Juli fand unsere Generalversammlung statt. Der Vorsitzende setzte die Mitglieder von der Handhabung der Unterstützungseinrichtungen im neuen Statut in Kenntnis. Darauf gab der Kassierer die Abrechnung vom 2. Quartal.

Einna h m e:

Bestand vom vorigen Quartal	67,35 Mk.
10 Aufnahmegelöhne a 1 Mt.	10,— "
1 Aufnahmegelöhr a 50 Pf. (weibl.)	—,50 "
1 " " " a 50 Pf. (jügl.)	—,50 "
809 Wochenbeiträge a 40 Pf.	323,60 "
61 " " " a 20 Pf.	12,20 "
61 Beiträge zum Ortsfonds a 5 Pf.	3,05 "
96 " " " a 25 Pf.	24,— "
26 Extramarken a 50 Pf.	13,— "
190 " " " a 10 Pf.	19,— "
73 Beiträge zum Streifonds a 30 Pf.	21,90 "
Zinsen	—,70 "
Summa:	495,80 Mk.

A u s g a b e:

Reiseunterstützungen	3,50 Mk.
Verwaltungsausgaben	61,40 "
Kartellbeiträge	24,— "
Porto	4,55 "
An die Hauptkasse gesandt	331,10 "
Kassenbestand am Ort	71,25 "
Summa:	495,80 Mk.

Der Antrag, den Kassierer zu entlasten, wurde einstimmig angenommen. — Zur Gewerbegerichtswahl am 15. und 16. August haben die Kollegen ihre Schuldigkeit zu tun.

Mitgliederbestand: 64 männliche, 4 weibliche und 1 jugendlich-weibliches Mitglied.

Nachdem noch einige interne Angelegenheiten erledigt waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Oldenburg. Am Sonntag, den 7. August fand eine sehr gut besuchte Generalversammlung statt. Zunächst gab Kollege Becker nochmals eine Klarlegung des Sachverhalts in der Ausschlußangelegenheit des Kollegen S. Hansen und unterbreitete der Versammlung einen Vorschlag der Ortsverwaltung, dahingehend, den Kollegen Hansen nicht auszuschließen, da es an genügende Beweise fehle. Die Anwesenden zogen den Ausschlußantrag zurück und somit ist die Angelegenheit erledigt.

Der über das zweite Quartal erstattete Kassenbericht ist folgender: Die Einnahmen betragen 1215,10 Mk., die Ausgabe war 875,25 Mk., bleibt Kassenbestand 339,85 Mk. — Unter den Ausgaben sind die Aufwendungen für Arbeitslosenunterstützungen mit 15 Mt., die Krankenunterstützung mit 92,15 Mk. und die Unterstützung der ausgesperrten Bauhilfsarbeiter mit 513,90 Mk. hervorzuheben. Aus diesen Zahlen ist zu ersehen, daß auch in diesem Vierteljahr der Verband seine Mitglieder in der Zeit der Not über Wasser gehalten hat. Ferner wurde vom Vorsitzenden der Geschäftsbericht gegeben und gutgeheißen. Es wurde noch darauf hingewiesen, daß in nächster Zeit eine öffentliche Versammlung der Speditionsarbeiter stattfinden solle und es Pflicht eines jeden Kollegen sei, die Speditionsarbeiter darauf aufmerksam zu machen; des weiteren wurde erörtert, unter welchen schlechten und miserablen Umständen die hiesigen Kollegen Speditionsarbeiter noch arbeiten, daß z. B. Löhne von 16, 17 und 18 Mk. gezahlt werden und die Arbeitszeit 12, 13 und sogar 15 Stunden dauert. — Dann wurde ein Referat eines Kollegen aus Lübeck entgegen genommen, über: „Der Arbeiter im Klassenkampf.“ Der Redner entledigte sich seiner Aufgabe zur Zufriedenheit der Anwesenden. Er führte den Anwesenden die Klaffen gegenüber der heutigen Gesellschaftsordnung vor Augen. Dann wurde noch auf die Arbeiterpresse und des weiteren auch auf die Legitimationskarten verwiesen; ferner, daß am 28. August im Vereinssaal ein Tanzkränzchen von unserer Gewerkschaft abgehalten wird. Nachdem trat Schluß der Versammlung ein.

Solingen. Am Sonntag, den 31. Juli fand unsere Quartals-Generalversammlung statt. Der Bericht vom 2. Quartal gab zur besonderen Diskussion keinen Anlaß. Aus demselben ist zu ersehen, daß durch die unermüdete Agitation von einigen Kollegen die Zahlstelle sich immer mehr entwickelt, so daß die Zahl der Mitglieder sich nahezu auf 200 stellt. Den Kassenbericht gab Kollege Müller und wurde ihm von der Versammlung Decharge erteilt. Berigt wurde, daß von den 3 Revisoren keiner antwortend war. Dem Bericht von der Gaufonferenz in Elberfeld ist zu entnehmen, daß der Gauvorstand mit der Entwicklung der hiesigen Zahlstelle zufrieden ist. Der Antrag Solingen: Aufstellung eines Beamten im hiesigen Bezirk, wurde dem Hauptvorstande zur Berücksichtigung überwiesen. Nachdem der Bericht von der Vorstände-Sitzung, welche sich mit der Reichsversicherungsordnung beschäftigte, sowie der Kartellbericht entgegen genommen worden war, wurde die Versammlung geschlossen.

Algemeines.

Die Fleischpreise steigen immer noch weiter. Die amtliche preussische Statistik über die Fleischpreise im Kleinhandel auf 50 Märkten ergibt eine weitere Steigerung für die erste Hälfte des Juli. Nachfolgende Tabelle zeigt die Durchschnittspreise der 50 Märkte für Rind-, Kalb-, Hammel-, Schweine- und Hühnerfleisch. Es kostete ein Pfund Fleisch vom

	Rind	Kalb	Hammel	Schwein	Hühner
	Pf.	Pf.	Pf.	Pf.	Pf.
1. Hälfte Juli 1909	155,5	172,5	188,5	156,3	73,9
1. " Juni 1910	156,3	177,3	170,3	159,6	74,7
2. " Juni 1910	158,2	177,3	172,5	159,0	74,9
1. " Juli 1910	159,6	178,8	173,7	159,6	75,0

Es zeigt sich bei allen Fleischsorten innerhalb der letzten ein und einhalb Monate ein langsames aber sicheres Steigen der Preise. So wenig die Bruchteile von Pfennigen auch mitunter auszumachen scheinen, ein Vergleich mit der ersten Hälfte des Juli 1909 ergibt, daß sich in der Zwischenzeit diese kleinen Steigerungen zu einem recht deutlichen Preisunterschied summiert haben. Es bleibt aber dabei noch zu beachten, daß die Durchschnittspreise kleine und große Märkte umfassen; auf den letzteren, die für den großstädtischen Industriearbeiter besonders in Frage kommen, wurden in allen Fleischsorten die höchsten Preise gezahlt. Besonders beachtlich bleibt weiter, daß sich die Steigerungen der Preise auch auf das Hühnerfleisch erstreckt haben.

Verantw. Redakteur: Karl Lindow, Karlshorst b. Berlin. Verlagsgesellschaft „Courier“, G. m. b. H. Druck: Maurer u. Dimmig, Berlin, Wabertstr. 37.

Das Jahrbuch 1909

des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes ist erschienen und wird für die Mitglieder zum Vorzugspreise von 50 Pf. abgegeben. Jedes Mitglied, das ein Interesse an der Organisation hat, sollte im Besitz eines solchen Buches sein. Als Nachschlagewerk ist dasselbe unentbehrlich. Die Ausgabe erfolgt durch die Einkassierer, in den Büros der Sektionen und durch die Verbandsfunktionäre.

Fakultative (freiwillige) Unterstützungseinrichtungen.

Wir machen unsere Mitglieder besonders darauf aufmerksam, daß die laut Anregung des Münchener Verbandstages vom Verbandsvorstand ausgearbeiteten Satzungen für die fakultativen Unterstützungseinrichtungen in der Nr. 11 des Courier vom 13. März veröffentlicht worden sind. Wir setzen voraus, daß alle Mitglieder dieselben gelesen und von dem Inhalt derselben Kenntnis genommen haben.

Mit dieser Einrichtung ist ein langgehegter Wunsch einer Anzahl Mitglieder, die das Bestreben hatten, sich in Bezug auf höheren Rechtsschutz, sowie für den Fall ihrer Invaldität, als auch in Bezug auf Witwen- und Waisenunterstützung zc. zu versichern, Rechnung getragen worden.

Viele Mitglieder haben im Laufe der Zeit wegen Fehlens derartiger Verbandseinrichtungen, sich bei Privatgesellschaften versichert, um auf diese Weise vorkommenden Falles nach dieser oder jener Richtung hin geschützt zu sein. Leider sind dabei nicht immer die besten Erfahrungen gemacht worden, weil man in verschiedenen Fällen Schwindelgesellschaften in die Hände gefallen ist.

Es ist also nunmehr auch in dieser Beziehung Wandel geschaffen worden, so daß wir von jedem Mitgliede, welches bestrebt ist, sich wie vorbemert zu versichern, erwarten, daß es die diesbezüglichen Verbandseinrichtungen in Anspruch nehmen wird.

Die Aufnahmen erfolgen unter den in den Satzungen festgesetzten Bedingungen und zwar bei den Kollegen Beitragskassierern, als auch in den Büros und Arbeitsnachweisen des Verbandes zu Berlin, Charlottenburg und Köpenick.

NB. Die Unterstützungseinrichtungen sind nicht obligatorisch, sondern fakultativ, d. h. es liegt hier kein Zwang vor, es ist vielmehr jedem Mitgliede freigestellt, sich aufnehmen zu lassen.

Baufondsmarke.

Die am Mittwoch, den 18. Januar 1910 stattgefundene außerordentliche General-Versammlung der Bezirksverwaltung Groß-Berlin hat sich mit der Frage: „Beschaffung eines eigenen Heims“ (Verbandshauses) eingehend beschäftigt und dann mit großer Majorität beschlossen: „1. Dem Ankauf der in Frage kommenden Grundstücke zuzustimmen und 2. daß jedes Mitglied, d. h. erwachsene männliche Mitglieder, einen einmaligen Extrabeitrag von 2 Mk., weibliche und jugendliche Mitglieder einen solchen von 1 Mk. und zwar in $\frac{1}{4}$ resp. $\frac{1}{2}$ jährlichen Raten à 50 Pfg. zwecks Schaffung eines Baufonds beizutragen haben.“ Als Quittung werden vom Hauptvorstand besondere Marken à 50 Pfg. herausgegeben, welche durch die angestellten Einkassierer, Zahlstelleninhaber und Betriebsvertrauensleute zur Ausgabe gelangen.

Wir betrachten es als Ehrensache eines jeden Mitgliedes der Bezirksverwaltung Groß-Berlin, daß es den vorgeführten Beschluß beachtet und die Baufondsmarken mindestens je eine pro Quartal entnimmt.

Voranzeige! Am **Sonnabend, den 15. Oktober 1910**, findet in den Gesamträumen der **Brauerei Friedrichshain** (Am Königstor) zur **Feier des Stiftungsfestes** ein

Großer Kunst-Abend

bestehend aus **Konzert, Gesang, künstlerische Aufführungen** zc. mit anschließendem **Ball** statt, wozu die verehrlichen Mitglieder mit ihren Verwandten und Bekannten freundlichst eingeladen sind.

Entree inkl. Programm und Tanz nur 50 Pfg. Da namhafte Künstler ihre Mitwirkung zugesagt haben und ganz besondere Veranstaltungen getroffen werden, wird zahlreicher Besuch erwartet. Während der Vorträge bleiben die Saalküren geschlossen, ebenso wird dringend gebeten, nicht zu rauchen.

Sonntagsruhe.

Viele Kollegen und Kolleginnen, welche im Handelsgewerbe ihre Beschäftigung haben, sind heute noch gezwungen, **Sonntagsarbeit** zu verrichten. Dies ist lediglich darauf zurückzuführen, daß gerade viele Arbeiter ihre Einkäufe in Bezug auf Kleidungsgegenstände des Sonntags besorgen. Wir richten deshalb an alle Mitglieder das Ersuchen, ihre diesbezüglichen Einkäufe an den Wochentagen zu erledigen. Wenn dieser Appell von allen Arbeitern beachtet wird, werden die Unternehmer sehr bald einsehen, daß das Aufhalten der Läden des Sonntags überflüssig wird und unsere hier in Frage kommenden Kollegen würden die langersehnte Sonntagsruhe dadurch eher erzielen.

Unterstützt deshalb alle um die Sonntagsruhe kämpfenden Kollegen und Kolleginnen!

Hiermit machen wir besonders darauf aufmerksam, daß laut Beschluß des Hamburger Verbandstages vom Mai dieses Jahres der einheitliche Wochenbeitrag von 50 Pf. für die Mitglieder des Bezirks Groß-Berlin eingeführt wird. Es haben demzufolge **die Mitglieder der Sektion I, Handelsarbeiter, sowie der Sektion IV, Droschkensührer**, soweit dieselben noch 40 Pf. pro Woche gezahlt haben, **ab 1. Juli d. Jahres** ebenfalls den einheitlichen Beitrag von 50 Pf. zu entrichten.

Bei dieser Gelegenheit weisen wir darauf hin, daß durch Zahlung des 50 Pf.-Beitrages diejenigen Mitglieder, welche gezwungen sind, bei Lohnkämpfen zc. die Arbeit einzustellen oder wie es sehr oft vorkommt, sonstwie in Mitleidenschaft gezogen werden, Anspruch auf die erhöhten diesbezüglichen Unterstützungen haben.

Die Verbandsfunktionäre, welche sich vorher eingehend mit der ganzen Angelegenheit beschäftigten, sowie die am 31. 3. cr. stattgefundene General-Versammlung haben den Beschluß bezüglich des einheitlichen Wochenbeitrages von 50 Pf. mit sehr großer Mehrheit angenommen.

Wir setzen voraus, daß die Mitglieder der Sektionen I und IV mit Rücksicht auf den einstimmig gefaßten Verbandstagsbeschluß und der sonstigen Verhältnisse sich nicht weigern werden, den 50 Pf.-Beitrag ebenfalls zu entrichten.

Verbandsfunktionäre,

welche noch im Besitz von Sammellisten für die ausgesperrten Bauarbeiter sind, werden hiermit ersucht, umgehend beim Kassierer, Engel-Ufer 36, abzurechnen.

Die Bezirksleitung Groß-Berlin.

J. A. August Werner, Engelufer 14-15, Zimmer 34. — Telefon: Amt 4, 2382 und 4747.

Sangesfreunde! Verbandskollegen!

Der Männerchor der Handels- und Transportarbeiter hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Gesang nach jeder Richtung zu pflegen und die Geselligkeit unter den Mitgliedern zu fördern. Um Gutes und wirklich Schönes leisten zu können, laden wir alle stimmbegabten Verbandskollegen ein, sich uns anzuschließen. Verbandskollegen, welche anderen Gesangsvereinen angehören, müßten es sich zur Pflicht machen, unserem Männerchor beizutreten.

Unsere Übungsstunden finden **jeden Freitag abends von 9 bis 11 Uhr** im Lokal von **Borgmann, Andreasstraße 21** (H. Saal) statt. Zur Teilnahme ladet freundlichst ein **Männerchor der Handels- und Transportarbeiter. J. A.: Der Vorstand.**

Sektion I.

Handelsarbeiter.

Textilbranche!

Hausdiener, Packer, Radfahrer aus der Stoff-, Leinen-, Tuch-, Woll-, Baumwoll-, Teppich-, Manufaktur-, Weisswaren- und Wäschebranche!

Am Donnerstag, den 25. August 1910, abends 8 Uhr:

Gr. Branchen-Versammlung

im „Arbeitsnachweisamt“, Alte Leipzigerstr. 1.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag: Kapital und Arbeit. 2. Diskussion. 3. Erwahlten zur Branchenleitung. 4. Branchenangelegenheiten.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Die Branchenleitung.

An die Kollegenschaft Gross-Berlins!

Wir geben hierdurch bekannt, daß von den verschiedensten Firmen der Abzahlungs-, Nähmaschinen- und Versicherungsbranche eine außerordentliche Reklame zwecks Gewinnung neuer Kundenschaft gemacht wird.

Wir ersuchen höflichst, derartige Geschäfte nur mit „organisierten“ Einkassierern resp. Agenten abzuschließen und machen gleichzeitig darauf aufmerksam, daß von unserer Organisation für das Jahr 1910 eine

graue Legitimationskarte

zur Kontrolle der Mitgliedschaft herausgegeben ist, welche monatlich gestempelt sein muß. Die „braunen“ und „grünen“ Karten haben keine Gültigkeit mehr.

Beim Kauf von Möbeln oder Nähmaschinen, sowie beim Abschluß von Feuer-, Diebstahl-, Lebens- oder Volksversicherungen verlange man stets die „graue“ Legitimationskarte.

Die Branchenleitung der Einkassierer u. Rassenboten.

J. A.: Friedr. Luckow, Fehrbellinerstr. 8.

Vertrauensleute

der Glas-, Kurzwaren- und Beleuchtungsbranche.

Am Freitag, den 19. August, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Arbeitsnachweis“, Alte Leipzigerstr. 1, eine äußerst wichtige

Vertrauensmänner-Versammlung

statt.

Tages-Ordnung: 1. Unsere Aufgaben im Winterhalbjahr. 2. Auf welche Weise können wir den Besuch der Vertrauensmänner-Versammlungen heben? 4. Verschiedenes.

Jeder Vertrauensmann der Branche muß anwesend sein, eventuell ist ein Vertreter zu entsenden.

Die Branchenleitung.

Auf wiederholte Anfragen teilen wir mit, daß zu unserer Branche folgende Betriebe gehören: Glas-, Kurzwaren-, Spielwaren-, Uhren-, Musikwerke-, Schallplatten-, Lampen-, Kronleuchter-, Gasglühlicht-, Metall-, Kurzwaren-, Smallemwaren-, Wirtschaftsartikel-, chirurgische und medizinische Artikel-, Betriebe, wo mindestens 5 Mann beschäftigt sind, haben, wenn dies noch nicht geschehen ist, schleunigst einen Vertrauensmann zu wählen und Namen und Adresse dem Kollegen Bergens, Engel-Ufer 15, mitzuteilen.

Die Branchenleitung.

Sektion II.

Transportarbeiter.

Achtung! Betriebsvertrauensleute und Mitglieder der einzelnen Branchenleitungen.

Wir richten hiermit an alle unsere Funktionäre das dringende Ersuchen, bei etwaigem Ausscheiden aus ihren

Verbandsämtern, sowie bei jeder Wohnungsänderung hiervon der unterzeichneten Sektion oder ihren zuständigen Branchenberatern sofort Mitteilung zu machen. Die Mitteilung kann schriftlich, am besten durch Postkarte erfolgen. Hierbei muß die Betriebsstätte sowie die Branchenzugehörigkeit, ob Kollkutscher, Geschäftskutscher, Kellerarbeiter etc., mit bekannt gegeben werden. Derartige Meldungen sind zu richten: Zimmer 33, Engel-Ufer 15.

Sonntagsruhe!

In letzterer Zeit mehren sich die Beschwerden im Verbandsbüro darüber, daß unsere Kollegen Kutscher in verschiedenen Fuhrbetrieben des Sonntagsvormittags nach 10 Uhr noch mit allerlei Arbeiten auf den Fuhrhöfen beschäftigt werden. Da jede derartige Beschäftigung ein Verstoß gegen die gesetzliche Bestimmung über die Innehaltung der Sonntagsruhe ist, ersuchen wir unsere Kollegen, wo ihnen derartige Uebertretungen seitens der Fuhrherren bekannt werden, dem Verbandsbüro im Zimmer 33 genaue Mitteilung darüber zu machen.

Die Sektionsleitung, J. A.: Albert Uthke.

Die Kollegen Kellerarbeiter, Arbeiterinnen und Kutscher aus den Grossdestillationen, Wein- und Bierversandgeschäften sowie den Essigfabriken,

welche noch nicht im Besitze der von der Branchenleitung herausgegebenen Fragebogen, betreffs Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserem Berufe sind, werden aufgefordert, ihre Adresse nebst Firma an den Kollegen Borigla, Engel-Ufer 15, vorn 2 Trp., Zimmer 31, umgehend einzusenden. Desgleichen werden die Kollegen Vertrauensleute ersucht, die ausgefüllten Fragebogen schnellstens an die obige Adresse einzusenden.

Mit kollegialem Gruß

Die Branchenleitung.

Möbelpacker,

Kutscher und Transportarbeiter!

Nur noch kurze Zeit trennt uns von der Saison, dem Herbst-Umzug. Wir richten deshalb an alle organisierte Kollegen in den Möbeltransportgeschäften das dringende Ersuchen, in den Betrieben eine unermüdete Agitation zur Werbung neuer Mitglieder für den Verband zu betreiben. Jeder Kollege, der dem Verband noch nicht angehört, muß diesem zugeführt werden.

Kollegen! Stärkt die Organisation unter euren Berufskollegen.

Die Branchenleitung.

Jugend-Abteilung.

Versammlungen.

Abteilung Prenzlauer Vorstadt. Am Sonnabend, den 20. August cr., abends 8 1/2 Uhr, bei Brandt, Prenzlauer Allee 43.

Abteilung Osten I und II am Sonnabend, den 20. August cr., abends 8 1/2 Uhr bei Paul Hoffmann, Andreastr. 34.

Abteilung Süden und Südost, am Mittwoch, den 24. August cr., abends 8 1/2 Uhr bei Laaser, Lausitzerstraße 25.

Abteilung Schönhauser Vorstadt I und II, am Sonnabend, den 27. August cr., abends 8 1/2 Uhr Lettsch, Pappel-Allee 30, Ecke Schönhauser Allee.

Zahlreiche Beteiligung an allen Veranstaltungen erwartet von den jugendlichen Kollegen

Die Sektionsleitung.

Lauf- und Arbeitsburschen

im Alter von 14-16 Jahren verlangt sofort der Arbeitsnachweis Engel-Ufer 15,

vorn 3 Treppen, Zimmer 43.

Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Sektion IV.

Aufforderung!

An alle Kollegen Kraftwagenführer!

Wir ersuchen alle Kollegen, sämtliche polizeilichen Strafmandate, Anklagen, Gerichtsurteile, speziell freisprechende Urteile usw., welche sie seit dem 1. April bei Ausübung ihres Berufes erhalten, zwecks Sammlung von Material gegen die Härten des Automobil-Gesetzes, dem Büro, Engel-Ufer 15 II, Zimmer 43/44, zu überweisen.

Die Sektionsleitung.

Bezirks-Versammlungen für Kraftwagenführer

finden statt:

In Wilmerdorf-Salensee am Donnerstag, den 25. August, abends 7 Uhr, im Lokal „Pfalzburg“, Pfalzburgerstr. 66.

In Friedenau, Schöneberg und Steglitz am Freitag, den 2. September, abends 7 Uhr, im Lokal von Obst, Schöneberg, Martin Lutherstraße 21.

Tages-Ordnung in allen Versammlungen: Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den im Bezirk gelegenen Betrieben, Diskussion, Bezirksangelegenheiten und Verschiedenes.

Es ist Pflicht aller in diesen Bezirken und Umgegend wohnenden und beschäftigten Kollegen, soweit sie diesen Abend frei haben, in den Versammlungen zu erscheinen.

Die Branchenleitung.

Kraftwagenführer aus den Geschäfts- und Privatbetrieben!

Unsere regelmäßigen Monats-Versammlungen finden im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27 c, wie bisher an jedem ersten Mittwoch im Monat abends 9 Uhr statt. Nächste Versammlung Mittwoch, den 7. September.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Berufsfragen und Verschiedenes.

Es ist Pflicht aller organisierten Kollegen, für einen guten Besuch unserer Versammlungen zu sorgen. Zahlreiches Erscheinen erwartet

Branchenleitung.

Berliner Lokales.

Ein Tuchmantel für Kraftbroschürenführer ist vor ca. 4 Wochen auf dem Wege zwischen Bahnhof Heerstraße und Rembahn verloren worden. Abzugeben bei J. Mielke, Jakobikirchstr. 8, 3 Treppen.

Ein Kollege hat beobachtet, daß der Mantel von dem Lenker eines Privatfuhrwerkes, der einen Schimmel fuhr, aufgehoben worden ist.

Sektion V.

Industriearbeiter.

Kollegen in der Maschinenfabrik Borsig, Tegel!

Dieserigen Kollegen, die bei der Firma Borsig in Tegel als Packer, Lager- und Transportarbeiter tätig sind, werden ersucht, umgehend ihre Adresse unter genauer Angabe der Wohnung und Buchnummer an den Unterzeichneten einzusenden.

Der damit verfolgte Zweck betrifft agitatorische Angelegenheiten.

Die Sektionsleitung.

J. A.: Karl Fromke, Engel-Ufer 15, II.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Nettig, Berlin.

Verlagsanstalt „Courier“, G. m. b. H.

Druck: Maurer u. Dimmig, Berlin, Adalbertstr. 32.